

**Univerzita Karlova v Praze**

**Filozofická fakulta**

**Ústav germánských studií**



# **DIPLOMOVÁ PRÁCE**

Jan Beneš

**Zur Implementation der Rechtschreibreform in Österreich: eine Untersuchung auf sprachmanagementtheoretischer Grundlage**

On the implementation of the spelling reform in Austria: A research based on Language Management Theory

Implementace pravopisné reformy v Rakousku: výzkum na základě teorie jazykového managementu.

**Praha 2013**

**Vedoucí práce: PhDr. Vít Dovalil, Ph.D.**

### **Čestné prohlášení**

Prohlašuji, že jsem diplomovou práci vypracoval samostatně, že jsem řádně citoval všechny použité prameny a literaturu, a že práce nebyla využita v rámci jiného vysokoškolského studia či k získání jiného nebo stejného titulu.

V Praze, dne 31. 3. 2013

.....  
Jan Beneš

## **Poděkování**

Na tomto místě bych chtěl poděkovat především svému vedoucímu práce PhDr. Vítu Dovalilovi, Ph.D za cenné rady a podněty při psaní této práce. Nesmím zapomenout ani na ostatní členy akademického sboru Ústavu germánských studií FF UK, kteří se mi po dobu mého studia věnovali a intelektuálně mě stimulovali. Chtěl bych také vyjádřit dík své rodině za podporu během studia a v neposlední řadě bych chtěl poděkovat i své přítelkyni za její trpělivost.

## **Abstrakt**

Diese soziolinguistische Diplomarbeit konzentriert sich auf die Implementierung der Rechtschreibreform in der Republik Österreich. Die praktische Untersuchung basiert auf der Theorie des Sprachmanagements. In der Arbeit wird unter anderem der Entwicklungsweg zur Rechtschreibreform beschrieben, welcher sich durch das ganze 20. Jahrhundert zog. Die Arbeit beabsichtigt, Licht auf die Problematik und die Hindernisse bei der Einführung der Rechtschreibreform, d.h. die letzte Phase des organisierten Sprachmanagements, zu werfen. Methodologisch beruht die Arbeit auf der qualitativen Forschung. Es wurden halbstrukturierte Interviews mit den Prozessakteuren der Rechtschreibreform durchgeführt. Dabei wurden Vertreter des österreichischen Sekundarschulwesens und Druckmedien ausgewählt. Die erhobenen Daten werden im Vergleich mit dem bisherigen Diskurs über die Rechtschreibreform im deutschsprachigen Raum analysiert.

## **Schlüsselwörter**

Sprachmanagement, Sprachplanung, Rechtschreibreform, Österreich, Sekundarschulwesen, Druckmedien

## **Abstrakt**

Tato sociolingvistická práce se zaměřuje na implementaci pravopisné reformy v Rakousku. Praktický výzkum vychází z teorie jazykového managementu. V práci je mimo jiné popsána cesta k pravopisné reformě linoucí se celým 20. stoletím. Práce si klade za cíl osvětlit problematiku a překážky spojené se zavedením reformy pravopisu, tj. poslední fázi jazykového managementu. Co se týče metodologických postupů, byl s aktéry procesu proveden kvalitativní výzkum pomocí polostrukturovaných interview. Vybráni byli zástupci sekundárního školství a denního tisku. Získaná data jsou analyzována ve srovnání s dosavadním diskursem týkajícím se pravopisné reformy v německy mluvícím prostoru.

## **Klíčová slova**

jazykový management, jazykové plánování, pravopisná reforma, Rakousko, sekundární vzdělávání, tištěná média

## **Abstract**

This sociolinguistic diploma thesis focuses on the implementation of spelling reform in Austria. Practical research is based on the theory of language management. The thesis describes also developmental path to the spelling reform through the entire 20th century. The work aims to shed light on the issues and barriers associated with the implementation of spelling reform, i.e. the last phase of language management. Regarding methodology, it was conducted qualitative research using semi-structured interviews with participants in the process. Representatives of secondary schools and newspapers were chosen for the research. The obtained data is analyzed in comparison with the discourse concerning the spelling reform in the German-speaking area.

## **Keywords**

Language management, language planning, spelling reform, Austria, secondary education, print media

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	10
2. Theoretische Basis.....	13
2.1 Sprach- und Sprachenpolitik .....	14
2.1.1 Sprachplanung.....	14
2.2 Sprachmanagementtheorie .....	16
2.2.1 Sprachnorm .....	18
2.2.2 Rechtschreibung.....	20
2.2.3 Rechtschreibreform.....	21
3. Methodologie.....	24
3.1 Vorgehen .....	25
3.2 Diskursanalyse.....	27
4. Zur Geschichte der deutschen Rechtschreibreformen .....	29
4.1 Die Rechtschreibung im 20. Jh. ....	30
4.2 Die Situation zwischen den Jahren 1996 und 2007 .....	42
5. Die Rechtschreibreform im Hinblick der Sprachmanagementtheorie.....	47
5.1 Existenz und Bemerkungen des Sprachproblems .....	47
5.2 Bewerten .....	49
5.3 Lösungsvorschläge.....	51
5.3.1 Lösungsvorschläge.....	51
5.3.2 Evaluierung .....	52
5.3.3 Maßnahmen .....	54
5.3.4 Juristische Aspekte der Rechtschreibreform.....	56
5.4 Implementierung und Reaktionen .....	58
5.5.1 Politische Repräsentation.....	61
5.5.2 Schriftsteller .....	63

5.5.3 Experten.....	64
5.5.4 Öffentlichkeit .....	65
6. Analyse .....	70
6.1 Schulen .....	71
6.1.1 Akademisches Gymnasium Graz.....	72
6.1.2 Kepler Bundesrealgymnasium Graz.....	76
6.1.3 Resümee .....	79
6.2 Druckmedien .....	80
6.2.1 Österreichische Medienlandschaft.....	83
6.2.1.1 Kurier .....	85
6.2.1.2 Die Kronen Zeitung .....	89
6.2.1.3. Der Standard.....	91
6.2.2 Resümee .....	95
7. Zusammenfassung.....	97
8. Resümee .....	100
8.1 Resümee.....	100
8.2 Resumé.....	101
8.3 Summary .....	102
9. Literaturverzeichnis.....	103



## **Verzeichnis benutzter Abkürzungen**

AHS – Allgemein bildende höhere Schulen

FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung

FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs

IDS – Institut Deutsche Sprache

KMK – Kultusministerkonferenz

ÖAW – Österreichische Akademie der Wissenschaften

ÖBV – Österreichischer Bundesverlag

ÖVP – Österreichische Volkspartei

ÖWB – Österreichisches Wörterbuch

S1 – Sprecher 1

S2 – Sprecher 2

v.a. – vor allem

Der Schreibgebrauch tendiert dazu, Frauen und Männer im Text gleichwertig anzusprechen. Aus diesem Grund ist in Bezug auf die vorliegende Arbeit hervorzuheben, dass personenbezogene Paarformen sowohl für männliche als auch für weibliche Bezeichnungen stehen.

## 1. Einleitung

Jacob Grimm: *„Alles oder das meiste scheiterte an dem pedantischen sinn der Deutschen, die jeder edlen neuerung einen haufen kleinlicher gründe entgegen zu setzen gewohnt sind.“* (Grimm 1852, zit. nach Scheuringer 1996: 61)

Das einleitende Zitat von J. Grimm bezieht sich auf den Konservatismus in Fragen der Rechtschreibung. Der Staatsapparat bestimmt Normen und kann sie auch verändern. Es lässt sich nicht bestreiten, dass Reformen mannigfaltiger Art schwierig durchzusetzen sind, besonders wenn sie das ganze Volk betreffen und „seine“ Sprache antasten. Sprachliche Reformen bzw. die Rechtschreibreformen sind ein typisches Beispiel für diese Tatsache. Seit 1901 wurden beinahe 100 Reformvorschläge vorgestellt, die nicht umgesetzt wurden. Am Anfang der 90er Jahre des 20. Jh. haben die Kultusminister in Deutschland und die entsprechenden Ministerien in Österreich und der Schweiz erneut eine Reform der Rechtschreibung initiiert. Die Rechtschreibreform wurde für Schulen und Behörden verbindlich. Institutionen der nicht staatlichen Sphäre, wie z.B. Privatverlage folgten ihr. Das neue Regelwerk hat im deutschsprachigen Raum eine außergewöhnlich heftige öffentliche Debatte hervorgerufen, die zuvor keine analogisch so heftige Resonanz gefunden hat. Der Streit über die Reform wollte auch zehn Jahre nach ihrer Einführung nicht enden. Aufgrund ihrer Größe und Bedeutung spielte die Bundesrepublik Deutschland bei der Kodifizierung im deutschsprachigen Raum eine dominante Rolle. Die Bundesrepublik Österreich blieb im Schatten der bundesdeutschen Diskussionen. Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, die Einführung der letzten Rechtschreibreform und ihren Kontext dem Leser näherzubringen. Besondere Aufmerksamkeit wird auf Österreich gelenkt. Die Arbeit beantwortet folgende Fragen:

- Wie manifestierte sich die Einführung der Rechtschreibreform in Österreich?
- Warum wurde die Reform innert kurzer Zeit zweimal revidiert?
- Welche Hindernisse waren bei der Implementierung zu überwinden?
- Welche Akteure spielten beim Prozess der Implementierung eine Schlüsselrolle?

- Wie reagierten staatlicher und nicht-staatlicher Bereich, z.B. Gymnasien oder Medien, auf die Neuregelung?

Die obengenannten Fragen werden aufgrund der durchgeführten Untersuchung beantwortet. Die Untersuchung basiert auf der Sprachmanagementtheorie, die sich durch die Arbeit wie ein roter Faden zieht. Die Sprachmanagementtheorie wurde aus dem Konzept der Sprachplanung heraus entwickelt. Alle relevanten Konzepte, wie die Sprachpolitik werden im theoretischen Teil der Arbeit behandelt. Es werden auch andere Begriffe z.B. Orthographie oder Sprachnorm erläutert. Mit der theoretischen Basis befasst sich das zweite Kapitel. Im dritten Kapitel wird die Aufmerksamkeit auf die methodologische Vorgehensweise gelenkt. Die Arbeit basiert methodologisch auf der qualitativen Forschung. Als Quelle dienen halbstrukturierte Interviews. Zur Orientierung, welcher Weg zur Kodifizierung der Rechtschreibung führte, wird kurz die Geschichte der Bemühungen um eine Rechtschreibreform zusammengefasst. Eine diachrone Zusammenfassung bietet das vierte Kapitel. Ihr Schwerpunkt liegt in der Entwicklung der Rechtschreibung im 20. Jh. Das ganze 20. Jh. war geprägt durch das verstärkte Bemühen um eine Rechtschreibreform, denn das verbindliche Regelwerk aus dem Jahre 1901 wurde bereits in der Zeit seiner Entstehung als Kompromisslösung kritisiert.

Die im zweiten Kapitel beschriebene Sprachmanagementtheorie wird im fünften Kapitel bei der Beschreibung der mit der Rechtschreibreform zusammenhängenden Ereignisse angewandt. Die Analyse basiert auf der Grundlage des Sprachmanagements, das auf der Makroebene stattfindet. Die Untersuchung wird in einzelne Phasen des Sprachmanagements segmentiert. Diese Phasen haben sich in verschiedenen gesellschaftlichen Domänen (z.B. Politik, Kultur, Öffentlichkeit) unterschiedlich ausgewirkt. Die Domänen bilden eigene Diskurse über die Rechtschreibreform. Besondere Berücksichtigung verdient die Endphase des Prozesses, d.h. die Implementierung. Im folgenden sechsten Kapitel werden halbstrukturierte Interviews mit Vertretern der staatlichen österreichischen Bildungsanstalten (Gymnasien) und der privaten Druckmedien analysiert. Die Analyse besteht in den Kommentaren der einzelnen Aussagen der interviewten, zuständigen Personen. Die Informationen werden mit dem bisherigen Diskurs über die Rechtschreibreform verglichen. Das siebte und achte Kapitel fassen Schlussfolgerungen aus der Analyse bzw. die ganze Arbeit zusammen.

Die Rechtschreibreform wurde aus mehreren Gründen gefordert. Im Vordergrund

stehen linguistische und pädagogische Aspekte. Das Schulwesen und die Verwaltungsorgane brauchen eine verbindliche und einheitliche Rechtschreibung. Es werden möglichst viele Schreibvarianten eingeschränkt und Ausnahmen beseitigt. Sprachnormen sind veränderlich, sodass auch das kodifizierte Regelwerk aktualisiert werden muss. Der Prozess der Aktualisierung kann kompliziert verlaufen, aber dank der Sprachmanagementtheorie kann er klar strukturiert und beschrieben werden. Die Arbeit hat das Ziel, den Prozess aus der österreichischen Sicht zu beleuchten. Dabei werden gewisse österreichische Spezifika vorausgesetzt. Gewisse Spezifika bringen auch einzelne von der Reform betroffene Domänen mit sich. Es lässt sich an dieser Stelle die Hypothese herausstellen, dass staatliche und nicht-staatliche Bereiche (Schulwesen, Medien) ganz unterschiedliche Herangehensweise zu sprachlichen Fragen haben und dabei ganz unterschiedliche Interessen verfolgen.

## 2. Theoretische Basis

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit einer im deutschsprachigen Raum durchgeführten Rechtschreibreform. Dieses Kapitel widmet sich den der Arbeit zugrundeliegenden theoretischen Konzepten. In diesem Zusammenhang werden auch Termini wie *Orthographie* oder *Sprachnorm* erläutert. Die Rechtschreibung betrifft die schriftlich aufgenommene Sprache. Die Sprache ist primär gesprochen, erst dann kommt ihre schriftliche Überlieferung (vgl. Hentig 2005: 5). Die Schrift ist ein Zeichensystem, das dem Zweck der Darstellung von Sprache dient (vgl. de Saussure 1967: 28). Dieser Ansatz ist auch in der amerikanischen deskriptiven Linguistik vertreten. Bloomfield (1995: 21) behauptete: „*Writing is not language, but merely a way of recording language by means of visible marks*“. Zwischen dem System der gesprochenen und der geschriebenen Sprache besteht nur ein externes, sekundär hergestelltes Verhältnis. Dieses Verhältnis wird durch die Rechtschreibung geregelt.

Die Rechtschreibreform ist eine von den Sprachteilhabern bewusst gesteuerte Tätigkeit, deswegen basiert die ganze Arbeit auf der Sprachmanagementtheorie. Das Phänomen des Sprachmanagements ist im Prinzip genauso alt wie der Mensch (Neustupný 2002: 433) und die Sprachmanagementtheorie lässt sich auf alle Bereiche des sprachlichen Handelns anwenden. Wenn eine Sprachgemeinschaft auf der Mikroebene markante Abweichungen zwischen dem Rechtschreibusus und dem Sprachgebrauch identifiziert, wird versucht, die Situation auf der Makroebene zu lösen. Wenn die Lösungsvorschläge wiederum auf der Mikroebene positiv angenommen werden, ist der Prozess erfolgreich abgeschlossen. Der Prozess der Lösungsvorschläge, der Maßnahmen zur Lösungsdurchführung, der Implementierung der Neuerungen und ihrer (Nicht)Akzeptierung durch die Sprachgemeinschaft wiederholt sich ständig im Laufe der Jahrhunderte im deutschsprachigen Gebiet. Die Rechtschreibung ist eines der wichtigsten Untersuchungsgebiete der Sprachpolitik. Weiter wird in der Arbeit erläutert, wie der Plan der deutschen Rechtschreibreform mit der Sprachplanung zusammenhängt.

## 2.1 Sprach- und Sprachenpolitik

Die Begriffe *Sprachpolitik* und *Sprachenpolitik* wurden von H. Haarmann folgend definiert: „*Während sich Sprachenpolitik auf politische Gegebenheiten bezieht, die Sprachen im Hinblick auf deren Status sowie deren gesellschaftliche Funktionen einschließen, betrifft Sprachpolitik den Sachverhalt einer politisch reglementierten Sprachverwendung.*“ (Haarmann 1988: 1661) Die Definition wurde später von Ammon präzisiert (Ammon 1993: 571ff). Die Sprachpolitik bezieht sich auf eine einzelne Sprache. Typische Beispiele stellen Verbote von bestimmten Wörtern dar. Es spielen hier nicht nur rein linguistische Faktoren eine Rolle. Es geht auch um soziale, politische, ökonomische, religiöse, demographische, kulturelle und erzieherische Fragen (Blanke/Scharnhorst 2006: 12). Im Gegensatz dazu beschreibt die Sprachenpolitik ein Verhältnis zwischen verschiedenen Sprachen. Sehr häufig kommt dieses Bedürfnis in multilingualen Staaten, wie der Schweiz vor. Eine aktuelle deutsche Definition von Sprach- und Sprachenpolitik stellt V. Dovalil vor (Blanke/Scharnhorst 2006: 106). In seinem Beitrag zur Sprachenpolitik in der Tschechischen Republik bezog sich Dovalil auf den schweizerischen Wirtschaftswissenschaftler F. Grin (2003: 30). Dovalils Zusammenfassung erfasst das sprachpolitische Konzept als „*systematische, vernünftige, gesellschaftstheoretisch fundierte Bemühungen, um die Sprachsituation im Hinblick auf das Gesamtwohl der betreffenden Gesellschaft zu verbessern*“ (Blanke/Scharnhorst 2006: 106). Die Sprach- und Sprachenpolitik wird von den offiziellen Instanzen betrieben. Ihre Bemühungen richten sich „*auf die Gesamtbevölkerung oder einen Teil von ihr, der unter der Gerichtsbarkeit dieser Körperschaften steht*“ (Ebd.).

### 2.1.1 Sprachplanung

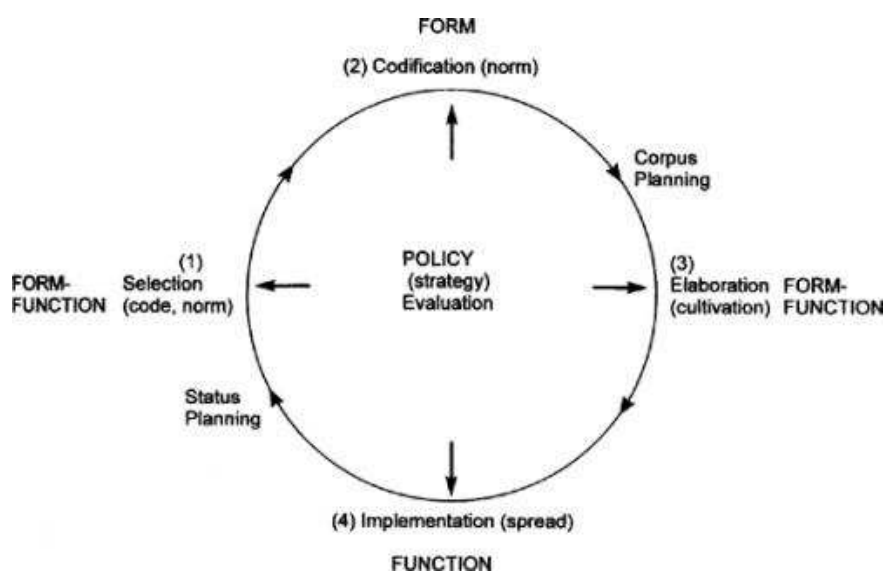
Die Sprachplanung wurde seit den 70er Jahren des 20. Jh. theoretisch behandelt (Nekvapil 2010: 58). Die wissenschaftliche Disziplin der Sprachplanung wird als ein Bestandteil der Soziolinguistik betrachtet. Das Ziel der Sprachplanung ist es, aktiv auf sprachliche Veränderungen hinzuwirken (vgl. Nekvapil 2010: 54) und sprachliche Probleme<sup>1</sup> zu lösen (Coulmas 1998: 299). Die Entstehung der Theorie hängt mit dem Zerfall des Kolonialsystems nach dem Zweiten Weltkrieg zusammen. Multilinguale Länder der „Dritten Welt“ mussten neben den politischen und den wirtschaftlichen Fragen auch linguistische

---

<sup>1</sup> Als Sprachproblem kann z.B. Nichtexistenz einer nationalen Standardvarietät, fehlende wissenschaftliche Terminologie oder gesellschaftliche Mehrsprachigkeit betrachtet werden (Encyclopedia of Sociolinguistics: 645f.).

Probleme lösen. Die Pioniere der Sprachplanung waren Jernudd, Haugen und Neustupný. In den Vereinigten Staaten wirkten Ch. Ferguson und J. Fishman bahnbrechend. Die Sprachplanung etablierte sich dank Fishman als eigenständige wissenschaftliche Disziplin (Nekvapil 2010: 68). Das Ziel der amerikanischen Forschung waren v.a. die Länder der „Dritten Welt“ (Nekvapil 2010: 58). Der Prozess sollte nicht von der Ideologie abhängen, trotzdem waren außersprachliche (soziale, politische, ökonomische) Faktoren nicht ausgeschlossen (vgl. Nekvapil 2006: 92). Die Ziele der Sprachplanung waren auf die ganze Gesellschaft gerichtet. Die Sprachplanung wird von der Regierung bzw. von unterschiedlichen Interessengruppen der Makroebene betrieben (vgl. Nekvapil 2010: 61). Sie wird i.d.R. institutionalisiert, doch sie kann auch von Einzelpersonen betrieben werden. Zu ihren Instrumenten gehören Verordnungen und Erlasse, die für die Gesetzgebung, das Schulwesen und Verwaltungsbehörden verbindlich sind. Diese staatlichen Bereiche sollten später selbst wirksame Instrumente der Sprachplanung werden. Insgesamt besteht die Sprachplanung aus drei Hauptrichtungen: der Status-, der Korpus-, und der Erwerbsplanung (vgl. dazu genauer Nekvapil 2006: 100 oder Cooper 1989: 120). Manche Theoretiker unterscheiden nur die Status- und Korpusplanung (z.B. Kaplan/Baldauf 1997: 38). Diese Konzepte kann man voneinander nicht einfach trennen.<sup>2</sup> Die Korpusplanung bezieht sich auf alles, was das Wesen der Sprache selbst modifiziert, während die Statusplanung befasst sich mit dem sozialen Status der Sprache (Kloss 1969: 81).

**Bild 1:** Zyklisches Modell der Sprachplanung (Coulmas 1998: 239)



<sup>2</sup> Siehe das Bild 1

Die Sprachplanung kann aus mehreren spezifischen Sichtweisen definiert werden.<sup>3</sup> Das Ziel ist eine sprachliche Lösung, die den Profit bei minimalen Kosten maximalisiert. Die Standardisierung der Sprache und Rechtschreibreformen gehören zu den klassischen Beispielen der Sprachplanung.<sup>4</sup> Es handelt sich um die sog. Korpusplanung (Kaplan/Baldauf 1997: 38). Die Rechtschreibreform hat das Ziel, orthographische Probleme zu lösen oder auch orthographische Einheitlichkeit herzustellen. Dabei wird die Form der Rechtschreibung modifiziert. Das geschieht im sozialen, kulturellen, politischen und historischen Kontext, der auf die sprachlichen Ziele einwirkt (vgl. Cooper 1989: 122).

## 2.2 Sprachmanagementtheorie

Die Theorie des Sprachmanagements lässt sich sehr gut auf den Prozess der Rechtschreibreform anwenden. Die Theorie ist breit anwendbar, sodass sie auch die Grenzen der Soziolinguistik überschreitet und in soziokulturelle und sozioökonomische Sphären eintritt (Nekvapil 2010: 64). Sie beschreibt metalinguistisch menschliches Verhalten gegenüber der Sprache innerhalb der Diskurse (vgl. Dovalil 2012: 25). Die Theorie entwickelte sich rasch seit den 70er und 80er Jahren. Zu ihren Gründern gehören Neustupný und Jernudd (Nekvapil 2006: 94). Sie vergrößerten und verallgemeinerten die Extension der Sprachplanungstheorie (Neustupný/Nekvapil 2003: 185). Ihre Definition wurde im Jahre 1987 in Québec vorgestellt (Nekvapil 2006: 94). In mehreren Zügen stimmt die Sprachmanagementtheorie mit der klassischen Sprachplanung überein. Beide Konzepte haben das Ziel, sprachliche bzw. sprachpolitische Probleme zu minimalisieren. Die Termini sind aber nicht frei substituierbar, denn es gibt Unterschiede zwischen der Sprachmanagementtheorie und der klassischen Sprachplanung. Die Sprachplanung kann als Teil der Sprachmanagementtheorie betrachtet werden. Der Hauptunterschied besteht in der verstärkten Akzentuierung der Mikroebene (Sprecher) beim Sprachmanagement. Ein Idealfall des Sprachmanagementprozesses stellt die erfolgreiche Interaktion zwischen der sozialen Mikro- und Makroebene dar. Nekvapil (2006: 95) beschreibt dies folgendermaßen: „*the identification of a language problem in individual interactions → the adoption of*

---

<sup>3</sup> Es gibt linguistisch (Kloss 1967), sozial (Fishmann 1987) und politisch orientierte (Abou 1987) Definitionen der Sprachplanung (vgl. dazu mehr Coulmas 1998: 238).

<sup>4</sup> Nach Cooper (1989: 124) gehören zu den anderen Kategorien: *Graphization*, *Modernization*, ferner *Codification* und *Elaboration*.



*measures by the particular language-planning institution → the implementation of these measures in individual interactions.*“ Die Ursache für ein Sprachproblem kann auf der Makroebene entstehen: z.B. Verordnungen einer Institution können Erwartungen der einzelnen Personen (Mikroebene) verletzen. Von diesen werden die Verordnungen als ein Problem betrachtet. Im Anschluss daran können die Experten (Makroebene) Maßnahmen treffen, um das Sprachproblem zu lösen (organisiertes Sprachmanagement).

Das Sprachmanagement wird in einfaches (Mikroebene) und organisiertes Management (Makroebene) unterteilt (Nekvapil 2010: 64). Auf der Mikroebene kann der Sprecher seine eigenen Äußerungen oder die Äußerungen seines Gesprächspartners managen. Diese Stufe wird einfaches Sprachmanagement benannt. Das organisierte Sprachmanagement ist gekennzeichnet durch mehrere am Prozess beteiligte Akteure (Spezialisten, Institutionen usw.). Die Eingriffe werden von den Beteiligten systematisch geplant (Neustupný/Nekvapil 2003: 185). Das organisierte Sprachmanagement wird auf staatlicher Ebene betrieben, aber es wird häufig durch den öffentlichen Diskurs beeinflusst, der bis zur Mikroebene greift. Das einfache (Mikroebene) und das organisierte Management (Makroebene) sind zwei Gegenpole. Hingegen gibt es ein reicheres Spektrum der Ebenen, auf denen die Prozesse verlaufen (vgl. Neustupný/Nekvapil 2003: 186). Das organisierte Sprachmanagement kann von einzelnen Individuen, Familien, kleineren Gruppen und Gruppierungen, Institutionen, Firmen und Organisationen betrieben werden.

Sowohl das einfache als auch das organisierte Sprachmanagement weisen Prozessualität auf. Sie bestehen aus fünf Stufen die bei Neustupný (2002: 436) definiert werden: Normabweichung, Bemerkten der Normabweichung<sup>5</sup>, Bewertung der Normabweichung<sup>6</sup>, Maßnahmen (Lösungsvorschläge), Implementierung der Lösungsvorschläge (vgl. Neustupný 2002: 436). Die Theorie setzt voraus, dass der Sprecher eine Normabweichung oder eine Abweichung von seinen Erwartungen bemerkt. Er bewertet diese Abweichung entweder negativ oder positiv. Nach der negativen Bewertung folgt die vierte Phase. Die Lösungen werden vorgeschlagen und im Anschluss daran werden die Lösungsvorschläge implementiert. Keine Stufe kann übersprungen werden, aber nach jeder Stufe kann man den Prozess beenden (Nekvapil 2006: 97). Die Autoren der Theorie sind sich der Tatsache bewusst, dass es beim organisierten Management viele Intentionen gibt, die

---

<sup>5</sup> Zum Schlüsselbegriff beim Sprachmanagementprozess siehe das nächste Kapitel *Sprachnorm*

<sup>6</sup> Nicht alle negativ bewerteten Normabweichungen stellen ein Sprachproblem dar. Die Sprachprobleme sind eher Abweichungen von unseren Erwartungen (vgl. Nekvapil/Sherman 2009: 17).

den Prozess beeinflussen oder sogar bremsen. Der Prozess scheitert nicht selten. Das organisierte Management basiert auf nicht-sprachlichen Interessen. Die nicht-sprachlichen Interessen werden von verschiedenen Interessengruppen durchgesetzt (Nekvapil 2010: 66). Die Durchsetzung des geplanten Vorgehens benötigt hinreichende Macht der Akteure.

Das dritte Merkmal der Sprachmanagementtheorie ist ihre Teilung in drei Ebenen, die sich gegenseitig beeinflussen: soziokulturell (sozioökonomisch), kommunikativ und linguistisch (Nekvapil 2006: 98). Die Sprachmanagementtheorie hat nicht nur eine linguistische Basis. Nach demselben Prinzip werden auch soziokulturelle und kommunikative Phänomene gemanagt. Die Ebenen können hierarchisch angeordnet werden. Wenn das Sprachmanagement auf der soziokulturellen Ebene scheitert, ist davon auch die kommunikative bzw. linguistische Ebene negativ beeinflusst.

Das Objekt des organisierten Sprachmanagements sind in dieser Arbeit bestehende deutsche Sprachformen (Rechtschreibung). In den vorliegenden Kapiteln wird die Aufmerksamkeit auf einzelne Phasen des organisierten Sprachmanagements gelenkt. Die Phasen des Sprachmanagementprozesses hatten im Zusammenhang mit der Rechtschreibreform unterschiedliches Gewicht. Auch Neustupný (2002: 436) berücksichtigte das Merkmal der dynamischen Prozessualität beim Sprachmanagement. Die Phasen *Normabweichung* und *Bemerken der Abweichung* verliefen parallel und in dieser Arbeit werden sie miteinander verbunden. In der folgenden Phase, *Bewerten*, werden evaluierte Aspekte der Rechtschreibung vorgestellt. Wenn die Evaluierung erst nach Veröffentlichung der Lösungsvorschläge folgt, handelt es sich um einen neuen Zyklus des Sprachmanagements. Mit der Phase der *Lösungsvorschläge* werden auch nicht-sprachliche *Maßnahmen* verbunden, die für die Implementierung notwendig sind. Der Prozess wird durch die *Implementierung* abgeschlossen. Die Umstände bei der Implementierung werden in dieser Arbeit besonders akzentuiert. Die Arbeit befasst sich u.a. mit dem Verhältnis zwischen der soziokulturellen und der linguistischen Sprachmanagementebene, welche für die Rechtschreibreform relevant sind.

### **2.2.1 Sprachnorm**

Das Verhältnis zwischen der Sprache und der Gesellschaft gehört zu den zentralen Themen der zeitgenössischen Linguistik. Die Sprache ist ein Werkzeug, das von der Gesellschaft auf unterschiedliche Art und Weise benutzt wird. Die Arbeit mit diesem Werkzeug muss durch Instruktionen behandelt werden, um sein Funktionieren zu

garantieren. Das Funktionieren garantieren sprachliche Normen. Sie bilden eine Gesamtheit von festgelegten Regeln. Der Prozess der Regelfestlegung ist historisch gewachsen. Die Regeln beziehen sich auf Rechtschreibung, Aussprache, Grammatik oder Stil. Die Sprachnormen bestimmen die Auswahl der Mittel, die in bestimmten sprachlich-kommunikativen Situationen verwendet werden.<sup>7</sup> Sprachliche Normen werden als ein Teil der sozialen Normen verstanden (Nerius 1987: 26). Die Normen bestehen unabhängig von einer konkreten Person (vgl. Lamnek 2010: 64). Sie regeln das sprachlich-kommunikative Handeln der Menschen und stehen im Dienst der Erfassungsfunktion und Homogenität. Sie hängen eng mit dem Usus zusammen (dem tatsächlichen Sprachgebrauch) und beziehen sich auf das ganze Sprachsystem (vgl. dazu genauer Nerius 1980: 28). Die Sprachnormen werden durch staatliche Verordnungen angeordnet. Diese staatlichen Verordnungen sind in den staatlichen Bereichen (Schulen, Behörden) gültig. Diese Tatsache hat sich in den deutschsprachigen Ländern erst im 20. Jh. herausgebildet. Die staatlichen Verordnungen haben seitdem auch einen bestimmten Einfluss außerhalb des geregelten Bereiches. Die auftauchenden Abweichungen in der Schreibweise werden nun negativ empfunden und können Sanktionen zur Folge haben. Die Sanktionen sind von den Situationen und Textsorten abhängig.

Die Normsetzung der Schriftsprache nennt man Kodifizierung. Wenn die Sprachnormen kodifiziert sind, werden sie als Rechtschreibung benannt. Es ist hervorzuheben, dass die Sprachnormen veränderlich sind. In der gesprochenen Sprache ändern sich bestimmte Phänomene schneller als in der Schreibweise (Augst 1979: 115). Der Komplex der Sprachnormen (Rechtschreibung) muss je nach der Anforderung der Sprachteilhaber aktualisiert werden (Rechtschreibreform) und das geschieht nach dem Prinzip der Sprachmanagementtheorie. Das organisierte Sprachmanagement kann auch ausgelöst werden, wenn die Erwartungen der Sprachteilhaber nicht erfüllt worden sind.<sup>8</sup> Die Erwartungen können sowohl auf der soziokulturellen, als auch auf der linguistischen Sprachmanagementebene vorkommen.

---

<sup>7</sup> Havránek unterscheidet zwischen der Sprachnorm selbst und zwischen der Kodifikation, die für die Sprachnorm gehalten wird. Kodifizierte Sprachnorm und soziale Sprachnorm stimmen nicht völlig überein. Die Differenzierung ist funktional und stilistisch (Vgl. Havránek 1936: 152).

<sup>8</sup> Mehr dazu im Kapitel 2.2 Sprachmanagementtheorie

## 2.2.2 Rechtschreibung

Die Schrift gibt die gesprochene Sprache in Zeichen wieder. Das Alphabet bietet das Grundmaterial für eine Fülle weiterer Lauteinheiten. Die Verbindung zwischen Graphem und Phonem wird in einer Sprachgemeinschaft durch Konvention geregelt (vgl. Hentig 2005: 5). Man kann die Sprache als ein komplexes System von Regeln betrachten. Die allgemein üblichen und normierten Regeln für die Schreibweise der Wörter innerhalb einer Sprache nennt man die Rechtschreibung bzw. die Orthographie. Bei dem Begriff *Rechtschreibung* bzw. *Orthographie* handelt es sich um eine Lehnübersetzung von *Orthographie*<sup>9</sup>. Die Begriffe *Rechtschreibung* und *Orthographie* weisen soziologisch oder stilistisch keine Unterschiede auf (vgl. Scheuringer 1996: 9). In dieser Arbeit werden sie als gleichwertige Synonyme verwendet.

Der Terminus *Orthographie* ist ambivalent und bezeichnet sowohl das korrekte Schreiben von Wörtern, als auch die Wissenschaft, die sich mit der korrekten Schreibweise befasst. In der Gesellschaft dominant ist zudem die Vorstellung der Rechtschreibung als einer Ansammlung von mehr oder weniger willkürlichen Lösungen für Schreibprobleme (Maas 2003: 732). Eine Reihe von Linguisten betrachtet die Orthographie primär nur als Wissenschaft oder Lehre, wie dies z.B. H. Bußmann tut. Nach H. Bußmann (2002: 488) ist Rechtschreibung die „*Lehre von der systematischen und einheitlichen Verschriftung von Sprache durch Buchstaben (Graphem) und Satzzeichen (Zeichensetzung)*“. Nach den anderen Auffassungen umfasst sie die Schreibweisen, die innerhalb einer Sprache durch eine Norm festgelegt sind (vgl. Dürscheid 2006: 164). Mit anderen Worten ist die Rechtschreibung in diesem Sinne eine Summe von aufeinander bezogenen Regeln, die zusammen eine von außen kodifizierte Norm bilden. Ihre Nichtbefolgung verursacht unterschiedliche Sanktionen (vgl. Hentig v. H. 2005: 5). Eine präzise Definition bietet H. Glück (2005: 461). Nach H. Glück bezeichnet die Rechtschreibung „*die Gesamtheit der (amtl.) normierten Schreibkonventionen unter Einschluss der Interpunktion, zum anderen wird er als »Wortschreibung« der Interpunktion gegenübergestellt (Rechtschreibung und Zeichensetzung). Ferner kann Orthographie das Phänomen selbst, die Wissenschaft, meinen, die sich mit Orthographie befasst.*“

Die Orthographie ermöglicht eine sichere und rasche Kommunikation und überdies sorgt sie für räumliche Einheitlichkeit und zeitliche Stabilität der Sprache. Eine amtliche

---

<sup>9</sup> Griechisch: *Orthos* (recht, richtig) und *graphia* (Schreiben, Schreibung) (Nerius 1987: 24).

Festsetzung der Regeln kann Verständnisunsicherheiten zwischen den Menschen beseitigen. Die einheitliche Orthographie bekam im Laufe der Zeit den Charakter einer offiziell verbindlichen Richtschnur, die nur beschränkt Freiraum und geringe Variabilität zulässt (vgl. Nerius 1987: 29). Die einheitliche Orthographie gestaltet eine Kulturnation mit. Sie entfaltet das Gefühl der Zugehörigkeit und Loyalität der Sprachteilhaber zu ihrer Sprache.<sup>10</sup> Sie stellt Tradition, Bildungsgeschichte und Kulturgut dar (vgl. Kranz 1998: 21). Die Schriftsprache bedeutet viel für das Bewusstsein einer Nation. Daneben spielen eine Rolle selbstverständlich auch andere Faktoren, die die kollektive Identität bestimmen. Das zeigt das Beispiel der österreichischen Nation, die auch auf anderen identitätsstiftenden Elementen aufgebaut ist. Eine eigene Schreibweise bedeutet auch für kleinere Gruppen sehr viel. Eigene Schreibweise kann zu ihrer Einheitlichkeit und Homogenität beitragen. Es entstehen z.B. in der Werbung, Jugendsprache oder in der Popkultur sog. Suborthographien (Kranz 1998: 45). Eine vertiefende Darstellung dieser Problematik würde an dieser Stelle jedoch zu weit führen.

### **2.2.3 Rechtschreibreform**

Die Rechtschreibreformen sind ein klassisches Beispiel der Sprachplanung, die im Anwendungsbereich der Sprachpolitik jeweiliger Staaten liegt. Wenn die gesellschaftliche Kommunikation neue Schreibweisen erfordert, muss die alte Rechtschreibung oder ausgewählte Bestandteile ersetzt werden. Man kann diesen Prozess als Verbot bestimmter Schreibweisen und ihre Ersetzung durch neue, bisher ungebräuchliche Schreibweisen benennen. Das organisierte Sprachmanagement bietet den theoretischen Apparat für die Interpretation der Rechtschreibreform. Die Reformen können dem Erleichtern des Rechtschreibunterrichts dienen (vgl. Kopke 1995: 417). Dabei geht es um die kommunikative oder linguistische Sprachmanagementebene. Die Reform geschieht jedoch meistens aufgrund eines gesellschaftlichen Bedürfnisses nach Eindeutigkeit und Stabilität der Orthographie (Nerius 1987: 31). Dabei handelt es sich um die soziokulturelle (sozioökonomische Ebene). Die Neuregelung der staatlichen Rechtschreibung zielt durch ihren Aufbau und Strukturierung auf die Gesamtbevölkerung. Die Rechtschreibung soll einfach erlernbar und verwendbar sein. Sie soll sich durch klare Übersichtlichkeit kennzeichnen und ökonomisch nicht bremsend wirken (vgl. Cooper 1989: 122).

Die Sprachmanagementtheorie berücksichtigt auch die Rolle der Mikroebene. Das

---

<sup>10</sup> Mehr zur sprachlichen Identität und Loyalität in Löffler (2010: 151ff.).



Öffentlichkeit repräsentiert. Die Domänen haben unterschiedliche sozioökonomische Interessen, welche sich im Fall der Rechtschreibreform linguistisch repräsentieren. Die Domänen haben eigene Diskurse über die Reform gebildet.

### 3. Methodologie

Die vorliegende soziolinguistische Arbeit basiert methodologisch auf dem qualitativen Paradigma. Quantitative Messungen können soziales Handeln nicht erfassen und sind weniger anpassungsfähig. Sie beschränken sich auf das Gegebene, d.h. der Mensch ist nur ein Untersuchungsobjekt. In der qualitativen Arbeit werden individuelle Interpretationen der ausgewählten sozialen Gruppen untersucht, d.h. der Mensch ist ein erkennendes Objekt (Lamnek 2010: 30). Qualitative Methoden beschäftigen sich mit der Untersuchung der sog. nonmetrischen Eigenschaften von Personen, Produkten und Diensten (Lamnek 2010: 3). Sie zielen auf Kommunikation und Interaktion. Im qualitativen Paradigma werden weniger Personen untersucht, weil Zeit, Finanzen und Ressourcen nur in beschränktem Maße zur Verfügung stehen (Ebd.). Zu dem qualitativen Verfahren gehören Interviews, Gruppendiskussionen, teilnehmende Beobachtungen etc. (Lamnek 2010: 7). Die Daten werden nicht statistisch analysiert, sondern hermeneutisch interpretiert.

In der Studienarbeit von Dell/Korotkaja (2006: 5ff) wird die Problematik der Interviews zusammengefasst, indem die Interviews in drei Gruppen kategorisiert werden. Die erste Gruppe der *standardisierten (strukturierten) Interviews* kennzeichnet sich durch vorher festgelegte, fixierte Fragen, die nach gleichem Wortlaut und derselben Reihenfolge gestellt werden. Die zweite Gruppe der *halbstrukturierten (geleiteten) Interviews* hat eine klare Grundlinie, bietet aber gleichzeitig einen gewissen Freiraum für den Interviewer. Die Fragen bilden einen Leitfaden, der Zugang in ein soziales Feld bietet. Je nach der Situation kann die Reihenfolge der Fragen geändert werden. Man kann zusätzliche Fragen stellen oder einige Fragen weglassen. Lamnek (2010: 320) bezeichnet es als Reflexivitätsprinzip. Die dritte Variante ist das unstrukturierte Interview. *Das unstrukturierte (freie, offene) Interview* ist ein zwangsloses Gespräch zu einem bestimmten Thema. Der Interviewer entscheidet, auf welche Art und Weise er das Gespräch führt. Der Verlauf ist nur teilweise gesteuert und die Atmosphäre entspannt. Die qualitativen Methoden repräsentieren sich in dieser Arbeit v.a. durch halbstrukturierte Interviews mit *theory-driven questions*, die sich auf den Prozess des Sprachmanagements beziehen. Halbstrukturierte Interviews verbinden die Vorteile von standardisierten und unstrukturierten Interviews (vgl. dazu genauer Lamnek 2010: 216ff).



Die Sprachmanagementtheorie wird in der Arbeit sowohl als theoretische Richtschnur zur Datenerhebung, als auch als Mittel zur Interpretation der Daten verwendet. Die Reihenfolge der gestellten Fragen wurde bei den halbstrukturierten Interviews von der Sprachmanagementtheorie festgelegt. Bei diesem Interviewplan können sog. *language management summaries* vorkommen, indem die Interviewten die Ereignisse aus der Vergangenheit zusammenfassend als nicht-problematisch beschreiben. Der Interviewer musste sich in die Rolle der Interaktionspartner hineinversetzen, ohne die kritische Distanz zum Inhalt zu verlieren.<sup>12</sup> Äußerst wichtig war eine möglichst objektive und neutrale Stellung des Interviewers zum Problem.

### 3.1 Vorgehen

Die Daten wurden mithilfe der halbstrukturierten mündlichen Interviews erhoben. Es geht um fünf Einzelfallstudien im qualitativen Paradigma. Im Vergleich zum quantitativen Interview legt der Befragte beim qualitativen Interview seine Persönlichkeit offen (vgl. Lamnek 2010: 352). Die Diskussion wird vom Befragenden gesteuert und die Fragen von ihm flexibel modifiziert. Dennoch ist die befragte Person diejenige Instanz, die den Forschungsablauf und Forschungsergebnisse determiniert (vgl. Lamnek 2010: 231). Als theoretischer Ausgangspunkt für die Zusammenstellung der Fragen und die Diskursanalyse dient die Sprachmanagementtheorie. Die Forschungsmethodik berücksichtigt drei Blickwinkel der Sprachmanagementtheorie: 1. Sprachmanagementphasen: Normabweichung, Bemerkungen, Bewerten Lösungsvorschläge, Implementierung, 2. Sprachmanagementebenen: sozioökonomisch, kommunikativ, linguistisch im engeren Sinne, 3. Sprachmanagementakteure (Diskursanalyse): Politiker, Schriftsteller, Experten usw. Die terminologischen Bezeichnungen der einzelnen Phasen und Ebenen boten die inhaltliche Grundlage für die Interviewfragen. Jede Phase und Ebene stellt einen umfangreichen Diskurs dar, in dem die Machtverhältnisse zwischen den Akteuren eine wichtige Rolle spielen. Diese Machtverhältnisse zwischen den Akteuren und ihre Motivation<sup>13</sup> für die Einführung der Rechtschreibreform bildeten den Grundtenor für die gestellten Fragen. Die befragten Akteure (Schulen, Medien) hatten im Prozess eine klar definierte Rolle, sodass die Personen systematisch befragt werden konnten. Die geplanten Fragestellungen waren durch gewisse

---

<sup>12</sup> vgl. Nähe-Distanz-Problematik in Lamnek (2010: 36)

<sup>13</sup> Von der sozioökonomischen Ebene bis zur linguistischen Ebene

Offenheit gekennzeichnet. Erwartet wurden umfangreiche Antworten und eigene Erfahrungen mit der Reform. Die Fragen umfassten mehrere Unterfragen, die zusätzlich gestellt werden konnten. Die durchgeführten Interviews hatten folgendes Schema. Den Befragten wurde in der sog. Pretest-Phase der Zweck der Untersuchung und die Struktur des geplanten Interviews vorgestellt. Die Kontaktpersonen konnten sich auf das metasprachliche Gespräch vorbereiten. Die konkreten Interviews fanden unter unterschiedlichen Bedingungen in unterschiedlichen Räumlichkeiten statt: in Konferenzräumen, Büros oder auch auf dem Gang. Diese Orte garantierten jedoch für die Befragten eine gewohnte Atmosphäre. Zur Datenerhebung diente ein Audioaufzeichnungsgerät. Nach dem gegenseitigen Vorstellen wurde der Umgang mit persönlichen Daten und die Frage der Veröffentlichung geklärt. Die Befragten charakterisierten ihre Schule bzw. ihre Tageszeitung näher. Weiter wurde den befragten Personen freier Raum zur Äußerung eigener Erfahrungen mit dem Prozess der Rechtschreibreform gelassen. Ihre Erfahrungen mit der Rechtschreibreform wurden chronologisch, nach den Phasen der Sprachmanagementtheorie (Bemerkten, Bewerten, Maßnahmen, Implementierung), zusammengefasst. Der Apparat der Sprachmanagementtheorie bietet die sog. theory driven questions:

1. Welche Abweichungen haben Sie am Anfang bemerkt?
2. Wie haben Sie die Abweichungen bewertet?
3. Welchen Korrekturplan haben vorgeschlagen?
4. Wie haben Sie die Lösungsvorschläge implementiert?

Größte Aufmerksamkeit wurde in den Interviews auf den Korrekturplan und seine Implementierung gelenkt. Die Statements boten viele Anregungen für anschließende Fragen, die systematisch nach den Sprachmanagementebenen und nach ihren Akteuren angeordnet wurden.

Die Fragen wurden auch nach den Sprachmanagementebenen (soziokulturelle / sozioökonomische, kommunikative, linguistische) gereiht. In den Medien wurden eventuelle wirtschaftliche Intentionen besprochen, die die Redaktionen zu den Entscheidungen bewogen haben. Dabei geht es um soziokulturelle bzw. sozioökonomische Ebene. Die Befragten äußerten sich auch zu den technischen Bedingungen und zum zeitlichen Verlauf. Mit dem Prozess wurden zahlreiche Hindernisse und Konflikte verbunden, zu denen Schulen und Druckmedien verschiedene Herangehensweisen hatten. Das ist die kommunikative Ebene. Hatten zum Beispiel die Tageszeitungen Verbündete und Gegner beim Durchsetzen

eigener sozioökonomischen Interessen? Sind dabei irgendwelche Koalitionen entstanden? Wer hatte im Rahmen der Zeitung das letzte Wort zur (Nicht)einführung der Neuregelung? Waren es die Redaktion, die Chefs vom Dienst, das Korrektorat oder die Journalisten? Im Vergleich dazu sah der Dienstweg und Verlauf im Schulwesen anders aus (Rolle des Landesschulrats, der Schulaufsicht). In beiden Bereichen wurden die Reaktionen der Öffentlichkeit auf die Reform und die Situation in der BRD erörtert. Weitere Fragen betrafen die linguistische Ebene im engeren Sinne. Dabei ging es um konkrete reformierte Beispiele, welche die Probleme bereiteten.

Die Fragen wurden nach dem vorher festgelegten Raster gestellt und von zahlreichen Nachfragen ergänzt. Die Modifikation des Schemas kam vor, wenn die Äußerungen ausgeführt werden mussten. Die durchschnittliche Dauer eines Gesprächs betrug 35 Minuten. Die aufgenommenen Interviews wurden vom Datenträger transkribiert. Das anschließende Vorgehen wird von Lamnek (2010: 240) *Explikative Datenanalyse* benannt. Die erhobenen Daten wurden kommentiert und mit den forschungsrelevanten Diskursdaten verglichen. Die Einführung der Rechtschreibreform und damit verbundene Probleme wurden im breiteren *Rahmen* analysiert. Die Informationen mussten aus der Datenfülle herausgefiltert werden. Die erhobenen Erkenntnisse wurden durch beispielhafte Zitation von Interviewpassagen untermauert. Im Anschluss daran wurden Schlussfolgerungen gezogen.

### **3.2 Diskursanalyse**

Erörtert wurden auch an der Reform beteiligte Akteure. Großes Gewicht wurde den Machtverhältnissen bei der Einführung der Reform beigemessen. Welche Rolle spielten beim Reformprozess die Ministerien, Institutionen, Sprachexperten und Sprachkodizes? In diesem Zusammenhang tritt in der Arbeit die Diskursanalyse in den Vordergrund.<sup>14</sup> Methodologisch ist die Diskursanalyse über die Rechtschreibreform nicht zu unterschätzen. Die Diskurse zeigen das gesellschaftliche Verhalten gegenüber der Sprache. Eine komplexe Übersicht zur Problematik der Analyse von Diskursen bietet O. Stenschke (2005: 5ff.). Zu einem Diskurs gehören alle Texte, schriftliche und mündliche Äußerungen, die inhaltlich mit einem Thema oder Gegenstand zusammenhängen. Der Diskurs erstreckt sich über einen längeren

---

<sup>14</sup> Siehe das Kapitel 5.4 Implementierung und Reaktionen

Zeitraum. Am Rechtschreibdiskurs sind verschiedene Personen und Institutionen beteiligt (vgl. Stenschke 2005: 11). Die Diskursanalyse besteht aus fünf zu beantwortenden Grundfragen: *was, wie, wer, wo, womit*. Das Fragepronomen *was* steht für die Inhalte vom Diskurs. *Wie* befasst sich mit der Art und Weise der Vermittlung. *Wer* zeigt auf die Akteure, die den Diskurs prägen. In diesem Fall sind es Reformbefürworter oder –gegner, Öffentlichkeit oder Sprachexperten usw. *Wo* behandelt die Plätze, wo die Akteure den Diskurs führen. *Womit* steht für Methoden, die den Diskurs gestalten. Die Antworten auf die Grundfragen bilden einen Komplex außersprachlicher Kontexte, die gemeinsam das besprochene Thema in seiner Gänze bilden.

Die Diskursanalyse unterscheidet die Quellen lediglich nach den sprachlichen Domänen. Die Einbeziehung der Sprachmanagementtheorie stellt in der Analyse eine gewisse Systematik her. Die Diskurse können somit übersichtlicher organisiert werden. Die Diskursanalyse wird in den Domänen: Öffentlichkeit, Politische Repräsentation und Schriftsteller durchgeführt. Als Quelle für die Texte dienen folgende Korpora. Das Archiv der Leserbriefe hat in der österreichischen Zeitung *Die Presse* alle Reaktionen der Leserschaft zur Reform gesammelt. Der Diskurs der österreichischen politischen Repräsentation wird durch stenographische Protokolle des Nationalrats abgesichert. Zu dem Prozess der Rechtschreibreform haben sich zahlreiche Politiker geäußert. Die Schriftsteller drückten sich in der Form von Petitionen und Erklärungen (z.B. Frankfurter Erklärung) aus.

#### 4. Zur Geschichte der deutschen Rechtschreibreformen

Die Ursprünge der deutschen Schriftsprache sind unklar, trotzdem besteht Konsens, dass die deutsche Rechtschreibung als überregionales Kommunikationsmittel geschaffen wurde (vgl. Kopke 1995: 393). Ein überregionales Kommunikationsmittel kann nur unter pragmatischen Bedingungen nach einem exakten Plan geschaffen werden. Man sollte in der wissenschaftlichen Arbeit alle Spekulationen unterlassen, weil sich die Urbeispiele der Sprachplanung empirisch nicht belegen und auch nicht anders verifizieren lassen. Die Arbeit widmet sich hauptsächlich der synchronen Sprachforschung. Berücksichtigt werden hauptsächlich Ereignisse im 20. Jh.

Es erschienen bereits im Mittelalter erste konkrete Bemühungen, einheitlich zu schreiben. In der Geschichte der germanischen Sprachen wiederholten sich bei den Standardisierungsprozessen der jeweiligen Nationalsprachen die gleichen politischen, soziologischen und ökonomischen Aspekte. Man kann die typischen Standardisierer, d.h. die normsetzenden Instanzen, klassifizieren (vgl. Vandenbusche 2007: 28). Zu diesen Instanzen<sup>15</sup> zählt man Schulen bzw. Akademiker, Behörden bzw. Kanzleien<sup>16</sup>, Schriftsteller, Wirtschaft bzw. Handel und Buchdrucker. Die genannten Bereiche trugen sowohl bewusst als auch unbewusst zu der Vereinheitlichung der deutschen Sprache bei (vgl. dazu genauer Vandenbusche 2007: 28f). Besonders politisch-religiöse Einflüsse wie die Reformation fanden Widerhall in der Sprache. Es fehlte im deutschen Sprachgebiet eine politisch-kulturelle Metropole mit einer Sprachvariante, die das automatische Prestige einer Hochsprache hatte (vgl. Kranz 1998: 23). Es war im politisch und konfessionell zersplitterten Deutschland mit dem stark verwurzelten Föderalismus unmöglich, eine gemeinsame einheitliche Norm zu finden. Den Status von Normautoritäten hatten die damaligen Grammatiker wie z.B. Gottsched, Adelung, Freyer oder Grimm. Das staatliche Bemühen um eine einheitliche Schreibweise zeigte sich im Deutschen Reich vor allem nach dem Gründungsjahr 1871. Amtliche Eingriffe in die Rechtschreibdiskussion sind aber schon seit Mitte des 19. Jhs. feststellbar. Vor allem die Schulen kritisierten mangelnde Orthographieregeln (vgl. Scheuringer 1996: 69). Die Adressaten dieser Klagen waren die

---

<sup>15</sup> Begriff von U. Ammon, siehe Soziales Kräftefeld

<sup>16</sup> Es entstanden auch sog. Kanzleisprachen in Prag, Meißen, Wien (vgl. Eggers 1986: 146).

verschiedenen Schulverwaltungen und Ministerien. Lehrervereine und einzelne Lehrer erstellten die ersten Regelbücher für den Schulunterricht (Kopke 1995: 9). In Österreich wurde 1849 in einem Organisationsentwurf für die Realschulen und Gymnasien empfohlen, dass sich die Lehrer auf eine gemeinsame Orthographie des Lesebuchs einigten (Scheuringer 1996: 68). Eine einheitliche Norm war zu dieser Zeit nicht festgelegt, deswegen unterschied sich auch die Orthographie in einzelnen Lesebüchern. Im *Österreichischen Schulboten* wurden auf R. v. Raumer basierende Grundsätze veröffentlicht, die sich aber nicht durchgesetzt hatten. Bis 1879 sind weitere österreichische Vereinheitlichungsbestrebungen nicht feststellbar (Scheuringer 1996: 69). Im Jahre 1876 wurde die *I. Orthographische Konferenz* vom preußischen Kultusminister Adalbert von Falk in Berlin einberufen (Nerius 1987: 247). Zu den Teilnehmenden gehörten Sprachexperten. Die beschlossenen Änderungen der Rechtschreibung richteten sich nach der Lauttreue und nach der herkömmlichen Orthographie.<sup>17</sup> Der Beschluss wurde aufgrund von vielen kritisierten Änderungen nicht umgesetzt und die Konferenz verlief ergebnislos (vgl. Nerius 1987: 248). Die gescheiterte Konferenz fand jedoch auch Anklang. Neben mehreren Petitionen (z. B. Lehrerverband in Bayern) erstellte der österreichische Verein *Mittelschule* 1879 einen auf den Ergebnissen der Konferenz basierenden Regelbuchentwurf (Blume 1879 zit. nach Scheuringer 1996: 77). Später orientierte sich auch K. Duden an dem Regelwerk (Kopke 1995: 14).

#### **4.1 Die Rechtschreibung im 20. Jh.**

Im Jahre 1901 wurde vom Kaiser Wilhelm II. die zweite staatliche Rechtschreibkonferenz einberufen. Der Tagungsort war wiederum Berlin. Das Ziel der *II. Orthographischen Konferenz*<sup>18</sup> war eindeutig die Erzielung von Einheitlichkeit. Uneinheitlichkeit wurde negativ bewertet. Eingeladen wurden Abgesandte der deutschsprachigen Staaten, hohe Beamte des Reichsinnen- und des Reichsaußenministeriums, Vertreter des Buchhandels und des k. u. k. österreichischen Unterrichtsministeriums.<sup>19</sup> K. Duden und der deutsche Germanist W. Wilmanns waren die einzigen zur Konferenz eingeladenen Experten und so kann man die Veranstaltung nicht als

---

<sup>17</sup> D.h. Regelbücher der Gymnasial- und Realschullehrer (Kopke 1995: 15).

<sup>18</sup> Auch Berliner Konferenz genannt.

<sup>19</sup> Als Beobachter wurde der Hofrat Huemer entsandt (Scheuringer 1996: 83).

eine Expertenkonferenz betrachten. Im Vordergrund stand vielmehr die Lage der Orthographie in Behörden und Verwaltung, d.h. die Makroebene. Die Regelvorschläge basierten auf der preußischen Schulorthographie und auf dem Duden (vgl. Munske 2005: 140). In deutschen Wörtern wurde der Buchstabe *h* nach *t* abgeschafft (*Thür* > *Tür*). Es kam zur weiteren Ersetzung von *c* durch *k* bzw. *z* (*Accent* > *Akzent*). Die Fremdwörter sollten konsequenter eingedeutscht werden.

Die Implementierung des Korrekturplans ist nur teilweise gelungen. Viele Schreibvarianten wurden z.B. bei Vokallängenmarkierungen weiterhin beibehalten. Die sog. Heysesche *s*-Schreibung wurde abgelehnt, obwohl sie in Österreich bereits üblich war. Zu Groß- und Kleinschreibung, Getrennt- und Zusammenschreibung und zur Interpunktion wurden keine systematischen Regeln formuliert (Nerius 1987: 250). Die Österreichische Monarchie übernahm in einer Verordnung vom Februar 1902 alle festgelegten Anordnungen und führte sie in allen Schulen ein. In den Schulbüchern oder im Militärwörterbuch der k. u. k. Monarchie blieb zunächst aber noch Manches erhalten, das der Neuregelung nicht entsprach (vgl. Schrodts 2000: 4). Die Einführung benötigte im Vergleich zur letzten Rechtschreibreform von 1996 keine Übergangszeit, weil die Orthographie in den meisten Schulen, Behörden und im praktischen Sprachgebrauch *de facto* eingeführt war.<sup>20</sup> Neben der Zufriedenheit mit dem erzielten Konsens zeigte sich auch Enttäuschung über nicht erreichte weitergehende orthographische Reformen. Inkonsequenzen tauchten auch auf der Makroebene auf. Der deutsche Kaiser, Wilhelm II., lehnte die Reform für seinen Herrschaftsbereich ab. Die persönliche Haltung des österreichischen Kaisers ist nicht bekannt.

Es war die Rede von der Schulorthographie als einer Grundlage für die einheitliche Rechtschreibung. Nach Scheuringer (1996: 85) war bei der Konstituierung des Regelwerkes der Einfluss von Lehrerverbänden relativ unbedeutend. Die Lehrer wurden nicht als Verfasser, sondern bloß als Vermittler der Rechtschreibregeln betrachtet. Diese Lage blieb bis heute unverändert. Auf dem Weg zu der ersten einheitlichen Schreibnorm sollte man aber nicht die Rolle der Drucker und Verleger unterschätzen. Mit ihrer praktischen und wirtschaftlichen Position (sozioökonomische Ebene) beeinflussten sie bedeutend das Geschehen auf dem Feld der sprachlichen Neuerungen (linguistische Ebene). So erschien z.B.

---

<sup>20</sup> 1902 erschienen die *Regeln für die deutsche Rechtschreibung nebst Wörterverzeichnis*, die auf dem Beschluss der II. Orthographischen Konferenz basierten. Am 1.1.1903 wurde das Regelwerk in den Behörden, zu Beginn des Schuljahres 1903/04 in den Schulen verbindlich eingeführt (Dürscheid 2006: 170).

1903 im Auftrag von Buchdruckvereinen des ganzen deutschsprachigen Gebiets der sog. *Buchdruckerduden*. Man erzielte damit Einheitlichkeit im deutschsprachigen Raum, aber die Kompliziertheit der Regeln und die zahlreichen Schreibvarianten blieben bestehen. Diese Tatsache wurde am deutlichsten von der Lehrerschaft beklagt (vgl. Kopke 1995: 33). Im gesamten 20. Jh. wiederholten sich Bemühungen um Kleinschreibung der Substantive, vermehrte Getrennschreibung, Eindeutschung von Fremdwörtern, Trennung nach Sprachsilben, Beseitigung der Dehnungszeichen und Vokalkürzemarkierungen. Diese Forderungen hatten jedoch jahrelang keine praktische Auswirkung auf den Schreibgebrauch gefunden, auch wenn sowohl Institutionen (Makroebene) als auch Laien und Experten (Mikroebene) eine grundsätzlichere Reform für notwendig hielten. Das bestätigt die folgende Tabelle mit ausgewählten Bemühungen um eine Rechtschreibreform in der ersten Hälfte des 20. Jhs.



**Tabelle 1:** Übersicht der Bemühungen um eine Rechtschreibreform in der ersten Hälfte des 20. Jh. nach Scheuringer (1996: 97):



Es gab vor dem Zweiten Weltkrieg auch in Österreich Stimmen<sup>21</sup> für eine weitergehende Reform. Negativ bewertet wurden bei der damaligen Orthographie die Diskrepanzen in Schreibungen bei relativ gleichartigen Wörtern (Nerius 1987: 258). Diese Forderungen wurden allerdings von den Institutionen nicht aufgegriffen (vgl. Schrodts 2000: 4). Die Situation in der Nachkriegszeit schien für alle Reformen, einschließlich der Rechtschreibreform sehr günstig zu sein (vgl. Kranz 1998: 29). Das Schulwesen befand sich im Aufbau und viele Reformvorschläge<sup>22</sup> lagen bereits vor, aber die sozioökonomischen Umstände bevorzugten Reformen in anderen gesellschaftlichen Gebieten. Die Implementierung der Reformvorschläge wurde aufgrund der politischen Gründe erschwert. Es war die Zeit der Teilung Deutschlands. Ideologische Schranken in den jeweiligen Besatzungszonen verhinderten eine Konsensbildung bezüglich der Orthographieregeln. Trotzdem setzte man die Reformbemühungen fort.

Als besonders hoffnungsvoll erwiesen sich die sog. *Stuttgarter Empfehlungen* der Arbeitsgemeinschaft für Sprachpflege (Mai 1954). An den Beratungen beteiligten sich u.a. Lehrer, Sprachwissenschaftler und Vertreter des Druckgewerbes aus der BRD, der DDR, der Schweiz und Österreich (Dürscheid 2006: 171). Die Stuttgarter Empfehlungen waren das Ergebnis der Reformvorschläge aus den Kriegsjahren. Die Empfehlungen umfassten einen Plan zur vermehrten Getrenntschreibung, zur Eindeutschung von Fremdwörtern, Worttrennung nach Sprechsilben, Beseitigung von Doppelformen, oder vereinfachter Interpunktion. Die Implementierung der Stuttgarter Empfehlungen misslang aus mehreren Gründen. Als sehr problematisch erwies sich auf der linguistischen Ebene die vorgeschlagene Kleinschreibung<sup>23</sup> der Substantive. Die Gründe für das Nichteinführen der Vorschläge entsprachen der Situation mit der Rechtschreibreform von 1996. Die Parallelen finden sich auf der soziokulturellen Ebene in der ablehnenden Reaktion der Presse oder der Schriftsteller (T. Mann, Hesse, Dürrenmatt usw.). In Österreich spielte auch eine Veränderung in der Position des österreichischen Unterrichtsministers eine Rolle. Der neue Unterrichtsminister Heinrich Drimmel war ein entschiedener Gegner der Reform (Schrodts 2000: 40). Für die endgültige Ablehnung war die Tatsache entscheidend, dass die Österreichische Akademie der Wissenschaften (Richard Meister) und die Deutsche Akademie

---

<sup>21</sup> Z. B. am Anfang der 30er- Jahre Konferenz der Wiener Bezirksschullehrer (Schrodts 2000: 4)

<sup>22</sup> Siehe die Tabelle 1

<sup>23</sup> Beschränkung der Großschreibung auf Satzanfänge, Eigennamen und Anredepronomina (Dürscheid 2006: 171).

für Sprache und Dichtung die Durchsetzung verhinderten. Die für das Jahr 1955 geplante Rechtschreibkonferenz in Wien kam nicht zustande (vgl. Schrodtt 2000: 41).

Scheuringer (1996: 99) kommentiert das darauf folgende Geschehen in Deutschland folgendermaßen: „1954 erschien im Auftrag der Gesellschaft für deutsche Sprache verfasste *Deutsche Rechtschreibung* von Lutz Mackensen. Unterschiede zwischen den beiden Werken werden von der Presse [...] gierig aufgegriffen, Sprachverwilderung wird an die Wand gezeichnet. Diese Situation nutzt die Dudenredaktion geschickt aus, indem sie Kontakt zur Kultusministerkonferenz (KMK) der BRD aufnimmt. Diese beschließt dann im Sinne der Dudenredaktion, dass bis zu einer Klärung der Lage die amtliche Regelung 1902 gelte und in Zweifelsfällen die Regeln und die Schreibweise des Duden verbindlich seien.“ Die angebahnten Kontakte zu den offiziellen staatlichen Instanzen sicherten dem Duden Verlag die Monopolposition zu. Auf dem Markt der sich mit der Rechtschreibung befassenden Nachschlagewerke wurde der Duden in Deutschland maßgebend und quasi amtlich. Dieses Provisorium wurde zum Dauerzustand. Die DDR schloss sich der Regelung von Duden ebenfalls an. W. Kopke (1995: 50) äußert dazu, dass diese Privilegierung Dudens im Wettbewerb mit anderen Verlagen rechtlich äußerst bedenklich gewesen sei. Die Eingriffe der staatlichen Macht betrafen auch die private Sphäre. Angesichts des geteilten Deutschlands existierten ab 1956 parallel zwei Dudenredaktionen (Mannheim und Leipzig). Die orthographische Norm in der BRD und in der DDR durchlief in der Ära der deutschen Zweistaatlichkeit keine signifikante Aktualisierung. Die deutlichsten Unterschiede in den Wörterbüchern und Nachschlagewerken waren in der Stichwortauswahl zu finden. Die orthographischen Phänomene wurden nur in wenigen Beispielen an den Sprachgebrauch angepasst. Nach Küppers (1984: 123) hätte eine spezifisch ostdeutsche Orthographie die Spaltung Deutschlands weiter vertieft und die Wiedervereinigung erschwert. Mit anderen Worten hätte die linguistische Ebene negativ die sozioökonomische Ebene beeinflusst.

In Österreich gilt das *Österreichische Wörterbuch (ÖWB)* seit 1951 als amtliches Regelwerk für die Rechtschreibung.<sup>24</sup> Das Wörterbuch ist bis heute verbindliche Grundlage für den Unterricht.<sup>25</sup> Man konnte diese österreichische Abkehr vom Duden als eine gewisse Spaltung betrachten, die ein Schritt zurück in der Vereinheitlichung der deutschen Rechtschreibung bedeutete. Die Ursache dafür waren wiederum politische Umstände. Das

---

<sup>24</sup> <http://www.bmukk.gv.at/rechtschreibung> (Stand: 23. 11. 2012)

<sup>25</sup> Ebd. (Stand: 23. 11. 2012)

Nachkriegsösterreich betrieb eine aktive Sprachpolitik der Abgrenzung gegenüber Deutschland und der deutschen Sprache. Der österreichischen Eigenständigkeit wurde auch in der Sprache<sup>26</sup> der Vorzug gegeben. Aus praktischen Gründen wurde der Duden im Laufe der Zeit auch in Österreich öfter zur Hand genommen. Das Österreichische Wörterbuch<sup>27</sup> beinhaltet im Vergleich zum Duden weniger Stichwörter und dient v. a. dem Nachschlagen der Austriazismen. Die orthographischen Besonderheiten waren im Österreichischen Wörterbuch anzutreffen aber ihre Anzahl war gering. Nerius (1987: 108f.) weist z.B. auf die Regelung der graphischen Worttrennung hin, die eigene Züge im ÖWB trug. Das ÖWB beinhaltete in diesem Bereich weniger Rechtschreibvorschriften und ließ mehr Varianten zu. Die Worttrennung konnte sowohl nach morphematischen als auch nach syllabischem Prinzip getrennt werden.<sup>28</sup> Diese Besonderheiten sind in der 35., 36. und 37. Auflage von 1990 zu finden (Retti 1999: 178). In strittigen Punkten wurden mehrere Varianten als fakultativ akzeptiert. An dieser Stelle manifestiert sich eine österreichische, tolerante Haltung hinsichtlich der Problembereiche der Orthographie (Retti 1999: 170).

Im Jahre 1958 wurden die *Wiesbadener Empfehlungen* vorgelegt, die inhaltlich auf den überarbeiteten *Stuttgarter Empfehlungen* basierten. Mit der Zusammensetzung des neuen Regelwerks wurde der Arbeitskreis vom Bundesinnenministerium und von der Kultusministerkonferenz beauftragt. Vor allem wegen der vorgeschlagenen Kleinschreibung wurden auch gemäßigte *Wiesbadener Empfehlungen* verworfen. Die Journalisten und die konservative Öffentlichkeit reagierten auf den Entwurf spöttisch, dabei argumentierte man insbesondere mit dem Traditionsbruch. Hauptunterstützerin der Kleinschreibung und der Reform insgesamt war die DDR. Nicht nur die DDR sprach sich für die Wiesbadener Empfehlungen in vollem Umfang aus (Kopke 1995: 75). Auch die von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften beauftragte österreichische Kommission gab eine zustimmende Stellungnahme dazu.

Was die österreichische Seite anbelangt, wurden die Reformbestrebungen in den 60er Jahren stärker institutionalisiert.<sup>29</sup> Beim österreichischen Unterrichtsministerium wurde

---

<sup>26</sup> V. a. die Austriazismen im Bereich der Lexik

<sup>27</sup> Die Neukodifizierung des österreichischen Standarddeutschs 1979 durch die 35. Aufl. des *Österreichischen Wörterbuchs* (ÖWB) nahm zahlreiche bisher als dialektal geltende, aber teilweise auch spezifisch österreichische Wörter auf. Man beabsichtigte, der breiten Bevölkerung den Zugang zum Standard zu erleichtern (vgl. Ammon 2005: 36).

<sup>28</sup> Dies betrifft die Fälle wie „darin“ oder „worauf“ (Nerius 1987: 109)

<sup>29</sup> Z. B. 1971 veranstaltete die *österreichische gesellschaft für sprachpflege und rechtschreiberneuerung* den *Wiener Symposium*.

1960 die *Österreichische Kommission für die Orthographiereform* gebildet. Zu ihren Sitzungen wurden regelmäßig auch die Wissenschaftler der Österreichischen Akademie der Wissenschaften entsandt (Scheuringer 1996: 100). Als Leiter der Kommission für Orthographie war Richard Meister tätig. Die Kommissionvertreter waren Sprachwissenschaftler, Schullehrer und Verleger. In ihren Stellungnahmen stimmte die Kommission de facto den Wiesbadener Empfehlungen zu. Der andere bemerkenswerte Aspekt der Rechtschreibreform hatte in Österreich eine soziale Dimension. Man wollte die Schreibweise nicht nur für die Schüler, sondern auch für die Bevölkerung insgesamt leichter machen und damit soziale Schranken abbauen (Schrodt 2000: 4). Es steht schon im Aufruf von Josef Flener-Flöttl folgende These: „*Es wäre ein Akt wahrer Solidarität mit den Angehörigen des Arbeiter- und Bauernstandes, die durch unser hartnäckiges Festhalten an der sogenannten gültigen Schreibung am meisten disqualifiziert werden, es wäre ein Akt sinnbildlicher Verbundenheit mit ihnen.*“<sup>30</sup> Nach dem Tod von R. Meister erschienen unter den Vertretern der Kommission starke Auseinandersetzungen, welche die Reformbemühungen bremsen. Es kam praktisch zum Stillstand der Reformarbeit in Österreich.<sup>31</sup> 1971 gründete O. Höfler noch eine weitere Kommission, die sog. *Kommission für Rechtschreibfragen* an der Akademie der Wissenschaften (Schrodt 2000: 148). Trotz ihrer Unterstützung durch das Unterrichtsministerium ging die Reformarbeit nur schleppend voran (Schrodt 2000: 145). Bis 1976 gab es parallel zwei Kommissionen für die Rechtschreibreform in Österreich (die sog. Ministerium- und Akademiekommission). Die Kommission für Rechtschreibungsfragen an der ÖAW blieb bis 1982 bestehen.<sup>32</sup>

Im Oktober 1973 fand in Wien eine internationale Konferenz (*Wiener Kongress*) statt. Der Kongress wurde weder von der Akademiekommission noch von der Ministeriumskommission veranstaltet. Die Tagung organisierte die *österreichische gesellschaft für sprachpflege und rechtschreiberneuerung* (Schrodt 2000: 173). Es wurden die Vorstellungen der einzelnen deutschsprachigen Länder zur Reform dargelegt. Die außenpolitische Pattsituation in beiden deutschen Staaten führte dazu, dass die „neutralen“ österreichischen Instanzen die Initiative zur Koordination übernahmen (Maas 2003: 732). Als Ergebnis der Reformbemühung wurden die sog. *Wiener Empfehlungen* ausgearbeitet.

---

<sup>30</sup> Der „bund österreichischer rechtschreibreformer“. *Erziehung und Unterricht* (1954: 19). In: Schrodt (2000: 21).

<sup>31</sup> <http://www.oeaw.ac.at/biblio/Archiv/pdf/Orthographiereform.pdf> (Stand: 11. 11. 2012)

<sup>32</sup> <http://www.oeaw.ac.at/biblio/Archiv/pdf/Orthographiereform.pdf> (Stand: 11. 11. 2012)

Inhaltlich entsprachen die Empfehlungen den bisherigen Bemühungen. Behandelt wurden die Teilbereiche Substantivkleinschreibung, Worttrennung nach Sprechsilben, Eindeutschung von Fremdwörtern, vereinfachte Kommasetzung und Getrenntschreibung. Man forderte auch die Ersetzung vom scharfen ß durch ss. Seit Mitte der 70er Jahre hat sich eine Reihe von Linguisten diesem Themenbereich zugewandt (Eroms/Munske 1997: 84). Jedoch eine konkrete Entscheidung über konkrete Reformschritte wurde nicht getroffen, weil dazu die Macht nicht ausreichte. Mit den vorgestellten *Wiener Empfehlungen* ging vom österreichischen Unterrichtsministerium verstärkt die Reforminitiative aus, welche zur 3. Orthographischen Konferenz in Wien (1986) führte.

Für die Entwicklung der Reformbestrebungen ist die Gründung der *Kommission für Rechtschreibfragen*<sup>33</sup> am IDS Mannheim von Bedeutung. Dazu kam es im Jahre 1965 ohne besonderen staatlichen Auftrag. Die *Kommission für Rechtschreibfragen* übernahm im Jahre 1977 die Initiative zur Reformierung der Rechtschreibung. Sie hatte den Auftrag, auf die Wahrung einer einheitlichen Rechtschreibung im deutschen Sprachraum hinzuwirken, die Einführung der Neuregelung zu begleiten und die künftige Entwicklung zu beobachten.<sup>34</sup> Präsident der westdeutschen Kommission des Instituts für deutsche Sprache in Mannheim war H. Glinz gefolgt von G. Augst. In der DDR bestand die von D. Nerius geführte *Arbeitsgruppe Orthographie* bei der Akademie der Wissenschaften. In der Schweiz bildete sich die *Arbeitsgruppe Rechtschreibreform der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren* unter der Leitung von H. Sitta und schließlich in Österreich war die *Wissenschaftliche Arbeitsgruppe des Koordinationskomitees für Orthographie beim Bundesministerium für Unterricht und Kunst* tätig. Das Koordinationskomitee war direkt dem österreichischen Unterrichtsminister untergeordnet und hatte somit einen offiziellen Status.<sup>35</sup> Sein Vorsitzender war im Jahre 1980 Karl Blüml (Schule/Didaktik) und seine weiteren Mitglieder R. Schrod (Fachwissenschaft) und V. Spechtler, der später durch U. Steiner (öbv/hpt) ersetzt wurde. Oben genannte vier internationale Gruppen vereinigten sich im Jahre 1980 auf einem Germanistikkongress in Basel zum *Internationalen Arbeitskreis für Orthographie*. Der Internationale Arbeitskreis für Orthographie veröffentlichte seit seiner

---

<sup>33</sup> Im Jahre 1976 war unter dem Namen *Zwischenstaatliche Kommission für Rechtschreibreform* tätig. Kurz danach wurde sie vergrößert und wieder in *Kommission für Rechtschreibfragen* umbenannt. Kopke (1995: 112) meint, dass die Umbenennung in eine neutralere Bezeichnung „...Rechtschreibfragen“ den Eindruck vermeiden solle, dass man nicht von Anfang zu einer Reform entschlossen sei.

<sup>34</sup> [http://www.sprachforschung.org/ickler/index.php?show=news\\_inv&id=652](http://www.sprachforschung.org/ickler/index.php?show=news_inv&id=652) (Stand: 30. 10 2012)

<sup>35</sup> Protokoll über die Wiener Gespräche zu Fragen der Rechtschreibreform (4. – 5. 12. 1986).

Gründung im Jahre 1980 mehrere Vorlagen der deutschen Rechtschreibung. Seine internationale Kommission arbeitete im Auftrag der KMK. Die Zusammensetzung des Arbeitskreises von Vertretern aus allen deutschsprachigen Ländern verlieh der Kommission die notwendige internationale Legitimation. In den 80er Jahren wurde bei den regelmäßigen Tagungen v.a. die inhaltliche Gestaltung der Reform besprochen. Die Ergebnisse resultierten in Entwürfen zur Neuregelung ausgewählter Teilbereiche der Orthographie. Die Kommission stützte sich auf Forschungsarbeiten, die in den letzten zwanzig Jahren vorgelegt wurden. Es handelt sich um die Forschungsgruppe Orthographie (Berlin/Rostock), die Kommission für Rechtschreibfragen (Mannheim) und die Studiengruppe Geschriebene Sprache (Bad Homburg) (Augst 2007: 22). Bereits 1985 hatte der Arbeitskreis den ersten Band seiner Vorschläge zur *Rechtschreibung des Deutschen und ihrer Neuregelung* veröffentlicht (Kranz 1998: 41).<sup>36</sup> Der Internationale Arbeitskreis für Orthographie veranstaltete 1986 die als *Wiener Gespräche* bekannte 3. Orthographische Konferenz. Bei den so genannten *Wiener Gesprächen* wurde die Rechtschreibreform zum Thema politischer Verhandlungen.<sup>37</sup> Die 3. Orthographische Konferenz<sup>38</sup> hatte sich das Ziel gesetzt, den mangelnden Zustand der deutschen Orthographie zu verbessern. Die internationale Sitzung bestand in Verhandlungen zwischen dem Internationalen Arbeitskreis für Orthographie und den politischen Vertretern, repräsentiert durch die deutsche Kultusministerkonferenz (KMK) (vgl. Kranz 1998: 38). Das österreichische Bundesministerium für Unterricht und Kunst unterstützte die Reformbemühungen. Die österreichische Seite übte bei den Verhandlungen eine wichtige Vermittlerrolle aus (Kopke 1995: 114).

Das Regelwerk umfasste alle Bereiche der Orthographie und stieß sofort auf harte Kritik. Nach dem Regelwerk sollte z.B. das Wort *Kaiser* mit „ei“, *Boot* mit einem „o“ und *Aal* mit einem „a“ geschrieben werden.<sup>39</sup> Die umstrittene gemäßigte Kleinschreibung sollte erst in einem zweiten Schritt in Angriff genommen werden (Kopke 1995: 114). Die letzten Reformvorschläge waren v.a. wegen der sog. gemäßigten Kleinschreibung gescheitert. Wegen der Kritik wurde 1990 vom Internationalen Arbeitskreis für Orthographie eine neue Ausarbeitung des Gesamtregelwerks vorgeschlagen (Schrodt 2000: 6). Es handelte sich weiterhin um Entwürfe mit erheblichen Eingriffen in die vertraute Schreibweise. Die

---

<sup>36</sup> Der Band 2 wurde im Jahre 1989 veröffentlicht.

<sup>37</sup> [http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/ba/rsref\\_weg06.xml](http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/ba/rsref_weg06.xml) (Stand: 24. 11. 2012)

<sup>38</sup> Ihre 2. Sitzung fand im Mai 1990 und die 3. Sitzung im Jahre 1994 (definitiver Verzicht auf die Kleinschreibung) statt.

<sup>39</sup> [http://www.bverfg.de/entscheidungen/rs19980714\\_1bvr164097.html](http://www.bverfg.de/entscheidungen/rs19980714_1bvr164097.html) (Stand: 27. 11. 2012)

Aktualisierungen gingen immer in eine gemäßigte Richtung. Auf der Frankfurter Buchmesse 1992 wurde eine neue Auflage der Neuerungen veröffentlicht und auf die strittigsten Einzellerscheinungen verzichtet. In folgenden Jahren wurden die Neuerungen nach einem internationalen Begutachtungsverfahren bei verschiedenen interessierten Institutionen, Organisationen und Verbänden aktualisiert. Der größte Teil der Befragten stimmte der Neuregelung zu (vgl. Schrodts 2000: 318). Im Vergleich mit der Orthographischen Konferenz von 1901 strebte man bei der Wiener Konferenz 1990 nicht nach der Vereinheitlichung, sondern nach der Vereinfachung der Regeln. Dieser Tatsache entsprach auch der Umfang der vereinbarten Neuregelungen. Die Vorschläge wurden vorwiegend von den Experten beraten und mit Vertretern der Organisationen und Vereine besprochen. Die Kommissionen bestanden nicht aus Praktikern wie Lehrern oder Schriftstellern. Von Seiten der Drucker bestand der Regelungsbedarf v.a. bezüglich der Getrennt- und Zusammenschreibung (Scheuringer 1996: 121). Beim dritten *Wiener Gespräch* (1994) wurden die institutionellen Reformschritte beraten (Schrodts 2000: 6). 1995 kam die *Vorlage für die amtliche Regelung*. Im Dezember 1995 wurden die überarbeiteten<sup>40</sup> Entwürfe von den Kultusministern der deutschen Länder verabschiedet und 1996 von der BRD, Österreich und der Schweiz auf Ministerebene ratifiziert. Dies stand im Kontrast zu der gleichzeitig geübten offenen Kritik des bayerischen Kultusministers H. Zehetmair. Nach der Abschaffung des Plans für die gemäßigte Kleinschreibung war die Fremdwortschreibung der problematischste Teil der Neuregelung. Die Vorlage musste mehrmals überarbeitet werden, wobei einige Änderungen tatsächlich Zehetmairs Kritik zuzurechnen sind. Es tauchte somit ein anderes Problem auf. Das ursprüngliche orthographische Schema wurde mit den Änderungen verletzt und die Kompromisse entsprachen nicht mehr der Systemhaftigkeit.<sup>41</sup>

Als Abschluss der Reformbemühungen kann man den Beschluss der *Wiener Absichtserklärung* betrachten. Der Beschluss wurde in Österreich von Bundesministerin Elisabeth Gehrler (ÖVP) unterzeichnet.<sup>42</sup> In der *Wiener Absichtserklärung (Gemeinsame Absichtserklärung zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung)*<sup>43</sup> vom 1. Juli 1996 wird die Absicht festgehalten, dass die Kommission die einheitliche Rechtschreibung im deutschsprachigen Raum bewahren soll und die Einführung der Neuregelung begleiten soll.

---

<sup>40</sup> Endgültige Nichteinführung der gemäßigten Kleinschreibung. In einer APA-Meldung vom 7. September 1993 sagte der Unterrichtsminister R. Scholten: „Man darf die Dinge nicht übers Knie brechen“ (Schrodts 2000: 336)

<sup>41</sup> Das veranschaulichen z.B. die Beispiele: *Orthographie/Ortografie, Delphin/Delfin*

<sup>42</sup> [http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/ba/rsref\\_weg06.xml](http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/ba/rsref_weg06.xml) (Stand: 24. 11. 2012)

<sup>43</sup> [http://rechtschreibrat.ids-mannheim.de/download/wiener\\_erklaerung.pdf](http://rechtschreibrat.ids-mannheim.de/download/wiener_erklaerung.pdf) (Stand: 31. 10. 2012)



Die Aufgabe der 12-Mitglieder-Kommission war, die Rechtschreibreform endgültig einzuführen (Augst 2007: 9). Die höchste Priorität hatte die Einheitlichkeit. Von der Neuregelung musste der gesamte deutschsprachige Raum erfasst werden. Die Sprachentwicklung sollte künftig unter dieser Prämisse beobachtet werden und dabei sollten Vorschläge zur Anpassung erarbeitet werden.

**Tabelle 2:** Ausgewählte Bemühungen um Kodifizierung der Rechtschreibung im 20. Jh. mit Rücksicht auf ihre inhaltliche Substanz nach Nerius (1987: 262ff.)

	Kleinschreibung der Substantive	Vermehrte Getrenntschreibung	Laut-Buchstaben-zuordnung	Worttrennung nach Sprechsilben	Schreibung mit Bindestrich	Vereinfachte Zeichensetzung
II. Orthographische Konferenz (1901)	X <sup>44</sup>	X <sup>45</sup>	X	O	X	X
Erfurter Rechtschreibprogramm (1931)	O	O	O	O	X	X <sup>46</sup>
Vorschlag vom Reichsminister B. Rust (1941)	O	O	O	O	O	O
Stuttgarter Empfehlungen (1954)	O	O	O	O	X	O
Wiesbadener Empfehlungen (1958)	O	O	O	O	X	O
Wiener Empfehlungen (1973)	O	O <sup>47</sup>	O	O	O	O
3. Wiener Gespräche (1994)	X	O	O	O	O	O

Legende: O - im Regelwerk beinhaltet; X – im Regelwerk nicht beinhaltet

<sup>44</sup> Mit Einzelfallfestlegungen

<sup>45</sup> Mit Einzelfallfestlegungen

<sup>46</sup> Vereinfachung der Apostrophregel (Nerius 1987: 263)

<sup>47</sup> Freigabe der Getrennt- und Zusammenschreibung in bestimmten Bereichen

## 4.2 Die Situation zwischen den Jahren 1996 und 2007

Bereits im August 1996 wurden die neuen Regeln von zehn deutschen Bundesländern an den Grundschulen eingeführt. Die Vereinfachungen betrafen sechs Bereiche: Durchsetzung der Stammschreibung<sup>48</sup> bei Laut-Buchstaben-Zuordnung (v.a. ß-Schreibung: *müssen, er muß* > *müssen, er muss*), Getrennt- und Zusammenschreibung zugunsten der Getrenntschreibung (*nahestehend* > *nahe stehend*), das Schreiben mit Bindestrich in unübersichtlichen Zusammenschreibungen (*Balletttruppe* > *Ballett-Truppe*), modifizierte Großschreibung (*in bezug auf* > *in Bezug auf*), vereinfachte Zeichensetzung (Kommaregelung), Worttrennung am Zeilenende ohne Sonderregelungen (*We-ste* > *Wes-te*).<sup>49</sup> Einen reibungslosen Verlauf der Einführung verzögerte im Oktober 1996 die sog. *Frankfurter Erklärung*. Es ging um einen „Aufstand“ von rund 450 Reformgegnern auf der 48. Frankfurter Buchmesse 1996 (Osterwinter 2011: 9). Die Unterzeichner waren bekannte deutsche Dichter, Verleger, Journalisten, Germanisten, Pädagogen, Schüler und Studenten, Bibliothekare, Archivare, Historiker, Buchhändler oder allgemein Liebhaber der deutschen Sprache.<sup>50</sup> Die Schriftsteller<sup>51</sup> (u.a. G. Grass, W. Kempowski, S. Lenz, G. Kunert, M. Walser, E. Henscheid) und auch andere drückten damit ihre Ablehnung der Reform aus. Kranz (1998: 50) bemerkt dazu, dass die Schriftsteller bereits im Jahre 1993 eine Gelegenheit hatten, sich zum Prozess der Rechtschreibreform zu äußern. Es wurden der deutsche PEN-Club und die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung zur Stellungnahme aufgefordert, aber keine Reaktion war zu vernehmen. Als Gegenreaktion der Kulturminister auf die *Frankfurter Erklärung* veröffentlichte die Kommission die *Dresdner Erklärung*, in welcher die Argumente der Reformgegner zurückgewiesen wurden.

Die Implementierung der Rechtschreibreform wurde nicht abgeschlossen, weil das Regelwerk den Erwartungen der Sprachteilhaber nicht entsprach. Wie in der Wiener Absichtserklärung vorgesehen, konstituierte sich im März 1997 im Auftrag der KMK die *Zwischenstaatliche Kommission für die deutsche Rechtschreibung*. Die Kommission musste sich v.a. mit der harten Kritik am neuen Regelwerk auseinandersetzen. Die Zwischenstaatliche Kommission war personell genau gleich zusammengesetzt, wie der *Internationale Arbeitskreis für Orthographie*, der die Rechtschreibreform vorbereitete. Die

---

<sup>48</sup> Ein Wort wird von einem anderen, zugrunde liegenden Wort abgeleitet und deshalb gleich geschrieben wird.

<sup>49</sup> <http://pub.ids-mannheim.de/laufend/sprachreport/reform/reform.html> (Stand: 25. 2. 2013)

<sup>50</sup> Frankfurter Erklärung zur Rechtschreibreform 6. 10. 1996

<sup>51</sup> Siehe das Titelbild von Spiegel.

Zwischenstaatliche Kommission verfasste ihren ersten Bericht im Januar 1998.<sup>52</sup> Es folgten noch drei weitere Berichte in zweijährigen Intervallen. Die Ungenauigkeiten wurden von der Kommission durch Kommentare in den veröffentlichten Berichten präzisiert. Die Zwischenstaatliche Kommission untersuchte in folgenden Jahren den Prozess der Umstellung empirisch. Das betraf sowohl staatliche Institutionen, als auch nicht staatliche Bereiche (Medien, Wirtschaft, Software usw.). Die Rechtschreibkommission lud Vertreter der Wörterbuchverlage, Presseagenturen und Zeitungsredaktionen zu den Arbeitsberatungen ein, an denen man die Problemfälle besprechen und die Schreibvarianten reduzieren konnte (vgl. Osterwinter 2011: 217). Man hat dabei auch über Problembereiche und daraus resultierende Hausregeln berichtet.

Kritische Stimmen betrafen sowohl die soziokulturelle (sozioökonomische), als auch die kommunikative und linguistische Ebene. Die Kritik mündete bis in Gerichtsverfahren. Zwischen 1996 und 1998 wurden von Eltern gerichtliche Klagen gegen die neue Rechtschreibung eingereicht.<sup>53</sup> Das Bundesverfassungsgericht stellte im Juni 1998 in seinem Urteil fest, dass die Grundrechte von Eltern und Schülern durch die Rechtschreibreform nicht verletzt werden.<sup>54</sup> Die offizielle Einführung der Reform an allen Schulen in Deutschland, Österreich, in der Schweiz und Liechtenstein fand ab August 1998 statt (Osterwinter 2011: 12). Die Rechtschreibung wurde schrittweise in den meisten Behörden der deutschen Bundesländer umgestellt. Die Neuregelung der Rechtschreibung sollte offiziell am 1. August 1998 in Österreich in Kraft treten, wo am 23. 7. 1998 mit einem Beschluss der Bundesregierung das Inkrafttreten der Reform bestätigt wurde. Die Bundesministerin übernahm unter der Koordination des Bundeskanzleramtes die Verantwortung. Mit Beginn des Schuljahres 1998/1999 wurden die neuen Regeln in den österreichischen Schulen unterrichtet. Eine Übergangszeit für ihre Umsetzung war bis zum 31. Juli 2005 vorgesehen. Das betraf die staatlichen Schulen in Österreich. Der siebenjährige Übergangszeitraum für österreichische Staatsverwaltung fing im Jahre 1999 an.

Am 27. September 1998 fand der Volksentscheid über die Rechtschreibreform in Schleswig-Holstein statt. Die Einführung der neuen Orthographie wurde von den Bürgern abgelehnt (56,4% waren dagegen). Die Ablehnung war ein Zeichen der Bedrohung der orthographischen Einheitlichkeit im deutschsprachigen Raum. Ein Jahr später beschloss der

---

<sup>52</sup> *Vorschläge zur Präzisierung und Weiterentwicklung der Neuregelung der deutschen Rechtschreibung.*

<sup>53</sup> Siehe das Kapitel Juristische Aspekte der Rechtschreibreform 5.3.4

<sup>54</sup> <http://rechtschreibrat.ids-mannheim.de/download/> (Stand: 24. 11. 2012)

Landtag in Kiel gegen den Willen der Öffentlichkeit die Einführung der neuen Rechtschreibung. Der Volksentscheid wurde durch ein eigenes Gesetz aufgehoben (Maas 2003: 735f). Im Jahre 1999 scheiterte das Volksbegehren im Stadtstaat Berlin. Am 1.8.2000 stellten die Behörden der Europäischen Union auf die neue Rechtschreibung um.<sup>55</sup>

Die Neuregelung wurde weiter v.a. in Deutschland kritisiert. Charakteristisch dafür wurde die Rückkehr (oder die Ankündigung) der Rückkehr etlicher überregionaler Zeitungen zur bewährten Rechtschreibung.<sup>56</sup> Die Folge waren erneute heftige Diskussionen um die Reform. In den Berichten der Kommission wurden mehrere Korrekturvorschläge am Regelwerk durchgeführt (die sog. Reform der Reform). Es handelte sich um Neuformulierungen und vermehrte Alternativschreibweisen (Kranz 1998: 43). Die Kommission unterstützte größere orthographische Wahlmöglichkeiten. Die Reform der Reform betraf folgende Teilgebiete: Laut-Buchstaben-Zuordnungen, Getrennt- und Zusammenschreibung, Schreibung mit Bindestrich und Groß- und Kleinschreibung (Osterwinter 2011: 165). Der Schreiber hatte die Wahl zwischen mehreren Alternativen, was jedoch zur Verunsicherung führen konnte. Der Reformgegner T. Ickler sah in den Verbesserungsvorschlägen mit Varianten nur die Unfähigkeit der Kommission, eindeutige Unterscheidungskriterien zu definieren (vgl. Dürscheid 2006: 166).

Am 12. 5. 2000 fand die Verhandlung der Zwischenstaatlichen Kommission mit Vertretern der österreichischen Nachrichtenagentur, Journalisten, Gästen der Landesregierung und der Universität in Salzburg statt (Augst 2007: 96). Im Oktober 2000 folgte die Verhandlung mit österreichischen Fachbeamten (Augst 2007: 96). Der Vorsitzende der Kommission Gerhard Augst (2007: 103) bewertet die damalige Situation positiv: *„im Ganzen fand die Neuregelung eine wohlwollende Aufnahme [...] die Umsetzung der Neuregelung in den Schulen ist problemlos erfolgt. Der Unterricht nach den neuen Regeln verläuft ohne Auffälligkeiten.“* Die weitere Entwicklung erwies sich aber zumindest in der BRD als nicht ganz unproblematisch. Noch im Frühling 2004 fanden unter der Leitung der Kultusministerkonferenz Gespräche zwischen der Zwischenstaatlichen Kommission für deutsche Rechtschreibung und der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung statt. Diese Zeit wird als Krise der Reform bezeichnet. Der Versuch, einen Kompromiss zwischen den Reformgegnern und -befürwortern zu erzielen, scheiterte zunächst.

---

<sup>55</sup> <http://rechtschreibrat.ids-mannheim.de/download/> (Stand: 24. 11. 2012)

<sup>56</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, Axel Springer Verlag, Der Spiegel usw. Siehe das Kapitel 6.2 Druckmedien.

Im Februar 2001 hat sich auf Initiative der KMK sowohl in Deutschland, als auch in Österreich, der *Beirat für die deutsche Rechtschreibung* gebildet.<sup>57</sup> Der Beirat verband Institutionen, Verbände, Wörterbuchverlage und Schriftstellerverbände. Seine Aufgabe war die Beratung bezüglich der Umsetzung neuer Regeln. Die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung veröffentlichte im März 2003 die Kompromissvorschläge des Beirats. Zwischen den Vertretern der Akademie und der Zwischenstaatlichen Kommission wurden mehrere Sitzungen veranstaltet. Die Arbeitssitzungen sollten umstrittene Fragen klären und einen gemeinsamen Änderungsvorschlag aufgleisen.

Im Juni 2004 wurde die Zwischenstaatliche Kommission durch einen internationalen *Rat für deutsche Rechtschreibung* ersetzt. Der Rat beobachtete weiter den Schreibusus, klärte orthographische Zweifelsfälle und begründete seine Vorschläge zur Anpassung des vorliegenden Regelwerkes (vgl. Osterwinter 2011: 17). In dem neu konstituierten Rat sollten auch Reformkritiker vertreten sein. Sein Vorsitzender wurde der ehemalige bayerische Kultusminister H. Zehetmair. Die Hauptaufgabe des Rats war: „*einen Kompromiss auszuarbeiten, der die Interessen der Schulen, in denen die Regeln der Rechtschreibreform zum Teil seit dem Schuljahr 1996/97 unterrichtet werden, wie der professionellen Schreiber gleichermaßen berücksichtigt.*“<sup>58</sup> Die Kommission plädierte für systematische Modifikationen und zielte auf eine weitere Beseitigung von Ausnahmen ab.<sup>59</sup> Tatsächlich wurde eine linguistische Kompromisslösung gefunden und im Februar 2006 wurde das überarbeitete Regelwerk veröffentlicht. Die Überarbeitungen bedeuteten in umstrittenen Fällen im Prinzip die Rückkehr zur vorherigen Rechtschreibung. Bei Laut-Buchstaben-Zuordnungen wurden keine Änderungen vorgenommen. Die Änderungen bei Getrennt- und Zusammenschreibung betrafen Schreibweise einzelner Wörter.<sup>60</sup> Es ging um die Schreibweise von Verben, Verbindungen aus Adjektiv und Adjektiv und einige Anglizismen (z.B. *Arm voll [Reisig] > Armvoll / Arm voll [Reisig]*). Die Schreibweise mit Bindestrich blieb ohne Änderungen. Bei Groß- und Kleinschreibung wurde die Schreibung von einzelnen adjektivischen Dubletten, von festen Verbindungen aus Adjektiv und Substantiv, sowie von Anredepronomina geändert (*Pleite gehen > pleitegehen*). Die Zeichensetzung wurde ausschließlich in der Kommasetzung geändert. Die Worttrennung am Zeilenende wurde klarer hierarchisiert. Die

---

<sup>57</sup> <http://www.kmk.org/index.php?id=1076&type=123> (Stand: 10. 2. 2013)

<sup>58</sup> <http://rechtschreibrat.ids-mannheim.de/download/> (Stand: 24. 11. 2012)

<sup>59</sup> <http://forschungsgruppe.free.fr/b4.pdf> (Stand: 6. 3. 2013)

<sup>60</sup> <http://pub.ids-mannheim.de/laufend/sprachreport/pdf/sr11-extra.pdf> (Stand: 11. 3. 2013)

Regeländerungen betrafen die Trennung einzelner Vokalbuchstaben am Wortanfang oder –ende.

Die KMK und die Ministerpräsidentenkonferenz stimmten den Empfehlungen zu, womit die Überarbeitung des amtlichen Regelwerkes abgeschlossen wurde. Alle deutschsprachigen Länder schlossen sich dem neuen Regelwerk an (incl. der letzten abwartenden zuständigen Ministerien in Bayern und Nordrhein-Westfalen). Ebenso stimmte die Republik Österreich dem überarbeiteten Regelwerk zu (Osterwinter 2011: 20). Zum 1. August 2006 trat die Neuregelung als verbindliche Grundlage für den Unterricht in Kraft.<sup>61</sup> Die meisten deutschsprachigen Nachrichtenagenturen<sup>62</sup> haben am 1. August 2007 ihre Rechtschreibung umgestellt. Sie schreiben gemäß dem amtlichen Regelwerk, das nach den Vorschlägen des Rats für deutsche Rechtschreibung geändert wurde. Die Übergangsfrist endete in Österreich am 31.7.2008 und im deutschsprachigen Teil der Schweiz im August 2009.<sup>63</sup>

---

<sup>61</sup> [http://www.bmukk.gv.at/medienpool/13310/rsref\\_abschluss.pdf](http://www.bmukk.gv.at/medienpool/13310/rsref_abschluss.pdf) (Stand: 22. 3. 2013)

<sup>62</sup> AFP, AP, dpa, ddpADN, epd, KNA, Reuters, sid, vwd, APA (Österreich), SDA (Schweiz) <http://www.die-nachrichtenagenturen.de/index.htm> (Stand: 10. 12. 2012)

<sup>63</sup> <http://www.die-nachrichtenagenturen.de/index.htm> (Stand: 10. 12. 2012)

## 5. Die Rechtschreibreform im Hinblick der Sprachmanagementtheorie

### 5.1 Existenz und Bemerken des Sprachproblems

Sowohl das einfache als auch das organisierte Sprachmanagement beginnt mit dem Auftreten einer Normabweichung, welche ein sprachliches Problem darstellt. In diesem Falle wurde das Sprachproblem durch veraltete orthographische Regeln repräsentiert. Die vorgängige Rechtschreibreform wurde im Jahre 1901 beschlossen. Wie bereits erörtert, wurde schon während der II. Orthographischen Konferenz auf die Notwendigkeit einer gründlicheren Rechtschreibreform hingewiesen. Das beschlossene Regelwerk wurde bereits im Jahre 1901 als verbesserungsfähig angesehen, d.h. die Abweichung von den Erwartungen wurde somit bemerkt. Das Sprachproblem war im Laufe des 20. Jh. allgemein präsent. Aus der Sicht der Sprachmanagementtheorie bedeutet dies, dass die ersten zwei Phasen (Normabweichung und ihr Bemerken) für die Zwecke dieser Arbeit als eine einzige Phase behandelt werden können, da sie parallel verliefen. Die orthographischen Regeln wurden im Laufe der Zeit durch punktuelle Eingriffe mehrmals aktualisiert. Diese punktuellen Eingriffe sollten die Situation mildern, aber die dadurch entstandene Ausnahmeregelung konnte das Problem nicht lösen. Mit anderen Worten: Die Abweichungen zwischen dem Usus und der kodifizierten Norm waren für die Sprachbenutzer deutlich und wurden somit auch negativ bewertet. Das Sprachproblem wurde von den Sprachbenutzern auf der Mikroebene identifiziert, womit der Sprachmanagementprozess ausgelöst wurde. Dauerhafte Unzufriedenheit mit der Rechtschreibung war die Hauptmotivation für ihre Reform und die Grundlage für die Auslösung des Sprachmanagements. Es handelte sich um ein gesellschaftliches Bedürfnis, das v.a. auf das Gebiet des Schulwesens zielte.<sup>64</sup> Es gab von Anfang an Stimmen, die behaupteten: „*Es bestehe überhaupt kein Grund, an der deutschen Rechtschreibung irgendetwas zu reformieren.*“ (Kranz 1998: 36)<sup>65</sup> Vom Literaturredakteur der FAZ T. Steinfeld wurde dieselbe Meinung folgend formuliert: „*Die deutsche Orthographie sei nicht defekt, muss nicht repariert werden.*“<sup>66</sup>

Zur Rechtschreibreform trugen auch andere didaktische oder sozioökonomische Motivationen bei. Es wurden die mangelnden Deutschkenntnisse bei Schülern kritisiert. Im

---

<sup>64</sup> Für bessere Ergebnisse der Schüler wäre eine Reform des ganzen Deutschunterrichts nötig gewesen.

<sup>65</sup> Sprachkolumnist Wolf Schneider, ZDF „Nachtstudio“ 10. 9. 1997

<sup>66</sup> Die FAZ, Montag 2. 8. 1999.

Schulwesen übten v.a. die Lehrerverbände, Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern oder die Rektorenkonferenz Kritik (vgl. Munske/Eroms 1997: 26). Die Wirkung der Reform sollte in dem Sinne bildungssteuernd sein, dass die Anzahl der Fehler bei den Schülern sink. Damit zusammen hängen die Gründe aus dem Bereich der Linguistik. Sprachexperten (Sprachwissenschaftler, Professoren) wollten die Systemhaftigkeit der Rechtschreibung wiederherstellen. Diejenigen Linguisten, die mit der Erstellung des neuen Regelwerks nicht beauftragt wurden, übten lediglich die Funktion der Beratung aus.

Das damalige politische Establishment sah in der Neuerung der Rechtschreibung eine stabilisierende Maßnahme, die die Schreibweisen vereinheitlichen sollte. Eine Erhöhung der Popularität bei den Wählern gehörte im Zusammenhang mit der Reform nicht zu den politischen Motivationen. Besonders wenn man zahlreiche Komplikationen von älteren Bemühungen um eine Rechtschreibreform beachtet. Am Anfang der 90er Jahre wurde die europäische Integration sehr intensiv diskutiert. Der Fall des Eisernen Vorhangs eröffnete für ehemalige sozialistische Staaten den Weg nach Westen. Die damaligen deutschen und österreichischen Regierungen unterstützten die Integration und trafen sozioökonomische Maßnahmen, um von der Integration möglichst maximal zu profitieren. Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang der zukunftsorientierte Deutschunterricht für Ausländer. In Osteuropa stieg das Interesse an der deutschen Sprache. Das sind Einflüsse, die im Zusammenhang mit der linguistischen Ebene berücksichtigt werden konnten. Als Beispiel ist der umstrittene Plan der gemäßigten Kleinschreibung zu erwähnen, der lange ein zentraler Punkt der Reformdiskussionen war. Die Reformbefürworter suchten verschiedene Argumente für seine Durchsetzung. Es wurde argumentiert, dass die Einführung der gemäßigten Kleinschreibung ein symbolischer Akt des Bekenntnisses zur europäischen Gesinnung wäre (vgl. Kopke 1995: 360). Sie sollte Hindernisse nichtdeutscher Sprachbenutzer beim Lesen der Substantive mit großen Anfangsbuchstaben abbauen. Diese Begründung wurde nicht berücksichtigt und der Plan für die gemäßigte Kleinschreibung hatte schließlich kein grünes Licht bekommen. Die Argumentation mit der europäischen Gesinnung entsprach der gesellschaftlichen Situation zu Beginn der 90er Jahre des 20. Jh., als sich die Europäische Union erweiterte. Diese naive europäische Einigungsfreudigkeit hat sich innerhalb von ca. 15 Jahren in eine gemäßigttere Richtung entwickelt. Man nimmt mehr Rücksichten auf nationale Belange und bewahrt die kulturelle Vielfalt auch bei Rechtschreibfragen.



Ein weiterer Anlass für die staatlich geregelte Reform war das Monopol des Dudens, das als Problem identifiziert wurde. Die Dudenredaktion war sich der besonderen Stellung bewusst. Der Leiter der Redaktion Günther Drosdowski (1980: 11) sagte im Jahre 1980: *„Die Dudenredaktion ist heute die einzige Stelle, die regulierend in das Sprachgeschehen eingreift und entscheidet, was richtig oder falsch ist. [...] Mit ihren Sprachnormen trägt die Dudenredaktion heute ganz entscheidend dazu bei, die Standard- oder Hochsprache zu formen.“* Die privilegierte Stellung der Dudenredaktion wurde von mehreren Seiten kritisiert. Beklagt wurde die starke Ausweitung der orthographischen Normierung ohne jede demokratische Kontrolle (Kopke 1995: 406). Man befürwortete als Korrekturplan die Bildung einer demokratisch legitimierten Institution, welche für die deutsche Rechtschreibung überregional verantwortlich wäre. Mit der Rechtschreibreform endete tatsächlich die besondere Stellung Dudens. Osterwinter (2011: 177f.) kommentierte die Situation folgendermaßen: *„Man muss in Kenntnis der historischen Hintergründe erstaunen [...] während des gesamten Zeitraums der faktischen Geltung des sogenannten Dudenmonopols (von 1950/1955 bis 1996/1998) wurde immer wieder kritisiert, dass der Staat die Regelungshoheit in orthographischen Zweifelsfällen einem Unternehmen der Privatwirtschaft überlassen habe, das diesen Maßgeblichkeitsstatus zur Gewinnerzielung und –maximierung instrumentalisieren.“* Das alles belegt die Aussage von Karl Blüml<sup>67</sup>, der im Interview mit der überregionalen österreichischen Zeitung *Der Standard* am 31. 1. 1998 zum Zweck der Reform sagte: *„Das Ziel war, die Rechtschreibregelung aus der Kompetenz eines deutschen Privatverlages in die staatliche Kompetenz zurückzuholen.“* (Osterwinter 2011: 178).

## 5.2 Bewerten

Die Probleme im Bereich der Orthographie wurden beim Bewerten nicht konsequent behandelt. Die Ambivalenz der Meinungen zur Rechtschreibung können allen normsetzenden Instanzen sowohl auf der Mikro- als auch auf der Makroebene zugeordnet werden. Einzelne Erscheinungen wurden als problematisch hervorgehoben bzw. die Kompliziertheit der deutschen Rechtschreibung in ihrer ganzen Komplexität negativ bewertet. Die Begründungen basierten sowohl auf objektiven als auch auf subjektiven

---

<sup>67</sup> Leiter der österreichischen Delegation im Internationalen Arbeitskreis für Orthographie und Vorsitzender der Zwischenstaatlichen Kommission für deutsche Rechtschreibung (<http://www.vrs-ev.de/forum/themaschau.php?t=347>) (Stand: 16. 12. 2012)

Argumenten. Die häufigste subjektive These lautete: *Unsere Rechtschreibung ist schwierig*. Objektiv ließ sich der Rechtschreibung die Unübersichtlichkeit im Aufbau vorwerfen. Es entstanden im Laufe der Zeit viele Ausnahmen und Ausnahmen von Ausnahmen. Als Beispiel kann man die unklare Regelung der Verwendung von *ss* vs. *ß* nennen. Die Behauptung, dass neue Rechtschreibregeln für Schüler und nur selten schreibende Personen eine Erleichterung bringen, ist nur schwer verifizierbar. Der Begriff *Vereinfachung* erweist sich im Zusammenhang mit dem Rechtschreibunterricht als sehr umstrittener Begriff. Trotzdem wurde die *Vereinfachung* der Orthographie allgemein bejaht. Es handelt sich wiederum um subjektive Kriterien der Bewertung. Man ging zwar von Fehlerstatistiken der falsch geschriebenen Wörter aus, sodass aufgrund der Statistikauswertung bestimmte Phänomene als reformbedürftig bezeichnet werden konnten (vgl. Kopke 1995: 302), aber die Fehlerstatistiken berücksichtigten nicht alle didaktischen Gründe, weshalb dieses oder jenes Wort fehlerhaft geschrieben wurde. Was die Vereinfachung beim Unterrichten der Rechtschreibung darstellt, ist eine didaktische Frage. Es gibt einen ganzen Komplex von Einflüssen, die die Erfolge der Schüler beeinflussen. Einzubeziehen sind auch alters- und geschlechtsspezifische Merkmale.

Die Rechtschreibung gehört zu den Unterrichtszielen. Weiter spielen eine Rolle: Unterrichtsmethoden, Unterrichtsmittel, die Schüler und ihre Beziehungen im Kollektiv, die Person des Lehrers und seine Beziehung zu den Schülern. Bei der Rechtschreibreform handelte es sich um keine neue Unterrichtsmethode oder Unterrichtsmittel, sondern um ein teilweise verändertes Unterrichtsziel (vgl. Kopke 1995: 149). Die Arbeit an der Rechtschreibreform geriet später in die Phase, in der das Unterrichtsziel im Wesentlichen unverändert blieb. Trotzdem gab es in der Gesellschaft Bedarf an Vereinfachung der Regeln. Die Rechtschreibregeln bereiteten auch unter gebildeten Schichten der Gesellschaft subjektive Probleme. Man hielt die Vereinfachung für notwendig, damit die offizielle Rechtschreibung sich wieder als Norm für alle Sprachbenutzer eignete. Bei solchen Kriterien war es nicht von Bedeutung, ob die Rechtschreibregeln wirklich eine Reform benötigten. Wichtig war die Tatsache, dass die normsetzenden Instanzen eine Reform forderten. Zu der Reform ist es schließlich auch gekommen.

Nicht nur die Kompliziertheit wurde der deutschen Rechtschreibung vorgeworfen. Man bestritt auch die Systemhaftigkeit der deutschen Rechtschreibung. In den führenden Nachschlagewerken (z.B. *Duden*, *Bertelsmann*) kamen häufig Schwankungen vor. Die

Abweichungen vermehrten sich nach der Spaltung des Dudenverlags in Ableger in West- und Ostdeutschland. Die Mannheimer Dudenredaktion hatte im Laufe der Zeit in Einzelfällen mehrere Veränderungen vorgenommen, die zu Lasten einer systematischen Rechtschreibung gingen (Kranz 1998: 37). Jede neue Auflage des Dudens beinhaltete neue Bearbeitungen und Ergänzungen. Die Anzahl der Ausnahmen erhöhte sich. Es ließen sich Abweichungen auch in dem für Österreich verbindlichen Österreichischen Wörterbuch finden. Die Vereinfachung der Regelung und die Bestärkung der Systemhaftigkeit wurde v.a. durch die Kleinschreibung bei Substantiven und die Liberalisierung der bisherigen Regeln repräsentiert.

### **5.3 Lösungsvorschläge**

In diesem Unterkapitel wird die Phase der Sprachmanagementtheorie erörtert, welche sich mit den Lösungsvorschlägen beschäftigt. Das Sprachproblem wurde zur Kenntnis genommen und positiv oder negativ evaluiert. Danach war es notwendig, eine Lösung zu finden. Der Korrekturplan besteht aus der Zusammensetzung passender Lösungsvorschläge, ihrer Evaluierung und Maßnahmen zur Implementierung. Nachdem die Lösungsvorschläge vorgelegt worden sind, ist vor ihrer Implementierung eine positive Bewertung notwendig.

Die Wiedervereinigung Deutschlands gewährleistete ein einheitliches Vorgehen bei der Suche nach einem Korrekturplan. Auf der Makroebene wurde die Intervention von den politischen Repräsentanten übernommen. Die Kontinuität der Bemühungen um eine Rechtschreibreform setzte in den 80er Jahren des 20. Jh. fort und fand in den 90er Jahren ihren Gipfel. Von politischer Seite wurde die Sache den Sprachexperten in Auftrag gegeben. Neue Reformvorschläge wurden der Stimmung in der Gesellschaft angepasst. Die zuständigen Minister und ihre Experten hatten bei Rechtschreibfragen die „Normalbürger“ im Blick (vgl. Kranz 1998: 38).

#### **5.3.1 Lösungsvorschläge**

Betrachtet man die linguistische Seite der Rechtschreibreform, bestanden die Lösungsvorschläge in der Neuregelung folgender Teilbereiche: Laut-Buchstaben-Zuordnungen, Getrennt- und Zusammenschreibung, Schreibung mit Bindestrich, Groß- und Kleinschreibung, Zeichensetzung, Worttrennung am Zeilenende. Die Liste mit den

reformierten Wörtern ist auf der Webseite des Mannheimer Rechtschreibrats zu finden.<sup>68</sup> Die ursprünglichen Entwürfe hatten das Ziel, die Rechtschreibung näher zum Idealtypus der Beziehung zwischen Phonem und Graphem zu bringen. Man bezeichnete die Reform als eine Regelvereinfachung, die jedoch nicht zur Simplifizierung der Schriftsprache führen sollte und nicht die Tradition des herkömmlichen Schriftbilds brechen sollte. Die Rechtschreibreform sollte Ungereimtheiten und Widersprüche beseitigen. Es wurde Wert auf Verständlichkeit, Eindeutigkeit und Differenzierungsfähigkeit der Schriftsprache gelegt (vgl. Osterwinter 2011: 263). Die Sicherheit der Schreibbeherrschung sollte zwar bei allen Gesellschaftsschichten gesteigert werden, aber hauptsächlich handelte man im Interesse der Schüler. Die Lösungsvorschläge gingen von der Parole aus: *„selbst geübte Schreiber sind nicht immer in der Lage, allen Feinheiten der deutschen Rechtschreibung gerecht zu werden“* (Dudenredaktion 1994: 7).

Obwohl die Reform sämtliche Fächer in allen Schulen betrifft, blieben die Interessen der Lehrerschaft zweitrangig. Wer war zur Regelung der wesentlichen Bereiche des Schulwesens verpflichtet, wenn man die Lehrkräfte ausschloss? Die Schöpfer des neuen orthographischen Regelwerks bestanden sowohl im Jahre 1996 als auch bei der sog. Reform der Reform aus linguistischen Wissenschaftlern, Didaktikern und Verlagsvertretern. Es waren keine pädagogischen Psychologen oder Psycholinguisten beteiligt, die sich z.B. näher mit dem Spracherwerb befassen. Inwieweit die Gesetzgeber auch schulische Unterrichtsziele und –methoden bestimmen sollten, bleibt weiterhin eine umstrittene Frage.

### **5.3.2 Evaluierung**

Von 1901 bis 1996 sind alle Reformvorschläge im Bereich der Orthographie gescheitert. Es überrascht nicht, dass die Gegenargumente gegen den Reformvorschlag auch im Jahre 1996 präsent waren. Die Angst vor der Umstellung weckte scharfe Polemik. Die bisherigen Reformvorschläge des Internationalen Arbeitskreises für Orthographie wurden von der Öffentlichkeit und etlichen Experten bereits in den 80er Jahren abgelehnt.<sup>69</sup> Die Debatten dauerten sowohl unter den Experten als auch unter den Laien jahrelang. Die Reaktionen umfassten ein ganzes Spektrum an Meinungen, von ganz begeisterter Annahme bis zur kompromisslosen Ablehnung der Neufassung der Orthographie. Die entschiedenen

---

<sup>68</sup> [www.rechtschreibrat.ids-mannheim.de](http://www.rechtschreibrat.ids-mannheim.de) (Stand: 10. 2. 2013)

<sup>69</sup> Beispielsweise die Dokumentation des Reformers Prof. H. Zabel: „Der gekippte Kaiser“ (1989).

Reformgegner beabsichtigten den Reformprozess komplett zu stoppen. Die Einen behaupteten, dass die deutsche Orthographie einer detaillierten Regulierung bedürfe. Die Anderen suchten Auswege in der Rücknahme der Regelungsdichte (Kopke 1995: 345). Eine solche Ambivalenz ist an mehreren Stellen festzustellen. Bei der Evaluierung gibt es Ansichten, dass die Regelentwürfe einen zu geringen oder auch einen zu breiten Teil der Gesamthographie betreffen. Man fand die völlig gegensätzlichen Positionen, welche die reformierte Rechtschreibung zum einen für eine Erleichterung oder im Gegenteil für eine Verkomplizierung hielten. Fakt ist, dass die Reform die orthographischen Grundregeln nicht betraf. Der Umfang der Neuregelung war verhältnismäßig gering. Das Bundesverfassungsgericht verkündete im Juni 1998 sein Urteil zur Rechtschreibreform, das dies bestätigte. Zum Umfang der Reform wurde folgendes gesagt: *„Abgesehen von der Änderung der ß-Schreibung, betraf die Neuregelung nur rund 0,5% des Wortschatzes. Angesichts dieses Umfangs bedürfe es für die Einführung der neuen Rechtschreibregeln in den Schulunterricht keiner speziellen gesetzlichen Grundlage“*.<sup>70</sup>

Die Kritik wurde durch öffentliche Umfragen untermauert. Bereits im September 1993 fand eine telefonische Abstimmung im österreichischen Tagesblatt *Kurier* statt. 75% der Anrufe stimmten gegen die Einführung der Kleinschreibung bzw. gegen die ganze Neuregelung. Die Anzahl der Anrufe ist unbekannt (Schrodt 2000: 336). Eine klare Ablehnung zeigen die Ergebnisse einer Umfrage des deutschen Forsa-Instituts. Mehr als drei Viertel der Deutschen lehnten die neue Rechtschreibung ab.<sup>71</sup> Nur 16 Prozent von 1000 Befragten sprachen sich für das Regelwerk aus. Die Ergebnisse der Umfragen waren zu dieser Zeit ob z.B. beim Institut für Demoskopie oder bei Fessel & GfK sehr ähnlich. Im öffentlichen Diskurs ergangene negative Reaktionen auf das Regelwerk hatten Einfluss auf den politischen Diskurs und politische Stellungnahmen. Die endgültige Einführung wurde in vielen Domänen mehrmals verzögert, aber nicht gestoppt. Die Proteste kamen vonseiten der Presse, der Schriftsteller und der breiten Öffentlichkeit. Es kam zu Zugeständnissen, die notwendigerweise zu einem Kompromiss im Regelwerk führten. Ein Zeichen dafür, dass die Reformvorschläge problematisch sind, war die relativ lange geplante Übergangszeit. Während der siebenjährigen Frist konnte man beide Rechtschreibungen verwenden.

---

<sup>70</sup> [http://www.bverfg.de/entscheidungen/rs19980714\\_1bvr164097.html](http://www.bverfg.de/entscheidungen/rs19980714_1bvr164097.html) (Stand: 27. 11. 2012)

<sup>71</sup> Die Presse (28. 10. 1996).

### 5.3.3 Maßnahmen

Man musste geeignete Maßnahmen treffen, um eine reibungslose Durchführung der Reform zu gewährleisten. Die endgültige Entscheidung über die Durchführung trafen die Ministerpräsidenten und Kultusminister in den einzelnen deutschen Bundesländern.<sup>72</sup> In Deutschland hatte diese Rolle die seit 1948 bestehende *Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland* inne.<sup>73</sup> In Österreich war dafür das damalige *Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten*<sup>74</sup> zuständig. Die amtierende Ministerin war Elisabeth Gehrler (ÖVP).<sup>75</sup> Das österreichische Unterrichtsministerium ließ sich die Neuregelung inoffiziell von Fachleuten begutachten. Daran nahmen Germanistische Institute der Universitäten, Landesschulräte, Lehrerarbeitsgemeinschaften, Kammern, Verbände, Autorenvereinigungen usw. teil (vgl. Schrodtt 2000: 332). Die Rückmeldungen waren im Großen und Ganzen zustimmend. Die mehrmals aktualisierten Reformbemühungen wurden offiziell durch die *Wiener Absichtserklärung zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung* abgeschlossen. Bis 1. August 1998 sollte die Neuregelung eingeführt werden.

Die Maßnahmen zur Implementierung der Neuregelung mussten an zwei gesellschaftliche Bereiche adressiert werden. Der erste Bereich unterliegt der direkten staatlichen Aufsicht und wird vom Staat verwaltet. Es geht um das Schulwesen und staatliche Behörden. Der andere Bereich umfasst nichtstaatliche Gebiete, wo die demokratische Staatsmacht nur über begrenzte Kompetenzen verfügt. Zu diesen Gebieten gehören: Druckmedien, Bücher, Wörterbücher, Film, Fernsehen, Wirtschaft, Werbung, Software usw. Die Einführung der Rechtschreibung im privaten Bereich benötigte mehr Freiheit in den Vorschriften. Die Maßnahmen betrafen direkt den staatlichen Bereich wie Schulen und Behörden. Ihre Bediensteten wurden von der Neuregelung per Erlass informiert. Die Erlasse beinhalteten auch Vorschriften für den Umgang mit der Rechtschreibung.<sup>76</sup> Man durfte keine Sprachplanung auf eigene Faust betreiben, sondern sollte die „von oben“ klar gegebenen Aufgaben respektieren. Es war für die Bediensteten eine Pflichtaufgabe, neue Regeln anzuerkennen. Maas (2003: 734) bemerkt dazu, dass sich in

---

<sup>72</sup> [http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/ba/rsref\\_abschluss.xml](http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/ba/rsref_abschluss.xml) (Stand: 14. 12. 2012)

<sup>73</sup> Kurzform: Kultusministerkonferenz und Abk.: KMK (<http://www.kmk.org/wir-ueber-uns/gruendung-und-zusammensetzung.html>) (Stand: 16. 12. 2012)

<sup>74</sup> Heute Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur genannt.

<sup>75</sup> [http://www.bmukk.gv.at/ministerium/minister\\_alt.xml#toc3-id4](http://www.bmukk.gv.at/ministerium/minister_alt.xml#toc3-id4) (Stand: 14. 12. 2012)

<sup>76</sup> <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/003/1400356.pdf> (Stand: 6. 3. 2013)

einigen Erlassen ein ausdrückliches Verbot, „die überholten Regeln und Schreibweisen zu lehren und zu üben“, befindet.

In der vorliegenden Analyse werden die Verwaltung und Behörden beiseitegelassen. Dieser Abschnitt lenkt die Aufmerksamkeit auf das österreichische Schulwesen. Analysiert wird der geplante Weg der Reformmaßnahmen, die zwischen der Wiener Absichtserklärung und dem Inkrafttreten am 1. September 1998 ergriffen werden mussten. Absichtlich dienten nicht die Beamten, sondern die Lehrkräfte als untersuchte Akteure. Die Lehrkräfte bilden eine relativ homogene und gut organisierte Personengruppe. Deswegen bietet das Schulwesen relativ leicht zugängliche Informationen, die hier näher untersucht werden.

Die an die Schulen gerichteten Maßnahmen bestanden in der systematischen Adressierung der Informationen an die Lehrer. Die Adressierung gewährleistete nur ein funktionierendes regionales Bildungsmanagement. Diese Funktion hatten die Landesschulräte in bestimmten österreichischen Bundesländern und der Stadtschulrat Wien inne. Die Landesschulräte verstehen sich als Ämter zur Gewährleistung der „Balance zwischen berechtigter Autonomie und notwendiger Koordination“<sup>77</sup>. Der Landesschulrat verfolgt gesellschaftliche Entwicklungen und reagiert mit pädagogischen, organisatorischen und strukturellen Innovationen vorausschauend und gestaltend. In Bezug auf die Rechtschreibreform wurde z.B. eine intensive Lehrerfortbildung geplant, die ab 1996 auf Antrag von Einzelschulen organisiert wurde (Augst 2007: 103). Dagegen die Fortbildung leiteten nicht die Landesschulräte, sondern andere Institutionen. Es handelte sich um Vertreter der Pädagogischen Institute.<sup>78</sup> Nachdem die Lehrer alle Neuerungen verinnerlicht hatten, mussten sie die Kenntnisse an die Schüler vermitteln. Die Lehrer übten hauptsächlich eine vermittelnde Funktion aus. Das war aber nicht ihre einzige Funktion. Da die Angestellten im öffentlichen Dienst die neue Rechtschreibung beherrschten, hatten sie neben der vermittelnden Funktion noch eine wichtige Rolle der Propagierung. Es sind viele Personen im öffentlichen Dienst beschäftigt, die auf ihre Umgebung einwirken. Das veranschaulichen folgende Zahlen.<sup>79</sup> In Deutschland gibt es durchschnittlich ungefähr 650 000 voll- und teilzeitbeschäftigte Lehrer an allgemeinbildenden Schulen.<sup>80</sup> In Österreich

---

<sup>77</sup> <http://www.lsr-stmk.gv.at/cms/ziel/374158/DE/> (Stand: 15. 12. 2012)

<sup>78</sup> Siehe Anhang IV, Bild 1 und 2

<sup>79</sup> Diese Zahlen dienen nur zu Orientierungszwecken. Sie sollen zeigen, wie viele Personen als Lehrer in Deutschland und Österreich tätig sind.

<sup>80</sup> <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/201496/umfrage/anzahl-der-lehrer-in-deutschland-nach-bundeslaendern/> (Stand: 13.12. 2012)

werden im allgemein- und berufsbildenden Schulwesen insgesamt 125 000 Lehrerinnen und Lehrer (inkl. Karenzierte) gezählt.<sup>81</sup> Die Aufgaben der Lehrer gehören zur nächsten Phase der Sprachmanagementtheorie, die im folgenden Kapitel *Implementierung* erörtert wird.

Was die breite Öffentlichkeit bzw. den ganzen privaten Sektor anbelangt, wurde dieser Bereich von jeweiligen zuständigen Ministerien informiert. V. a. staatliche Verlage berichteten über die Reform, wie z. B. der Duden Verlag mit *Informationen zur neuen deutschen Rechtschreibung* und der *Österreichische Bundesverlag (ÖBV)*. Das geschah bereits nach den Beschlüssen der Wiener Orthographiekonferenz vom November 1994. In Zeitschriften waren sofort viele Kurzdarstellungen zur Neuregelung anzutreffen. Gerhard Augst (2007:172) als Mitglied der Zwischenstaatlichen Kommission für deutsche Rechtschreibung führt folgende geplante Maßnahmen an:

- Veranstaltung von öffentlichen Diskussionen (für Lehrer bzw. Schüler und für Verwaltung)
- Gewährleistung der Beratung
- Führung von klärenden Gesprächen mit Vertretern von Nachrichtenagenturen und Zeitungen
- öffentliche Präsentation der Neuregelung mit Hilfe von Broschüren

#### **5.3.4 Juristische Aspekte der Rechtschreibreform**

Viele Fragen tauchten im Zusammenhang mit der Rechtschreibung und Gesetzgebung auf. Wurden juristische Aspekte der Reform außer Acht gelassen? Musste ein neues Gesetz erlassen werden oder ist die Rechtschreibung eine außerhalb des Rechts stehende Norm? Diese Fragen wurden von der richterlichen Staatsgewalt beantwortet. Der juristische Kampf gegen die Rechtschreibreform fand besonders in Deutschland statt. Er begann bereits im Sommer 1996 unmittelbar vor der Verabschiedung der Reform, als Professor Gröschner eine Verfassungsbeschwerde einreichte (Kranz 1998: 56). Die ersten von Bürgern eingebrachten Anklagen bezüglich der Rechtschreibreform wurden am Ende des Jahres 1996 eingereicht. Das ganze Jahr 1997 verliefen die Gerichtstagungen zur Reform. Von den Gerichten wurden oftmals unterschiedliche, manchmal gegensätzliche

---

<sup>81</sup>[http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/bildung\\_und\\_kultur/formales\\_bildungswesen/lehrpersonen/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/lehrpersonen/index.html) (Stand: 13.12. 2012)



Entscheidungen getroffen.<sup>82</sup> Die Prozesse wurden in erster und zweiter Instanz der deutschen Verwaltungsgerichtsbarkeit geführt. Am 14. Juli 1998 fiel das letztinstanzliche Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe. Die Richter wiesen die Klagen zurück und erklärten, dass die Reform von der KMK verordnet werden darf. Die Einführung wurde als rechtmäßig und verfassungskonform erklärt: „*die Regelung über die richtige Schreibung [...] ist immer auch, wenn nicht zuvörderst, eine Sache von Staat und Schule gewesen.*“<sup>83</sup> Der Geltungsbereich besteht aber nur aus Schulen und Behörden. In anderen Bereichen ist die vorgeschriebene Rechtschreibung nur ein Angebot, dem die Medien und Öffentlichkeit Folge leisten können (Hentig 2005: 8). Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wurde im Jahre 1999 auch vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt. Das Gerichtsurteil zugunsten der Orthographiereform hat die öffentliche Auseinandersetzung über die Zuständigkeit für die Rechtschreibreform nicht beendet. Die Reformgegner kritisierten, dass alle Volksbegehren gleichgültig gewesen waren.

Kopke (1995: 184) kam nach umfangreicher Untersuchung der Lage in Deutschland zum Schluss, dass die Rechtschreibreform ein Gesetz benötigte, wenn sie grundlegende dem Parlamentsvorbehalt unterliegende Erziehungsziele veränderte. Wie bereits erörtert wurde, änderte die Reform die grundlegenden Erziehungsziele nicht. Etwas widersprüchlich lauten Kopkes Behauptungen in den zusammenfassenden Thesen seiner Dissertation *Rechtschreibreform und Verfassungsrecht*, sodass jede Rechtschreibreform zu einer Umstrukturierung des menschlichen mentalen Lexikons zwingt. Deshalb greife sie in die sprachliche Integrität des Menschen ein. Eine Rechtschreibreform würde somit auch einen Eingriff in *das Allgemeine Persönlichkeitsrecht* darstellen. Solche Eingriffe lassen sich nach Kopke nur mit gemeinwohlbedingten Gründen rechtfertigen (vgl. Kopke 1995: 415). Das Grundrecht garantiert Meinungsfreiheit in Wort, Schrift und Bild. Das sind bloß Mittel zur Äußerung der Meinungen, welche die Meinungsfreiheit nicht beeinträchtigen. Die Rechtschreibreform verändert diese Mittel, aber das Menschenrecht bleibt unverändert. Die Veränderungen der Mittel dürfen die Verständlichkeit der Mitteilung nicht beeinträchtigen (Kopke 1995: 216). Die Festlegung der Grenze, wo die Verständlichkeit bzw. die Meinungsfreiheit beeinträchtigt ist, ist problematisch.

---

<sup>82</sup> „Bis August 1998 ergingen 30 Urteile, davon 18 für und 12 gegen die Reform. Meistens klagten die Eltern, um zu erreichen, dass ihre Kinder nicht weiter in der neuen Rechtschreibung unterrichtet werden.“ (Kranz 1998: 56).

<sup>83</sup> <http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv098218.html> (Stand: 6. 3. 2013)

## 5.4 Implementierung und Reaktionen

Die Implementierung der Lösungsvorschläge ist die letzte Phase des organisierten Sprachmanagements. Die Lösungsvorschläge müssen in die Praxis eingeführt werden und von den Sprachbenutzern angenommen werden. Die Akzeptanz des letzten Schrittes ist im organisierten Sprachmanagement oft problematisch und der ganze Prozess scheitert nicht selten, weil das organisierte Sprachmanagement den linguistischen Rahmen übersteigt. Es geht um soziokulturelle und politische Angelegenheiten (vgl. Nekvapil 2010: 54). Die Einführung einer Rechtschreibreform kann je nach Domäne unterschiedliche Formen haben (Gesetze, Erlasse, Zirkularverordnungen, Richtlinien usw.). Der letzte Schritt der Sprachmanagementtheorie wird weiter in einzelnen von der Rechtschreibreform betroffenen Domänen analysiert. Die Domänen gliedern sich in staatliche und nicht staatliche Bereiche. Im staatlichen Bereich wird für die Analyse das gymnasiale Schulwesen in Österreich ausgewählt. Die Untersuchung besteht in der Analyse der Umstände bei der Implementierung der Reform an Grazer Gymnasien. Im nicht staatlichen Sektor wird die Aufmerksamkeit auf Politiker, Schriftsteller, Medien, linguistische Experten und die breite Öffentlichkeit gelenkt. Eine nähere, praktische Untersuchung fand bei Vertretern der österreichischen Druckmedien statt. Die Vertreter der oben genannten Domänen prägten eigene Diskurse zur Rechtschreibreform.

Per Verordnungsblatt wurde die österreichische Verwaltung<sup>84</sup> von der Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten über die Rechtschreibreform informiert. Besondere Aufmerksamkeit verdiente sich das Schulwesen. Vor allem für die Grundschule wurde empfohlen, möglichst bald die neue Rechtschreibung zu unterrichten, um Schülern ein späteres Umlernen zu ersparen. Die möglichst schnelle Umstellung der Schulbücher gewährleistete im Schulwesen eine reibungslose Einführung der neuen Regeln. Schulbücher sind die Hauptquelle der Orthographiekenntnisse. Weiter war es nötig, die Rechtschreibung in anderen Büchern, insbesondere in Wörterbüchern umzusetzen. Von der Zwischenstaatlichen Kommission für deutsche Rechtschreibung

---

<sup>84</sup> Ministerien, die Parlamentsdirektion, die Ämter der Landesregierungen, die Verbindungsstelle der Bundesländer, die Kammern und Verbände, der Städte- und Gemeindebund, die Sozialversicherungsträger. Die komplette Liste der betroffenen österreichischen Verwaltungsstellen ist auf der Seite [http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Vfgh/JFT\\_10019375\\_97V00098\\_00/JFT\\_10019375\\_97V00098\\_00.html](http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Vfgh/JFT_10019375_97V00098_00/JFT_10019375_97V00098_00.html) abtrufbar (Stand: 10. 3. 2013).

wurden zahlreiche Treffen mit Wörterbuchverlagen (Bertelsmann, Duden, Österreichisches Wörterbuch, Wahrig) vereinbart (Augst 2007: 21). Man verhandelte auch mit Schulbuch- und Zeitungsverlagen. Die Kommission hat sich mit den großen Wörterbuchverlagen auf eine einheitliche Auslegung des neuen amtlichen Regeltextes geeinigt (Osterwinter 2011: 15). Auf dem Gebiet der Zeitungsverlage gelang dies nur mit weitreichenden Ausnahmen und Vorbehalten.<sup>85</sup>

Staatliche Behörden, einzelne Schulen, Institutionen, Verlage oder auch Einzelpersonen organisierten zahlreiche Kurse und Umschulungen (vgl. Augst 2007: 172). Viele Broschüren und Faltblätter wurden an die zuständigen Personen verteilt. Die Druckmedien informierten die Öffentlichkeit mit Zeitungsbeilagen. Trotz dieser Tatsache entbrannte eine heftige öffentliche Debatte. In allen besprochenen Domänen bildeten sich drei Diskurspositionen. Die Mehrheit konnte man als eine neutrale Gruppe betrachten. Die Diskussionen wurden von ihr unbeteiligt beobachtet und die neuen Rechtschreibregeln später auch angenommen. Weiter gab es aktive Reformbefürworter. Am meisten war aber von der Gruppe der Reformgegner zu hören. Die Gegner hatten zunächst die Tendenz, die Tragweite der Veränderungen zu vergrößern, weswegen ihre Meinungen die Aufmerksamkeit der Medien fesselten. Später nach der sog. Reform der Reform beklagten sich die Reformgegner umgekehrt, dass von der Reform „*kaum etwas geblieben*“ sei, wie T. Steinfelder von der FAZ schrieb (Osterwinter 2011: 172). Steinfelder behauptete in seinem Leitartikel vom August 1999: „*Der Rest, mit dem wir nun leben müssen, ist eine sonderbare Mischung aus Lässlichem und Überflüssigem.*“ (Osterwinter 2011: 172).

Die Reformgegner aus allen interessierten Gruppen beklagten hohe Kosten. Nach der *Frankfurter Erklärung* vergeudete die Einführung der Rechtschreibreform Millionen von Arbeitsstunden und Kosten von mehreren Milliarden Deutsche Mark (DM).<sup>86</sup> Gemeint waren damit die Arbeit der Kommissionen und die Neuauflagen der Rechtschreibwörterbücher bzw. Lernbücher. V.a. den Schulbuchverlagen entstanden zwischen dem Sommer 1996 und Frühling 1998 die Kosten. In Bezug darauf forderten die deutschen Schulbuchverleger eine Erhöhung der Schulbuchetats. 10 000 Titel wurden überarbeitet. Die Investition betrug nach F. Kranz (1998: 63) 100 Millionen DM. Die Zahlen von Kranz bezogen sich auf den Verband der Schulbuchverlage e.V. Die Berechnung der österreichischen Tageszeitung *Die Presse*

---

<sup>85</sup> Siehe das Kapitel 6.2 Druckmedien

<sup>86</sup> <http://uploader.wuerzburg.de/rechtschreibreform/n-fra-e.html> (Stand: 20. 12. 2012)

betrug 2,11 Milliarden Schilling.<sup>87</sup> Es wurden viele weitere Rechnungen aufgestellt, die die Kosten entweder höher oder niedriger ansetzten. Eine exakte Zahl ließ sich nicht genau berechnen. Auf der anderen Seite war auch die Ersparnis fraglich, die man sich von der Reform erwartete. Fakt ist, dass es am teuersten gewesen wäre, die laufende Reform rückgängig zu machen. Dazu äußerte sich Gerhard Augst (2007: 105). Er behauptete, dass die Lösung „*nicht in einer Rückkehr zu den alten Bestimmungen gesucht [werden kann], sondern in einer Weiterführung der Reform*“ läge. Der Präsident der Kommission zur Reform der Rechtschreibung H. Glinz behauptet in Eroms/Munske (1997: 59), dass die Unterbrechung des Reformprozesses die beschlossene internationale Vereinbarung gebrochen hätte. Dies könnte auch zukünftig wirtschaftliche Verbindungen bedrohen.

Auch auf der kommunikativen Ebene herrschte allgemeine Unzufriedenheit mit dem Reformprozess. Negativ wurde u.a. die Übergangsfrist für die Einführung bewertet. Manche Laien sahen in der Existenz mehrerer nebeneinander gültiger Rechtschreibungen die Gefahr, dass sich der einstweilige Zustand für immer ausdehnt. Die Medien warnten vor einer mentalen Zwei-Klassen-Gesellschaft.<sup>88</sup> Ein anderes Beispiel der sich linguistisch repräsentierenden kommunikativen Uneinheitlichkeit stellte die nicht eindeutige Auslegung der Neuregelung in deutschen Nachschlagewerken dar. Im Sommer 1995 lieferte Bertelsmann als erster sein Nachschlagewerk aus, im September folgte Brockhaus mit dem neuen Duden - lange vor der Reform. Beide Werke lösten ein Entsetzen bei den Befürwortern aus und einen Sturm der Entrüstung bei den Gegnern aus (Maas 2003: 734f). Man konnte die Zweifelsfälle und Grenzbeispiele im Regelwerk unterschiedlich interpretieren, was die vorhergesehene Konventionalisierung in Frage stellte. Ein Wort wurde oft in zwei Schreibweisen zugelassen. Die Wörterbuchverlage reagierten darauf mit der Herausgabe von Extrahandbüchern, die die Lage klären sollten. Z.B. im November 1998 wurde das *Praxiswörterbuch zur neuen Rechtschreibung* der Dudenredaktion veröffentlicht. Es handelte sich um eine Hausorthographie der Dudenredaktion ohne Alternativschreibung. Die Kriterien für die Auswahl dieser oder jener Variante wurden von der Redaktion begründet (Osterwinter 2011: 12). Die Zwischenstaatliche Kommission für Rechtschreibung machte empirische Untersuchungen, wie die Implementierung in einzelnen Teilbereichen aussieht – z.B. auf der Grundlage der elektronisch erstellten Wortlisten des IDS.<sup>89</sup> Die

---

<sup>87</sup> Die Presse, 28. 10. 1996

<sup>88</sup> Die Presse, 15.10.1996

<sup>89</sup> <http://forschungsguppe.free.fr/b4.pdf> (Stand: 6. 3. 2013)

Mitglieder der Kommission waren im ständigen Kontakt zu den Wörterbuchverlagen, sodass man auf zunehmende Einheitlichkeit und lexikographische Umsetzung der Regeln hinwirken konnte.

### 5.5.1 Politische Repräsentation

„Die Rechtschreibreform ist überflüssig wie ein Kropf [...] ich werde weitermachen wie bisher“ (Ickler 1997: Rückseite), so äußerte sich der ehemalige deutsche Bundespräsident Roman Herzog am 23. 11. 1996 gegenüber den Nürnberger Nachrichten zu der Reform der Orthographie. Die Aussage eines Spitzenpolitikers wurde zum charakteristischen Beispiel der reformablehnenden Meinung. Politische Repräsentation spielte im Prozess der Rechtschreibreform eine Schlüsselrolle. Die Rechtschreibung gehörte zum Ressort der Kulturangelegenheiten. Die Kultusminister der deutschen Bundesländer bildeten die Instanz, welche die Sprachexperten mit der Reform beauftragte. Im Gegensatz dazu ist Kultur in Österreich traditionell eine Angelegenheit des Bundes. Zwischen den Jahren 1994 und 2000 war das österreichische *Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten* die Rechtschreibung zuständig.<sup>90</sup>

Die Politiker hatten bezüglich der Rechtschreibreform eine zweifache Rolle. Sie waren einerseits Auftraggeber der Reform und zuständig für ihre Implementierung. Andererseits waren sie auch als Sprachteilhaber von der Reform betroffen. Man darf nicht außer Acht lassen, dass alle Politiker auch zur Gruppe der Modellsprecher/-schreiber gehören. Nach dem sozialen Kräftefeld von U. Ammon (2005: 32) produzieren sie korrekte Modelltexte.<sup>91</sup>

Die Rechtschreibreform hatte Vorteile und Defizite nicht nur auf sprachlicher bzw. pädagogischer Ebene, sondern auch auf ökonomischer Ebene. Beide Ebenen wurden im politischen Diskurs zur Kenntnis genommen. Die Erklärung hoher Reformkosten rief in der Bevölkerung ablehnende Reaktionen hervor. Die wirtschaftliche Lage ermöglichte keinen Neudruck aller Bücher. Die Kultusminister vereinbarten, dass außer den Sprachlehrwerken (nach ihren Angaben etwa 5% aller Lernmittel) kein Buch allein wegen der neuen Rechtschreibung ausgetauscht werden müsse (Kranz 1998: 62). Nach A. Baer (Verband der Schulbuchverlage e.V.) kam es jedoch zu zahlreichen Neubearbeitungen, die allein auf die neue Rechtschreibung reagierten (Kranz 1998: 62f).

Im Februar 1997 stellte eine Gruppe von 34 Abgeordneten des Deutschen

---

<sup>90</sup> [http://www.bmukk.gv.at/schulen/bw/ueberblick/sw\\_oest.xml](http://www.bmukk.gv.at/schulen/bw/ueberblick/sw_oest.xml) (Stand: 12. 12. 2012)

<sup>91</sup> Siehe das Kapitel 2.2.3 Rechtschreibreform

Bundestages einen Antrag zum Stopp der Rechtschreibreform (vgl. Osterwinter 2011: 10). Das entsprach dem interfraktionellen Gruppenantrag im österreichischen Parlament, der ebenso einen Reformstopp forderte. Der Antrag wurde von den Abgeordneten der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und der Grünen eingebracht.<sup>92</sup> Gründe zur Kritik waren v.a. bei der FPÖ zweifacher Art. Erstens handelte es sich um Oppositionsparteien, die im Jahre 1996 im österreichischen Nationalrat gegen die V. Regierung<sup>93</sup> von Franz Vranitzky standen.<sup>94</sup> Daraus folgt ein kritischer Zugang zu den regierenden Parteien. Zweitens findet man besonders im Parteiprogramm der FPÖ bis heute gewisse Passagen, die mit der Bewahrung der Orthographie zusammenhängen. Die FPÖ ist in dieser Hinsicht konservativ: *„Es gilt, ausgehend vom hohen erreichten Niveau [...] unsere Muttersprache als wichtigstes kulturstiftendes Element zu schützen.“*<sup>95</sup> Das stenographische Protokoll des Nationalrates der Bundesrepublik Österreich dient als direktes Zeugnis für die geäußerte Kritik. Es handelt sich um die 78. Sitzung vom 12. 6. 1997. Der Abgeordnete K. Schweitzer (FPÖ) sagte zur Rechtschreibreform:

*„Frau Bundesminister! [...] Unser Antrag auf Aussetzung der Rechtschreibreform wurde justament heute durch einen Aufstand der Dichter im deutschsprachigen Raum massiv unterstützt! Seit heute gibt es eine öffentliche Untersagungserklärung vieler Autoren, unterzeichnet auch von einer Reihe prominenter österreichischer Autoren, den Rechtsnachfolgern verstorbener Schriftsteller und von deutschen Verlagen, bei denen Rechte österreichischer Autoren liegen. Eine Auswahl: Ilse Aichinger, Milo Dor, Gertrud Fussenegger, Adolf Holl, Peter Turrini, Werner Schneyder, Günther Nenning, Ernst Jandl, Gerhard Roth und so weiter.*

*Es gibt also für diesen, vor allem von den Regierungsparteien im Ausschuß abqualifizierten Antrag Unterstützung von Autoren, die ansonsten nicht immer die freiheitliche Linie verfolgen. Aber offensichtlich haben wir in dieser Frage eine breite Unterstützung von in allen gesellschaftlichen Kreisen Österreichs anerkannten Autoren.*

*Meine Damen und Herren! Deshalb glaube ich, daß dieser Antrag in der Sache richtig ist. Es sollte noch einmal mit allen Argumenten versucht*

---

<sup>92</sup> <http://decemsys.de/sonstig/gesch-rs.pdf> (Stand 24. 12. 2012)

<sup>93</sup> Große Koalition von SPÖ und ÖVP

<sup>94</sup> [http://www.parlament.gv.at/WWER/BREG/REG/index.shtml?FUNK=ALLE&requestId=6352248379&LISTE=&RESS=ALLE&STEP=&listId=16&ascDesc=ASC&SUCH=&feldRnr=3&FBEZ=FW\\_016&REG=0&pageNumber=1&xdocumentUri=%2FWWER%2FBREG%2FREG%2Findex.shtml&jsMode=](http://www.parlament.gv.at/WWER/BREG/REG/index.shtml?FUNK=ALLE&requestId=6352248379&LISTE=&RESS=ALLE&STEP=&listId=16&ascDesc=ASC&SUCH=&feldRnr=3&FBEZ=FW_016&REG=0&pageNumber=1&xdocumentUri=%2FWWER%2FBREG%2FREG%2Findex.shtml&jsMode=) (Stand 26.12. 2012)

<sup>95</sup> [http://www.fpoe.at/fileadmin/Content/portal/PDFs/\\_dokumente/2011\\_graz\\_parteiprogramm\\_web.pdf](http://www.fpoe.at/fileadmin/Content/portal/PDFs/_dokumente/2011_graz_parteiprogramm_web.pdf) (Stand: 24. 12. 2012)

*werden, diese Rechtschreibreform auszusetzen. Diese Reform ist nicht notwendig, sie bringt teilweise eine Verschlechterung!*<sup>96</sup>

Politische Ziele treiben die Politiker zu vagen Formulierungen. Das Ablehnen von orthographischen Änderungen überrascht bei der populistischen Partei nicht. Die Populisten schlossen sich aus Kalkül der Massenmeinung an, in der Hoffnung, davon zu profitieren. Es wurde versucht die Sprache mit vermeintlichen Heimatwerten zu assoziieren. Die Argumente zielten auf den nationalen Stolz. Dabei werden v.a. die in der Gesellschaft beliebten Schriftsteller hervorgehoben.

### **5.5.2 Schriftsteller**

Zunächst ist erneut zu erwähnen, dass die neue Rechtschreibung für Schriftsteller nicht verbindlich war. Diese Gruppe stellt jedoch eine Autorität dar, die von der Sprache lebt und Modelltexte produzieren soll. Ihre berufliche Tätigkeit zwingt sie, sich mit der Orthographie zu befassen. Nach Stenschke (2005: 39) gehörte diese Gruppe in Bezug auf die Orthographie zu den sog. informierten Laien. Besonders im deutschsprachigen Raum genießen die Schriftsteller die Stellung derjenigen Persönlichkeiten, die das nationale Kulturgut konstituieren und in früheren Zeiten konstituiert haben. Z.B. die deutschen Klassiker haben eine unantastbare Stellung. Der Kinderbuch-Verleger H. J. Gellberg kann sich große Autoren der Moderne oder die Klassiker in der neuen Rechtschreibung überhaupt nicht vorstellen (Eroms/Munske 1997: 58). Er warnte vor der „Abkoppelung“ der Kinderliteratur von der großen Literatur. Die Dichter der Weimarer Klassik dienen den gegenwärtigen Schriftstellern als sprachliches Vorbild. Ihre Literatur war überall im deutschsprachigen Raum anerkannt. Sie trugen zu einer einheitlichen Schriftsprache bei. Auch die gegenwärtigen Autoren sind wichtigste Träger und Bewahrer der Sprache oder werden zumindest dafür gehalten. Das berechtigt sie, sich über die Rechtschreibung zu äußern. Sie nehmen dabei eine besondere Stellung ein, indem sie mehr Gehör als andere Gesellschaftsgruppen finden.

Die Schriftsteller beteiligten sich nicht an der Konstituierung der Rechtschreibreform. Mehrere Schriftsteller traten der Rechtschreibreform entgegen. Das greifbare Ergebnis ihrer Reaktionen war die *Frankfurter Erklärung*<sup>97</sup> vom Oktober 1996. Die Erklärung wurde von mehreren Dichtern und Schriftstellern unterzeichnet. Österreichische Dichter wurden dabei

---

<sup>96</sup> [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XX/NRSITZ/NRSITZ\\_00078/SEITE\\_0208.html](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XX/NRSITZ/NRSITZ_00078/SEITE_0208.html) (Stand: 6. 1. 2013)

<sup>97</sup> Siehe Anhang I

von Ilse Aichinger oder Gerhard Ruiss repräsentiert. In der Frankfurter Erklärung kommt man zum Schluss, dass die Reform keineswegs notwendig sei. Man appellierte an die Politiker, dass der Prozess gestoppt werden soll. In Bezug auf das Sprachmanagement gehörte die Frankfurter Erklärung zu den soziokulturellen Faktoren, welche den Prozess beeinflussten.

### 5.5.3 Experten

Diese Gruppe ist nicht einfach zu definieren. Es verbreitete sich während der Reform die Ansicht, dass alle diejenigen zu den Sprachexperten zählen, die die Rechtschreibung beherrschen. Nach Ammon (2005: 35) sind das die sprachwissenschaftlichen Fachleute, die als solche gelten: „*Fach- oder auch Laienlinguisten. [...] Sie können in Sprachkonfliktfällen mit Aussicht auf Erfolg auch gegen den Kodex angerufen werden. Außerdem kritisieren sie die Normsetzungen des Kodexes und bewirken somit Änderungen.*“ Zu den Experten auf diesem Gebiet zählt man v.a. Sprachwissenschaftler, die an den Reformvorschlägen mitgewirkt haben (Stenschke 2005: 38). Ebenso handelt es sich um diejenigen, welche sich institutionell an der Regelung der deutschen Rechtschreibung beteiligten (Duden-Redaktion, Kultusbeamte, Hochschulprofessoren). In Deutschland gibt es keine prestigereiche Sprachakademie wie z. B. in Frankreich, die die Sprachexperten verbindet und die allein eine Rechtschreibreform durchsetzen könnte (vgl. Augst 2007: 12). Ihre Position ersetzte gewissermaßen das Institut für Deutsche Sprache (IDS) in Mannheim, das bei der Implementierung der Rechtschreibreform eine zentrale Rolle spielte. Das IDS ist eine „*außeruniversitäre Einrichtung zur Erforschung und Dokumentation der deutschen Sprache in ihrem gegenwärtigen Gebrauch und in ihrer neueren Geschichte.*“<sup>98</sup> Das IDS Mannheim hat mehrere an langfristigen Projekten arbeitende Forschungseinrichtungen. Die Wissenschaftler kooperieren mit Hochschullehrern und anderen Forschern. Zur Rechtschreibreform veröffentlichte das IDS Mannheim die Übereinkunft zur Reform der deutschen Rechtschreibung. Dies mittels einer Extra-Ausgabe *Rechtschreibreform* in der IDS-eigenen Zeitschrift *Sprachreport*. In Österreich beauftragte das Unterrichtsministerium die *Wissenschaftliche Arbeitsgruppe des Koordinationskomitees für Orthographie*.<sup>99</sup>

Die Kritiker der Reform konstituierten sich aus ehemaligen Mitgliedern der Kommission für Rechtschreibung. Der wohl bekannteste Kritiker von allen war Peter Eisenberg. Er trat 1998 aus der Kommission aus. Eisenbergs Ansichten spiegelten die

---

<sup>98</sup> <http://www.ids-mannheim.de/> (Stand: 16. 12. 2012)

<sup>99</sup> Siehe das Kapitel 4.1 Die Rechtschreibung im 20. Jh.



Befürchtung vor einem Traditionsbruch wider. Er argumentierte mit der Ausgeglichenheit und Stabilität der deutschen Orthographie (Kopke 1995: 118). Das größte Problem waren für ihn die Eindeutschungen der Fremdwörter und die damit verbundene erhöhte Varianz.<sup>100</sup> Die Gegenstimmen gegen das Regelwerk kamen aber auch von unabhängigen Germanisten wie Theodor Ickler.

Zur reibungslosen Implementierung der Reform wurden Experten aus allen beteiligten Staaten in der *Zwischenstaatlichen Kommission für deutsche Rechtschreibung* vereint.<sup>101</sup> Beteiligt waren sechs Mitglieder aus Deutschland, und je drei aus Österreich und der Schweiz. Man plädierte dafür, dass auch Sprach- und Lernpsychologen in den Prozess einzubeziehen waren. Das geschah im Oktober 2004, als die KMK auf die anhaltende Kritik mit der Ersetzung der Zwischenstaatlichen Kommission für deutsche Rechtschreibung durch einen eigens eingesetzten *Rat für deutsche Rechtschreibung* reagierte.<sup>102</sup> Dem Rat gehörten auch Reformkritiker und Vertreter aus den Bereichen: Didaktik, Wissenschaft, ÖBV, Öffentlichkeit, Pädagogik, Journalismus, Verlage und Autoren an.<sup>103</sup>

#### 5.5.4 Öffentlichkeit

Ammon (2005: 37) stellt in seiner Abbildung des Sozialen Kräftefeldes einer Standardvarietät die Öffentlichkeit (Bevölkerungsmehrheit) als eine Gruppe dar, die „mit ihrem Sprachgebrauch nur indirekt auf die Standardnorm einwirkt“. Zum öffentlichen Diskurs gehören alle Äußerungen, welche sich auf die Reform beziehen (Stenschke 2005: 31). In der Öffentlichkeit wurde die Rechtschreibung vor der Verabschiedung des Regelwerks nicht eingehend besprochen. Die breite Öffentlichkeit nahm die Rechtschreibreform erst zur Kenntnis, als sie politisch bereits verabschiedet war. Die Bevölkerungsmehrheit erfuhr durch die Massenmedien von der Reform. Die mangelnde Informiertheit der Öffentlichkeit verursachte einen irrationalen Zugang zur Problematik. Die Diskussionen waren durch starke Emotionalität gekennzeichnet. Die Verantwortlichen wurden als Verschwörer bezeichnet, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit gehandelt hätten. Es herrschte die Meinung vor, dass die

---

<sup>100</sup> Es gab Varianz auch früher ohne Eingriffe von außen. Österreichischer Germanist H. Scheuringer (1996: 11) erwähnt Beispiele *Friseur/Frisör*.

<sup>101</sup> Siehe das Kapitel 4.2 Die Situation zwischen den Jahren 1997 und 2004

<sup>102</sup> <http://www.rechtschreibrat.com/> (Stand: 10. 2. 2013)

<sup>103</sup> Der erste Vorsitzende war der ehemalige bayerische Kultusminister H. Zehetmair. Die Liste der österreichischen Ratsmitglieder siehe unter [http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/ba/rs\\_rat.xml](http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/ba/rs_rat.xml) (Stand: 29.12. 2012)

Reform den Bürgern „von oben“ diktiert worden sei. Man unterlag der Befürchtung vor dem Neuen und Unbekannten. Seit Herbst 1996 begannen sich viele Informationen über die Reform zu verbreiten, die jedoch auf populistischer Grundlage basierten. Zu der Rechtschreibung äußerte man sich plötzlich auch im Fernsehen, z.B. in Talkshows. Vorwiegend in Deutschland bildeten sich zahlreiche Bürgerinitiativen, die Unterschriften für Volksbegehren gegen die Rechtschreibreform sammelten. Auf der schon erwähnten Frankfurter Buchmesse von Anfang Oktober 1996 verteilte der Studiendirektor F. Denk 2000 Flugblätter mit dem Titel *„Stoppt die überflüssige, aber milliardenteure Rechtschreibreform! 10 Argumente gegen die Rechtschreibreform“* (Eroms/Munske 1997: 41ff). Sein Flugblatt fasste die Kontra-Argumente zusammen. Im Folgenden gründete Denk gemeinsam z.B. mit W. Balk die bayerische Bürgerinitiative *Wir gegen die Rechtschreibreform* (Kranz 1998: 51). Sie hatte eine gezielte Kampagne: *„Die Deutschen haben in diesem Jahrhundert schon ihre Geschichte verloren, lassen Sie ihnen die Sprache“*.<sup>104</sup> Denk organisierte am 11. Oktober 1997 in Weilheim eine Dichterlesung *Für die Einheit der Orthographie*. Auch erste Klagen<sup>105</sup> gegen die Reform wurden an den Gerichten eingereicht (Osterwinter 2011: 10).

Welche Gründe waren für das Scheitern der Reform in der Öffentlichkeit entscheidend? Die Bewertung der Rechtschreibreform wurde nicht vor Vorurteilen und Übertreibungen verschont. Dazu trugen auch die Medien bei. Die Grenzen zwischen seriöser Berichterstattung und dem Stil der Boulevardpresse waren undeutlicher als bei anderen Themen (vgl. Kranz 1998: 7). Dazu finden sich zahlreiche Beispiele. Die Printmedien hoben extreme Einzelbeispiele hervor, die die Aufmerksamkeit der Leserschaft am einfachsten wecken konnten. Die Meldungen enthielten Wörter in der geplanten neuen Rechtschreibung. Solche Wörter reizten die Leser und weckten Emotionen. Diese Gewohnheit wurde bereits anlässlich der 2. Wiener Gespräche praktiziert. Beispiele der frühesten Meldungen quer durch die österreichische Medienlandschaft führt Meininger (1995: 15) an:

- *Katastrophal unfäre sprache* (Der Standard, 25.3. 1990)
- *Kein Keiser auf dem Tron hat Reuma* (Die Presse, 23.5. 1990)
- *Ein Frefel im Mei* (Kleine Zeitung, 27.5.1990)

---

<sup>104</sup> Süddeutsche Zeitung, 9. 2. 1997

<sup>105</sup> Siehe das Kapitel 5.3.4 Juristische Aspekte der Rechtschreibreform.

Jeder potentielle Wandel wird von vielen Menschen a priori negativ bewertet. Niemand wünschte sich, die Orthographie umlernen zu müssen. Der Reform wurde auch Zwecklosigkeit vorgeworfen: *„Man fragt sich, was mit diesem pseudomodernen Aktionismus eigentlich bezweckt wurde und was man anderes damit erreicht als eine heillose Verwirrung, die mittlerweile auch die einzigen wirklichen Nutznießer, nämlich die Sprachbuchverlage, ergriffen hat.“*<sup>106</sup>

Aus psycholinguistischer Sicht bietet Bohuslav Havránek eine interessante Ansicht zur Ablehnung der Rechtschreibreformen (Kopke 1995: 274). Er weist darauf hin, dass bei der gedanklichen Vorstellung eines Wortes oft das optische Schriftbild den Kern dieser Vorstellung bildet. Die optischen Schriftbilder werden im Gedächtnis eines Menschen gespeichert. Eine weitgehende Rechtschreibreform kann bei manchen Wörtern diese Integrität zerstören und die Sprachgemeinschaft in Unsicherheit bringen. Das ist der Grund, warum die Rechtschreibreformen so unfreundlich aufgenommen werden. Wenn eine Neuerung persönliche Sicherheit verletzt, reagiert man ablehnend. Dabei wird nicht viel Wert auf rationale Argumente gelegt.

Die Reaktionen unterschieden sich in einzelnen Regionen des deutschsprachigen Raums durch ihre Intensität. Warum war die Annahme bzw. Ablehnung der Rechtschreibreform in den betroffenen Ländern unterschiedlich? F. Kranz (1998: 16) prägt folgende Theorie. Die Rechtschreibreform betraf nur die Standardvarietät. In den Gebieten, wo sich die Standardvarietät deutlich von der Umgangssprache unterscheidet und wo man viele Dialekte verwendet (z. B. in der Schweiz), waren die Proteste der Bevölkerung gegen die Rechtschreibreform schwächer. Der Grund für weniger emotionale Reaktionen bestand darin, dass die Reform nicht ihre Muttersprache betraf. Die Funktion der Muttersprache wird vom Dialekt bzw. von der Umgangssprache erfüllt.

Die Laien beschäftigten sich nicht systematisch mit der Reform. Kranz behauptet, dass eine groß angelegte Aufklärungskampagne zur Durchsetzung der Rechtschreibreform notwendig sei. Doch eine solche Kampagne wäre vermutlich von den Gegnern als Propaganda in Verruf gebracht worden, genauso wie über deren Kosten beklagt worden wäre (Kranz 1998: 7). Deswegen wurden die Mitglieder der Rechtschreibkommission als eine kleine, weitgehend anonyme Expertengruppe bezeichnet. Die Lage wurde durch zahlreiche andere Desinformationen beeinflusst: Die alte Rechtschreibung sei natürlich und historisch

---

<sup>106</sup> IMAS International Linz, in: Presse Spectrum, Samstag 13. 9. 1997

gewachsen. Sie wurde als ein Organismus angesehen, der von niemandem angetastet werden dürfe. Die These, dass die Rechtschreibreform einen Traditionsbruch bedeute, wurde mehrmals widerlegt. Die Eingriffe in das System waren nicht beträchtlich. In quantitativer Hinsicht war die Anzahl der durch die Reform hervorgebrachten Veränderungen minimal. Auch die Tatsache zweier nebeneinander geltender Orthographien weckten in der Öffentlichkeit Befürchtungen vor Chaos und Anarchie. Die Schüler lernten in der Übergangsphase eine Orthographie zu beherrschen, die im Sprachgebrauch niemand verwendete.

Der öffentliche Diskurs muss in zwei Kategorien (Medien und Publikum) eingeteilt werden (Stenschke 2005: 38). Der öffentliche Diskurs über die Einführung der Rechtschreibreform kam am deutlichsten in Form von Leserbriefen zum Ausdruck. Leserbriefe in den Medien sind meinungsbetonte Texte, in denen sich die Öffentlichkeit zur neuen Rechtschreibung äußerte. Die Leser reagierten auf die Umstellung bzw. den Boykott der Neuregelung in den Medien: *„Mit großer Freude lese ich von Ihrem Boykott der Rechtschreibreform! Ein besseres Statement hätte es nicht geben können. Es gehört viel mehr Mut und "Stellung bezogen" zu den krankhaften Erscheinungen unserer Zeit.“*<sup>107</sup>

Welche Urteile waren für den öffentlichen Diskurs symptomatisch? Man argumentierte mit der herausgebildeten orthographischen Tradition, die sich auf Klassiker der deutschen Sprache bezieht: *Goethe würde sich im Grabe umdrehen*. Darauf basiert die These, dass niemand das Recht habe, die Rechtschreibung zu reformieren. Es gab aber zahlreiche Reformbefürworter unter den Lesern. Dieser Teil der Leserschaft hielt die Reform für *durchdacht* und *vernünftig*.

Das Regelwerk wurde als pejorativ bezeichnet:

- Traditionsbruch, Kulturschande, Flickwerk, Schwachsinn, Vergewaltigung der Sprache, Katastrophe, provoziertes Sprachdiktat der Behörden, Buchstabenklauberei

Ohne Begründung wurden Auswirkungen der Reform vorausgesagt. Die Rechtschreibreform verursache:

- Sprachverhunzung, Sprachverfall, Verdummung, Erschwerung des Erlernens von Fremdsprachen

Die Kritik betraf insbesondere die Gestalter des Regelwerks. Sie wurden negativ gebrandmarkt als:

---

<sup>107</sup> Lothar Vogel, Steindorf: Leserbriefe, in: Die Presse, Mittwoch 10. 9. 1997

- Sprachtöter, akademische Sprachwüteriche, hochbezahlte Besserwisser, regulierungswütige Obrigkeit

Auch Begleiterscheinungen wurden der Reform vorgeworfen:

- Überflüssigkeit, hohe Kosten, Art ihrer Umsetzung, Überregulierung

## 6. Analyse

Das folgende Kapitel befasst sich mit der Analyse zweier Domänen, die von der Rechtschreibreform direkt betroffen waren. Es handelt sich um das Schulwesen und die Druckmedien in Österreich. Diese Domänen hatten im Sprachmanagementprozess bei der Implementierung der Lösungsvorschläge eine bedeutende Stellung. Die allgemein bildenden Schulen gehören zu den Anstalten, die u.a. orthographische Normen überliefern. Die Schule soll den Schülern Rechtschreibkenntnisse in einer einheitlichen Form beibringen. Die Zeitungsredakteure waren bedeutende Akteure, obwohl die Wirkung der Druckmedien auf die Sprachteilhaber nicht gezielt ist. Die Druckmedien überliefern Normen und verbreiten orthographisch korrekte Texte. Beide Domänen mussten sich mit der Implementierung der Rechtschreibreform auseinandersetzen, wobei ihre soziokulturellen bzw. sozioökonomischen Interessen auf unterschiedlichen Grundlagen basieren.

Wie manifestierte sich auf der linguistischen Ebene diskursbezogene Dichotomie *staatlich* und *privat* bei den obengenannten zwei Domänen? Mit Vertretern beider Domänen wurden halbstrukturierte Interviews durchgeführt. Die erhobenen Daten werden in diesem Kapitel auf sprachmanagementtheoretischer Grundlage kommentiert. Die Lage wurde in den österreichischen Städten Wien und Graz dokumentiert. Nach welchen Kriterien wurden konkrete Schulen und Medien ausgewählt? Aus zeitlichen, finanziellen und ressourcenbezogenen Gründen wurde das Ziel, lediglich drei Vertreter des Schulwesens und drei Vertreter der Medienwelt zu interviewen.<sup>108</sup> Bei beiden Domänen wurde ein möglichst breites Spektrum der befragten Personen angestrebt. Es geht bei der qualitativen Analyse nicht um Repräsentativität, sondern um die Auswahl typischer Fälle (vgl. Lamnek 2010: 352). Beim Schulwesen wurden das Sekundarschulwesen bzw. die Gymnasien ausgewählt: das humanistische, das bischöfliche und das Realgymnasium. Die Untersuchung in den Medien zielte auf überregionale Tageszeitungen. Es wurde geplant, in die Analyse sowohl Qualitätszeitungen als auch Boulevardzeitungen einzubeziehen.

---

<sup>108</sup> Siehe das Kapitel 3 Methodologie

## 6.1 Schulen

In diesem Kapitel wird das österreichische Sekundarschulwesen und sein Zugang zur Rechtschreibreform besprochen. Das Sekundarschulwesen umfasst Schüler aller Schultypen vom Ende des Pflichtschulalters bis zur Reifeprüfung.<sup>109</sup> Die für das Schulwesen zuständigen Ministerien sind sich dessen bewusst, dass die Lehrer eine wichtige Instanz zur Umsetzung der Rechtschreibreform sind. Die Lehrer sind wichtig auch für die Konstituierung einer Standardvarietät. Nach dem Haugenschen Modell vermitteln die Lehrer die standardsprachliche Norm (Ammon 2005: 33). Im sozialen Kräftefeld von Ammon (2005: 33) sind die Lehrer Normautoritäten, die die standardsprachlichen Normen durchsetzen [müssen]. Sie verlangen die Normbefolgung aufgrund der Tatsache, dass sie über die notwendige Macht gegen die Normsubjekte (Schüler) verfügen. Ihre Stellung verpflichtet sie zur Kontrolle des Sprachhandelns und des Schreibens im Rahmen der Bildungsanstalt. Die Lehrer unterrichten die Orthographie, aber gleichzeitig können sie ihre Gegner sein. Dennoch müssen sie weiter im Interesse der Dienstpflichten arbeiten. Ulrich Ammon (2005: 35) bezeichnet dies als Grenzfall, wenn die Sprachnormautorität und Sprachsubjekt in einer Person vereint ist. Betroffene Personen müssen darauf achten, dass sie selbst normgerecht handeln. Die Lehrer sind im tagtäglichen Kontakt mit der Rechtschreibung und ihrem Erwerb. Bei der Rechtschreibreform konnten ihre Erfahrungen didaktisch und lernpsychologisch von Belang sein. Doch die Meinungen der Lehrer wurden bei der Implementierung der Reform nicht einbezogen.

Ammon (2005: 36) stellt sich die Frage: *„inwieweit die Sprachnormautoritäten selber Normen setzen oder diese nur durchsetzen“*. Es geht um eine Fragestellung, die auf das Grundverhältnis der Lehrer zur Sprachnorm abzielt. Die vorliegende praktische Analyse beantwortet Ammons Frage im Zusammenhang mit der Rechtschreibreform der 90er Jahre. An konkreten Beispielen wird die Rolle der Lehrerschaft bei der Bildung einer neuen standardsprachlichen Schreibweise veranschaulicht. Konnten die Sprachnormautoritäten (Mikroebene) auf die Normsetzung einwirken, obwohl die Normsetzung auf der übergeordneten Makroebene (staatliche Bürokratie) verlief?

Die Ausbildung in den staatlichen österreichischen Bildungsanstalten ist behördlich, bzw. gesetzlich verordnet.<sup>110</sup> Mit der Verordnung<sup>111</sup> des Bundesministers für Unterricht und

---

<sup>109</sup> <http://www.bmukk.gv.at/schulen/bw/ueberblick/hss.xml#toc3-id2> (Stand: 29. 1. 2013)

<sup>110</sup> <http://www.bmukk.gv.at/schulen/recht/index.xml> (Stand: 3. 2. 2013)

<sup>111</sup> BGBl. Nr. II/35/1997

kulturelle Angelegenheiten, wurde die Leistungsbeurteilung in Pflichtschulen sowie mittleren und höheren Schulen novelliert und die Lehrpläne wurden auf die neue Rechtschreibung adaptiert<sup>112</sup>. Die Informationen zur Inkraftsetzung und zu den Übergangsbestimmungen wurden an allen Schulen bekanntgegeben. Allgemein bildende höhere Schulen (AHS), wie die offizielle Bezeichnung für Gymnasien in Österreich lautet<sup>113</sup>, sind weiterführende Schulen, die in weitere Ausbildungsrichtungen aufgegliedert sind. Für die geplante Analyse im Schulwesen waren drei Schul-Kategorien von Belang. Die Analyse hat sich nur in zwei Fällen realisiert. Eine der Schulen wurde unter den humanistischen Gymnasien ausgewählt. Der Schwerpunkt der humanistischen Gymnasien liegt auf den alten Kultursprachen (Latein, Altgriechisch), bzw. auf dem Fremdsprachunterricht. Die zweite Schule wurde unter den Realgymnasien ausgewählt. Realgymnasien fokussieren sich auf Naturwissenschaften. Die Kontaktpersonen waren Gymnasiallehrer, mit denen halbstrukturierte Interviews durchgeführt wurden. Die transkribierten Interviews dienen als Datenquelle für die Domäne des Schulwesens.

### 6.1.1 Akademisches Gymnasium Graz

Das Akademische Gymnasium in Graz wurde im Jahre 1573 gegründet. Die Schule gehört zu den ältesten höheren Schulen in der Steiermark.<sup>114</sup> Ihr Schwerpunkt liegt traditionell auf den klassischen Sprachen. Nach mehreren Schulreformen wurde das Akademische Gymnasium in ein normales Gymnasium mit erweitertem Fremdsprachunterricht transformiert. Das Interview zur Implementierung der Rechtschreibreform wurde mit Peter Gartlgruber, Lehrer für Deutsch und für katholische Religion, durchgeführt. Seine Haltung und die Haltung vieler seiner Kollegen zu dem ganzen Reformprozess war in mehreren Hinsichten eher skeptisch: *„Da [Groß-, Kleinschreibung] wurde eine willkürliche Lösung durch eine andere ebenso willkürliche Lösung ausgetauscht.“*<sup>115</sup> Auf der anderen Seite nannte er Beispiele für erfolgreich abgeschlossenes linguistisches Sprachmanagement. Die Lehrerschaft bewertet es als sinnvoll, dass die kaum nachvollziehbare Ausnahmeregelung der ß-Schreibung beseitigt wurde. Die Schüler haben diese Neuregelung schnell übernommen. Als positiv wurde von den Lehrern die lange

<sup>112</sup> [http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Vfgh/JFT\\_10019375\\_97V00098\\_00/JFT\\_10019375\\_97V00098\\_00.html](http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Vfgh/JFT_10019375_97V00098_00/JFT_10019375_97V00098_00.html)  
(Stand: 12. 3. 2013)

<sup>113</sup> <http://www.bmukk.gv.at/schulen/bw/abs/ahs.xml> (Stand: 1. 2. 2013)

<sup>114</sup> [http://www.akademisches-graz.at/index.php?option=com\\_wrapper&view=wrapper&Itemid=50](http://www.akademisches-graz.at/index.php?option=com_wrapper&view=wrapper&Itemid=50)  
(Stand: 4. 2. 2013)

<sup>115</sup> Siehe Anhang IV, Interview I, Frage 3.



Übergangsfrist bewertet. Aus didaktischer Sicht lohnte sich die Existenz zweier parallel geltender Orthographien.

Einzelne Lehrer wollten in den Prozess vor und während der Implementierungsphase eingreifen, aber die ihrer Meinung nach verknöcherte Hierarchie der österreichischen Bürokratie bevorzugte zentralistische Lösungen. Die Passivität wird selbst von den Lehrern wie folgend gerechtfertigt: „Daher bin ich als Beamter schon gut trainiert, dass ich schimpfe, ich meckere, ich nörgle, ich raunze, aber ich unternehme nichts, weil die da oben [...], also die zuständigen Ministeriumbeamten, die machen das so und wir werden wirklich meistens gar nicht gefragt.“<sup>116</sup>

### Beispiel 1<sup>117</sup>

**Frage:** Was tun Sie dagegen, um befragt zu werden?

**Antwort:** Ich muss ehrlich sagen, in diesem Thema, also die Rechtschreibreform war nicht wichtig genug. Es gibt schon andere Themen, wo ich etwas mehr sozusagen kämpferischer wäre, aber die Rechtschreibung war es mir nicht wert. Daher habe ich nur kritisiert, aber [ich habe] mich nicht wirklich engagiert.

In Österreich ist die Rechtschreibung nicht auf Bundesebene gesetzlich geregelt. Die Rolle der amtlichen Regelung übernimmt das Österreichische Wörterbuch. Es wird im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur herausgegeben. Die Herausgabe des Regelwerks gewährleistet der ÖBV in Wien. Die Einführung der Neuregelung wurde vom Unterrichtsministerium per Erlass vorgeschrieben.<sup>118</sup> Weder vorher noch nachher gab es zwischen dem Ministerium und dem Gymnasium eine Diskussion zur Reform. Man hatte eine einzige Möglichkeit, sich im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft zum Wort zu melden. In Österreich sind alle Deutschlehrer eines Bundeslandes Mitglieder dieser Einrichtung. Die Arbeitsgemeinschaft wird vom Pädagogischen Institut verwaltet. Regelmäßige fachdidaktische Fortbildungsveranstaltungen für die Deutschlehrer gehören zu den Kernaufgaben der Arbeitsgemeinschaft. Die Arbeitsgemeinschaft pflegt eine enge Zusammenarbeit mit dem Landesschulrat und ist auch das Bindeglied zur Schulaufsicht.<sup>119</sup>

---

<sup>116</sup> Siehe Anhang IV, Interview I, Frage 9.

<sup>117</sup> Siehe Anhang IV, Interview I, Frage 10.

<sup>118</sup> Der Dienstweg vom Unterrichtsministerium wird im Kapitel 6.1.2 Kepler Bundesrealgymnasium Graz zusammengefasst.

<sup>119</sup> [http://deutsch.pi-noe.ac.at/schillergespraech/051109\\_spiel/index.htm](http://deutsch.pi-noe.ac.at/schillergespraech/051109_spiel/index.htm) (Stand: 5. 2. 2013)

Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft konnte eine Protestnote verfasst werden. Dazu ist es in diesem Falle nicht gekommen. Das Akademische Gymnasium in Graz reagierte auf die beschlossene und eingeführte Neuregelung passiv, obwohl auf der linguistischen Ebene einzelne Fälle z.B. bei Getrennt- und Zusammenschreibung vorkamen, die den Erwartungen der Lehrerschaft nicht entsprachen. Als Beispiel sind die Zeugnisse zu nennen, auf denen man die Beurteilungen des Verhaltens getrennt schreiben musste: *sehr zufrieden stellend, zufrieden stellend* usw. Besonders die Eindeutschungen der Fremdwörter wurden konservativ behandelt: *„Die Eindeutschungen sehe ich gerade in unserer Schule sehr kritisch, denn für mich oder für uns ist es ein Gebot der Höflichkeit, dass ich ein italienisches, französisches, tschechisches Wort, wenn ich es importiere und übernehme, auch richtig schreibe. Das ist einfach ein Respekt vor der anderen Sprache, vor der anderen Kultur.“*<sup>120</sup> Äußerst inkonsequent scheinen Herrn Gartlgruber halb angegliche Wörter zu sein (*Spaghetti/Spagetti, Ketchup/Ketschup*), trotzdem respektiert er die Regelung im ÖWB, die an der gemeinsam beschlossenen Rechtschreibreform seit der 38. Auflage im Jahre 1998 (Retti 1999: 168) festhält.

## Beispiel 2<sup>121</sup>

**Frage:** *Die Lehrer sind die Normautoritäten, die die Entscheidung auch in den umstrittenen Fällen treffen müssen. Was machen Sie, wenn Sie sich nicht sicher sind und im Duden und im ÖWB zwei Varianten zugelassen sind?*

**Antwort:** *Ich lasse es auf jeden Fall gelten. Wenn ich eine Variante bevorzuge oder besser finde, dann vermerke ich das am Rand. Ich mache eine Notiz als Information für den Schüler, aber ich beziehe es nicht in die Beurteilung ein.*

In Zweifelsfällen kommen eher solche Situationen vor, bei denen die Lehrer das Problem nach eigenem Ermessen lösen. Es ist für die Deutschlehrer ungewöhnlich, sich direkt an Sprachexperten oder Germanisten zu wenden. Herr Gartlgruber drückte seine kritische Stellung zur Neuregelung anders aus. Er beabsichtigte seine Vorstellungen gegen die zuständigen Instanzen nicht durchzusetzen. Sein Grundsatz lautete folgendermaßen: *„Im Gegenteil habe ich mir damals während dieser Jahre der Reform angewöhnt, mehr in Eigenverantwortung zu entscheiden. D.h. ich habe mich von einem allzu großen Gehorsam sozusagen diesem Regelwerk gegenüber einfach befreit damals. Wenn für mich etwas sehr*

---

<sup>120</sup> Siehe Anhang IV, Interview I, Frage 4.

<sup>121</sup> Siehe Anhang IV, Interview I, Frage 14.

wichtig in einem Satz ist, dann schreibe ich es einfach groß. Auch oft die Gefahr hin, dass es im ÖWB klein steht. Ich bin da etwas autonomer geworden. Die Grenzfälle und Zweifelsfälle aber treffen selten vor.“<sup>122</sup>

Die Schulen waren im Kontakt mit anderen Schulen. Ihre Lehrer haben an Seminaren und Fortbildungsveranstaltungen z.B. zur Sprachnorm und zum Sprachwandel teilgenommen.<sup>123</sup> An die Teilnehmer wurden organisatorische Hinweise verteilt, in denen didaktische und methodische Empfehlungen angeführt wurden.<sup>124</sup> Die Seminare und Veranstaltungen haben den Prozess der Implementierung nicht beeinflusst, obwohl die Umsetzung von den Lehrern und ihren Kollegen besprochen wurde. Es gab einzelne kritische Stimmen gegen das Regelwerk, aber im Großen und Ganzen wurde die Reform ohne großen Widerspruch angenommen. Nach dem Erlass des Ministeriums wurden auch Schüler bzw. Eltern verunsichert. Man befürchtete eine größere Anzahl an Rechtschreibfehlern. Die Schulen haben als Reaktion darauf Elternabende veranstaltet: „*Wir haben gesagt: machen Sie sich keine Sorgen, wir haben eine mehrjährige Übergangsfrist und wir werden das mit Augenmaß, moderat und vernünftig behandeln.*“<sup>125</sup> Diese Veranstaltungen wurden nicht sehr intensiv besucht. Es gab auch keine Widerstände seitens der Eltern. Die Schule hatte auch Materialien zur Verfügung, anhand derer die geringfügige Differenz zwischen der alten und reformierten Schreibweise bezeugt werden konnte. Den Lehrern wurde seitens des Ministeriums vorgeschrieben, während der Übergangsfrist dem aktuellen Regelwerk nicht entsprechende Schreibweisen zu korrigieren aber nicht zu bewerten.<sup>126</sup> Die Eltern und Schüler wurden dank dieser Maßnahmen beruhigt. Nach der Beruhigung war die Rechtschreibreform für die Eltern kein Thema mehr.

### **Beispiel 3**<sup>127</sup>

**Frage:** *Wurde das Ende der 7-jährigen Übergangsfrist von jemandem bekanntgegeben?*

---

<sup>122</sup> Siehe Anhang IV, Interview I, Frage 16.

<sup>123</sup> Siehe Anhang IV, Bild 1 und 2.

<sup>124</sup> Siehe Anhang IV, Bild 3,4 und 5.

<sup>125</sup> Siehe Anhang IV, Interview I, Frage 18.

<sup>126</sup> [http://www.bmukk.gv.at/medienpool/13310/rsref\\_abschluss.pdf](http://www.bmukk.gv.at/medienpool/13310/rsref_abschluss.pdf) (Stand: 22. 3. 2013)

<sup>127</sup> Siehe Anhang IV, Interview I, Frage 25.

**Antwort:** *Nein, das war schon Geschichte, schon vergessen. Da waren auch die Schüler, die von der Volksschule gekommen sind, die waren ohnehin schon umgestellt. Das ist sehr glatt verlaufen.*

P. Gartlgruber hält die Bezeichnung „Reform“ für überschätzt. Auch die Reaktionen in den Medien waren seiner Meinung nach übertrieben: *„Es hat sich sogar jeder Künstler bemüßigt gefühlt, am Beginn seines Konzertes einen kurzen Kommentar dazu abzugeben. Das war fast so ein bisschen zeitgeistig.“*<sup>128</sup> Die Kommentare im öffentlichen Diskurs waren seiner Ansicht nach zu verallgemeinernd und die Reform ist von den Laien zu kritisch beobachtet worden. Der überspitzte mediale Ablauf hat zur Verwirrung beigetragen. Die Verwirrung wurde wegen der Existenz zweier Rechtschreibsysteme verursacht. Es gab Verlage und Zeitungen, welche die Reform durchgeführt haben, aber auch solche, die die Reform ablehnten. Von dieser Inkonsequenz wurden Schüler und Lehrer lange irritiert. Sie erwarteten, dass der ganze Privatsektor die neue Orthographie annimmt.

#### **6.1.2 Kepler Bundesrealgymnasium Graz**

Am BRG Kepler wurde die Lehrerin Gudrun Pennitz befragt. Sie unterrichtet Deutsch, Englisch und sie ist überdies Schülerberaterin, Vorsitzende des Dienststellenausschusses und Mitglied des Zentralausschusses. Das Kepler Bundesrealgymnasium hat eine andere Ausrichtung als das Akademische Gymnasium. Die Fremdsprachen gehören nicht zu seinem erweiterten Unterricht. Die Schüler wählen ab der sechsten Klasse zwischen dem Informatikschwerpunkt und dem Science-Schwerpunkt.

#### **Beispiel 4**<sup>129</sup>

**Frage:** *Zu der Rechtschreibreform. Welche Erfahrungen haben Sie mit der Rechtschreibreform. Können Sie das aus Ihrer Sicht oder aus der Sicht der Schule irgendwie zusammenfassen?*

**Antwort:** *Die Rechtschreibreform ist implementiert worden. Wir haben in den Schulen rechtzeitig, würde ich sagen, in so einem Vorlauf von fünf Jahren Fortbildungsveranstaltungen bekommen, zunächst die Deutschlehrerinnen und Lehrer, dann hat es Ausbildungskurse gegeben für Multiplikatoren. Das waren Kollegen, die an den Schulen von Ort die neue Rechtschreibung, die Regeln an alle anderen Kollegen weitergegeben haben. Jede Schule hat ein Fortbildungsprogramm bekommen.*

---

<sup>128</sup> Siehe Anhang IV, Interview I, Frage 7.

<sup>129</sup> Siehe Anhang IV, Interview II, Frage 2.

Man erkennt an dieser Stelle den bürokratischen Dienstweg vom Unterrichtsministerium (Makroebene) bis zu den einzelnen Lehrern (Mikroebene). Vom Ministerium wurde zur neuen Rechtschreibung die begutachtete Verordnung (BGBl. II Nr. 35/1997) erlassen. Das Ministerium gab den Auftrag an die regionalen Landesschulräte, für die Einführung der Rechtschreibreform zu sorgen.<sup>130</sup> Die Landesschulräte haben den Auftrag an die Pädagogischen Hochschulen weitergeleitet. Pädagogische Hochschulen: „bilden grundsätzlich die Pflichtschullehrer aus, aber haben auch das gesamte Ausbildungs- und Fortbildungprogramm für alle Schulformen.“<sup>131</sup> Pädagogische Hochschulen betreiben Pädagogische Institute, von welchen die Fortbildungsprogramme zur Rechtschreibreform geleitet wurden. Der letzte Schritt wurde von den Schulen organisiert. Jede Schule wählte zum jeweiligen Fach einen Vertreter (sog. Multiplikator), der unbezahlt die Koordinationsfunktion übernahm. Er besuchte die Fortbildungsveranstaltungen und verteilte alle Materialien mit Informationen zur Rechtschreibreform an seine Kollegen. Alle Lehrer wurden mit Broschüren zu den aktuellen Rechtschreibregeln ausgestattet.<sup>132</sup> Die Lehrer haben somit den Sprachmanagementprozess vollzogen. Die Einführung der Rechtschreibreform wurde auch durch schulinterne Fortbildungsprogramme<sup>133</sup> gewährleistet: „Dann gibt's zusätzlich ein Programm, das nennen wir abgekürzt „Schilf“, Schulinterne Lehrerfortbildung. Da gibt's ein kleines Budget. Jede Schule hat Anspruch auf zumindest ein Schilf-Programm pro Jahr.“<sup>134</sup>

### Beispiel 5<sup>135</sup>

**Frage:** Alle Lehrer haben die Neuregelung ohne Probleme angenommen?

**Antwort:** Ja, musste man ja. Man ist professionell. Man kann sich nicht gegen etwas wehren, was sowieso kommt. Ich bin in der bundesweiten Lehrervertretung tätig, da weiß ich schon, wo Sinn macht, sich zu wehren und wo nicht, neue Dienstrechte etc. In diesem Fall kam das einfach. Es hat natürlich Diskussionen gegeben, ohne Ende, über die Sinnhaftigkeit der Großschreibung beispielsweise.

<sup>130</sup> [http://www.bmukk.gv.at/medienpool/13310/rsref\\_abschluss.pdf](http://www.bmukk.gv.at/medienpool/13310/rsref_abschluss.pdf) (Stand: 22. 3. 2013)

<sup>131</sup> Siehe Anhang IV, Interview II, Frage 3.

<sup>132</sup> Die Broschüre *Rechtschreibung neu - eine Einführung in die neue Orthografie* wurde Ende August 1996 seitens des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten an alle Schulen, Pädagogischen Institute und Pädagogischen Akademien versendet.

<sup>133</sup> Schulinterne Fortbildungen sollen gemeinsam mit Experten zu verschiedenen Themen wie z.B. Teambildung, Konfliktbewältigung, Projektmanagement, Dokumentation aber auch zu gesundheitsbezogenen Themen durchgeführt werden. [www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/GZ\\_27.909115-V396\\_Grunds1786.xml](http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/prinz/GZ_27.909115-V396_Grunds1786.xml) (Stand: 8. 2. 2013)

<sup>134</sup> Siehe Anhang IV, Interview II, Frage 3.

<sup>135</sup> Siehe Anhang IV, Interview II, Frage 5.

Die Lehrer am Kepler Gymnasium haben sich gegen die vorgeschlagene Rechtschreibung der Zwischenstaatlichen Kommission nicht gewehrt. Es gab keine Protestaktion. Höchstens Unmut haben einzelne Lehrer geäußert. Bis zur Bundesebene ist ihre Kritik aber nicht durchgedrungen: *„Viele Kollegen haben gesagt. Das ist ja eine Verkomplizierung, doch dann haben uns in den Seminaren die Vortragenden davon überzeugt, dass es eigentlich eine Vereinfachung ist. Die Meinungen sind querdurch gegangen. Unsere Meinungen wurden aber ehrlich gesagt nicht gefragt. [...] In dem Moment, wenn alle Kinder mit den neuen Regeln in der Volksschule heranwachsen, in dem Moment, wo alle Bücher umgestellt sind, ist es kein Thema mehr. Dann kann sich höchstens Günther Grass in einem Feuilleton aufregen darüber. Dann wird er nunmehr belächelt“*<sup>136</sup>

G. Pennitz gehört zu den Reformbefürwortern. Sie bewertet die inhaltliche Seite der Reform positiv. Den Reformverlauf bewertet sie als fließend und unproblematisch, weil die Lehrerfortbildung gut organisiert wurde und die Schulbücher rasch umgestellt wurden. Für den Schulunterricht spielten die Schulbücher eine Schlüsselrolle. Eine Ausnahme stellten die Kinderbücher dar, bei welchen die Umstellung länger dauerte. Die Verlage konnten ihr ganzes Programm nicht auf einmal neu drucken. *„Das Lustige in Österreich war, dass als Letztes die Zeitungen umgestiegen sind. Es haben sich sehr viele Zeitungsverlage aus Prinzip geweigert und das Allerletzte waren manche Autoren, Schriftsteller.“*<sup>137</sup>

Bis 2005 wurden in der Schule beide Schreibweisen akzeptiert. Die Deutschlehrer waren auch einige Jahre später tolerant, *„nun auch das [Toleranz Anm.-Autor] hat sich aufgehört, weil plötzlich solche Schüler sind, die gar nicht mehr auf die Idee kommen, das aufzuschreiben“*<sup>138</sup> Die Eltern äußerten ihre Meinungen an den Elternabenden, an denen sie auch über die geplanten Schritte informiert wurden:

- Mehrjährige Übergangsfrist
- Zweifarbige Korrekturen der Schularbeiten
- Leistungsbeurteilung und Bewertung

Für das Gymnasium ist das ÖWB maßgebend und verbindlich. Die Verbindlichkeit für den Unterricht garantiert das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur.<sup>139</sup> Die Approbation im ÖWB (38. Auflage, 1998) lautet folgendermaßen: *„Mit Bescheid des*

---

<sup>136</sup> Siehe Anhang IV, Interview II, Frage 6.

<sup>137</sup> Siehe Anhang IV, Interview II, Frage 3.

<sup>138</sup> Siehe Anhang IV, Interview II, Frage 7.

<sup>139</sup> [www.bmukk.gv.at/rechtschreibung](http://www.bmukk.gv.at/rechtschreibung) (Stand: 11. 3. 2013)

*Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten vom 15. Juli 1997, Zl. 25.383/1 – V/2/97, gemäß § 14 Abs. 2 und 5 des Schulunterrichtsgesetzes, BGBl. Nr. 472/86, und gemäß den derzeit geltenden Lehrplänen als für den Unterrichtsgebrauch an Hauptschulen für die 1. bis 4. Klasse sowie an allgemein bildenden höheren Schulen für die 1. bis 8. Klasse im Unterrichtsgegenstand Deutsch geeignet erklärt.“ Die Nachschlagewerke vom Duden dienen als sekundäre Quelle. Die Experten werden in widersprüchlichen Fällen nicht gefragt: „ich kann meine Fachkolleginnen fragen, wenn ich mir nicht sicher bin. Im Endeffekt bin ich nach meiner eigenen Spezialisierung auch Germanistin. [...] Ich vertraue meinen Fachkompetenzen.“<sup>140</sup>*

### **Beispiel 6<sup>141</sup>**

**Frage:** *Sie haben die Medien und Zeitungen erwähnt. Wie haben Sie ihre Reaktionen wahrgenommen. Sie haben sich intensiv dagegen gewehrt.*

**Antwort:** *Wir haben das für doof gehalten, weil, wem bringt das was? Die Journalisten stemmten sich dagegen, ok. Es kommt trotzdem. Es ist kein existenzielles Problem. Man schreibt einfach vereinfacht. Das Einzige, was geblieben ist, wäre der Wunsch gewesen, es noch einfacher zu machen. Wir hätten die Chance gehabt, das dämliche scharfe ß loszuwerden, [...] endlich mit der Großschreibung aufzuhören. Warum haben Sie das nicht gemacht? Aber das war irgendwo in Europa entschieden, nicht wir. Es ist ein bisschen Frust geblieben, dass sie es nicht gleich ordentlich gemacht haben.*

#### **6.1.3 Resümee**

Das Schulwesen kennzeichnet sich durch eine klare Machthierarchie, die von der Makroebene bis zur Mikroebene segmentiert ist. Es handelt sich um einen komplizierten Rechtsapparat. Jedes Glied übt laut der Schulgesetze eine vorher bestimmte Funktion aus, sodass die Eingriffe wie die Rechtschreibreform relativ rasch implementiert werden können. Die Implementierung im Schulwesen wurde durch zahlreiche Maßnahmen (Seminare, Broschüren) gewährleistet. Was die kommunikative Ebene betrifft, wird die amtliche Kommunikation zwischen der Mikro- und Makroebene einerseits klar hierarchisiert. Andererseits bemängeln die Vertreter der österreichischen Lehrerschaft die Kompliziertheit des bürokratischen Dienstwegs. Die Interviews bestätigten, dass die Lehrer vom Entstehungsprozess der neuen Rechtschreibregeln ausgeschlossen wurden. Sie waren bloß Vollzugsorgane der Rechtschreibreform. Die Professionalität der Lehrer zeigte sich an

---

<sup>140</sup> Siehe Anhang IV, Interview II, Frage 20.

<sup>141</sup> Siehe Anhang IV, Interview II, Frage 22.

passiver Annahme der Reform. In Bezug auf den Rechtschreibreformprozess waren gewisse Unterschiede in den Aussagen beider Schulen zu vermerken. Während Herr Gartlgruber über das Ende der siebenjährigen Übergangsfrist nicht informiert wurde<sup>142</sup>, spricht Frau Pennitz von einem klaren Informationsfluss, der auch die Korrekturen der Matura-Arbeiten im Jahre 2003 und 2004 behandelte.

Soziokulturell wurde die Rechtschreibreform von beiden Lehrern nicht als existenzielles Problem bezeichnet. Bei der Rechtschreibung kommen auf der linguistischen Ebene gewisse Stellen vor, die von der soziokulturellen Ebene bestimmt werden [sollten]. Diese Stellen betreffen z.B. die Laut-Buchstaben-Zuordnung der Fremdwörter. Auf der linguistischen Ebene wurden in allen Teilbereichen konsequente Lösungen bevorzugt. Die Ausnahmeregelungen sollten vermieden werden. Was die anderen Diskurse anbelangt, wurde die Rolle der nichtstaatlichen Domänen von den Lehrern als marginal eingestuft. Die Reaktionen der Künstler und der Medien wurden im Zusammenhang mit der Rechtschreibreform als übertrieben bewertet.

## 6.2 Druckmedien

Die Medien gehören nach Ammon zu den wichtigen Modellsprechern/ -schreibern. Die Produktion von öffentlichen Texten und ihre Sprachkorrekturen sind Teil ihres Berufs. An deren Texten orientieren sich die Kodifizierer (Ammon 2005: 28). Die Zeitungsredakteure sorgen für das Niveau des Schreibgebrauchs. Die Redakteure werden für Sprachnormautoritäten gehalten.<sup>143</sup> Die Printmedien beeinflussen andere normsetzende Instanzen. Eine schnelle Einführung des neuen Regelwerks war für die Druckmedien von großer Bedeutung. Im Zusammenhang mit den Medien beschreibt Augst (2007: 125) die Reformziele, dass es nötig war, die Reform „*weitestgehend und in einem Schritt umzusetzen*“. Das konnte man nur im Einklang mit den Nachrichtenagenturen verwirklichen.

Die Arbeit der Tageszeitungen wird stark von den Nachrichtenagenturen beeinflusst. Die Nachrichtenagenturen liefern rohe aktuelle Informationen. Diese Meldungen werden als Text-, Audio-, Video- oder Bildmaterial zur Verfügung gestellt und später von Zeitungen,

---

<sup>142</sup> Siehe Anhang IV, Interview I, Frage 25.

<sup>143</sup> Die Sprachnormautoritäten sind alle Personen: „*die über ausreichende Macht verfügen oder dies glaubhaft machen können, um das Sprachhandeln anderer Personen (der Normsubjekte) zu korrigieren.*“ (Ammon 2005: 36).



Internetportalen und Radio- bzw. Fernsehsendern verwendet.<sup>144</sup> Nicht nur inhaltlich, sondern auch formal spielen diese Agenturen für die Berichterstattung in den Zeitungen eine Schlüsselrolle. Die Zeitungen übernehmen das Agenturmaterial in Form von Texten und Bildern. Es wäre technisch und zeitlich sehr anstrengend, die Artikel in eine andere Rechtschreibung zurück zu konvertieren. In der Medienbranche hat die Aktualität eine äußerst wichtige Stellung. Die deutschsprachigen Presseagenturen stellten zum 1. August 1998 nicht auf die neue Orthographie um, wie es zu diesem Zeitpunkt vom Unterrichtsministerium vorausgesetzt wurde. Man wartete auf die Klärung der politischen und der juristischen Fragen (Osterwinter 2011: 11). Zur Umstellung auf die neue Rechtschreibung kam es erst im August 1999 (vgl. Osterwinter 2011: 2). Die Umstellung begleiteten eigene Hausregeln für den Umgang mit Schreibvarianten. Die Hausregeln resultierten aus der mit der Rechtschreibreform verbundenen Zunahme der Schreibvariabilität (Osterwinter 2011: 2). Um die Einheitlichkeit sicherzustellen, wurden bestimmte Schreibvarianten bevorzugt. Das amtliche Regelwerk ließ bei etwa 2500 Wörtern unterschiedliche Schreibweisen zu (z.B. *kennenlernen/kennen lernen* oder *Delphin/Delfin*). Die beteiligten Agenturen haben sich jeweils für eine Schreibweise entschieden.<sup>145</sup> Die Hausregeln sind ein Zeichen dafür, dass der Rechtschreibreformprozess an bestimmten Stellen versagte. Die Erwartungen der Print-Medien wurden durch Inkonsequenzen im Regelwerk gebrochen.

Im Anschluss an die Nachrichtenagenturen haben auch die deutschsprachigen Tageszeitungen, Wochenzeitungen und Zeitschriften die reformierte Rechtschreibung angewandt. Als erste überregionale Zeitung führte bereits im Dezember 1996 das deutsche Wochenblatt *Die Woche* die neue Rechtschreibung ein. Die Wochenzeitschrift *Die Zeit* führte die neue Orthographie im Juni 1999 ein. Es gab bei diesem Prozess in der BRD nennenswerte Ausnahmen, die den Prozess komplett zu boykottieren versuchten. Die renommierte *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) gehört zu den einflussreichsten Zeitungen auf dem deutschen Markt. Die FAZ gilt als bürgerlich-konservatives Medium.<sup>146</sup> Sie wirkt besonders stark meinungsbildend. Die FAZ besteht auf von Presseagenturen unabhängiger Berichterstattung. Am 1. August 2000 kehrte die FAZ nach einem Jahr zur bewährten Rechtschreibung zurück (Osterwinter 2011: 3), welche in der 20. Auflage des

---

<sup>144</sup> <http://www.die-nachrichtenagenturen.de/index.htm> (Stand: 1. 2. 2013)

<sup>145</sup> <http://www.die-nachrichtenagenturen.de/index.htm> (Stand: 1. 2. 2013)

<sup>146</sup> <http://www.goethe.de/wis/med/pnt/zuz/de8418130.htm> (Stand: 6. 3. 2013)

Rechtschreibdudens (1991) kodifiziert wurde. Die Begründung der FAZ lautete, dass sich die Reform in der Praxis nicht bewährt habe. Die neue Rechtschreibung habe die Einheitlichkeit verletzt und Sprachverarmung verursacht. Es wurde zur generellen Rücknahme der Reform aufgerufen. G. Augst als Vorsitzender der Zwischenstaatlichen Kommission für deutsche Rechtschreibung sah die Ablehnung der FAZ anders: *„Eine zeitweise Irritation trat durch die propagandistisch inszenierte Rückumstellung der FAZ ein, die jedoch in der Tagespresse keine Nachahmer fand.“* (Augst 2007: 238). Diese Aussage stimmt nicht ganz. Es tauchten relativ viele Nachahmer auf. Eigene Schreibeinleitungen und Hausorthographien haben z.B. *Die Zeit*, der *Rheinische Merkur*, die *Neue Zürcher Zeitung*. Außer der FAZ wurde die Umstellung auch von *Die Presse* (Wien) sehr lange verweigert (vgl. Osterwinter 2011: 302). In der Schweiz gehörte die *Neue Zürcher Zeitung* zu den letzten überregionalen Zeitungen, welche die Neuregelung einführte. Die Hausorthographie unterschied sich in zahlreichen Fällen vom offiziellen Regelwerk (vgl. Osterwinter 2011: 15).

Im August 2004 kam es zur Krise der Reform. Mehrere bundesdeutsche Verlage erklärten die Absicht, zur eigentlich abgelösten Rechtschreibung zurückzukehren (Osterwinter 2011: 17). Diese Absichtserklärung wurde nur vom *Axel Springer Verlag*<sup>147</sup> in die Praxis umgesetzt. *Der Spiegel-Verlag* und die *Süddeutsche Zeitung* wollten noch die weitere Entwicklung abwarten. Schließlich folgten die genannten Verlage den Kompromissvorschlägen des Rechtschreibrates. Im Jahre 2006 kündigte auch der *Axel Springer Verlag* an, den zu damaliger Zeit aktuellen Regelungsstand umzusetzen. Die FAZ gab zum 1. Januar 2007 ihren Widerstand gegen die Rechtschreibreform auf. Die FAZ beabsichtigte weiterhin der konservativen Auslegung der Regeln Vorzug zu geben, welche allerdings offiziell zulässig sind (Osterwinter 2011: 21). Was die Presseagenturen betrifft, ist folgendes Zitat auf der Webseite der Arbeitsgemeinschaft der deutschsprachigen Presseagenturen charakteristisch *„Die deutschsprachigen Nachrichtenagenturen AFP, APA, Dow Jones, dapd, dpa, epd, KNA, sid und Reuters haben am 1. August 2007 ihre Rechtschreibung umgestellt. Sie schreiben gemäß dem amtlichen Regelwerk, das im vergangenen Jahr nach den Vorschlägen des Rats für deutsche Rechtschreibung geändert wurde und im August in Deutschland verbindlich wurde. In Österreich dauert die*

---

<sup>147</sup> Die Bild-Gruppe, Die Welt-Gruppe, Hörzu usw. ([http://www.axelspringer.de/artikel/Nationale-Medien\\_149114.html](http://www.axelspringer.de/artikel/Nationale-Medien_149114.html)) (Stand: 2.1. 2013)

Übergangsfrist bis zum 1. August 2008, im deutschsprachigen Teil der Schweiz bis August 2009.“<sup>148</sup>

### 6.2.1 Österreichische Medienlandschaft

Die Aufmerksamkeit wird in diesem Unterkapitel auf die österreichischen überregionalen Tageszeitungen gelenkt. Österreich gehört zu den Ländern mit der höchsten Pressekonzentration Europas.<sup>149</sup> Die österreichische Medienlandschaft bietet viele private Tageszeitungen zur Analyse an. Zu den auflagestärksten Tageszeitungen gehören die *Kronen Zeitung*, *Heute*, *Österreich* und die *Kleine Zeitung*. Es handelt sich vorwiegend um Boulevardzeitungen. Sie decken gemeinsam etwa 60 Prozent der Gesamtauflage ab. Nach den Daten der Österreichischen Auflagenkontrolle ist die Boulevardzeitung *Kronen Zeitung* mit einer Auflage von ca. 900 000 St. täglich auflagestärkstes Blatt.<sup>150</sup> Die Boulevardzeitung *Österreich* kommt auf eine Auflage von 600 000, das Gratis-Boulevard-Blatt *Heute* hat eine Auflage von 620.000.<sup>151</sup> Die Qualitätszeitungen *Der Standard* und *Die Presse* haben mit Auflagen von rund 100 000 eine geringere Reichweite.<sup>152</sup> Der Marktanteil und Leserschaftsstruktur der jeweiligen Tageszeitungen beeinflussen viele Faktoren. Das Bild 3 veranschaulicht die Lage in Bezug auf Alter und soziale Schicht.

---

<sup>148</sup> <http://www.die-nachrichtenagenturen.de/> (Stand: 1. 11. 2012)

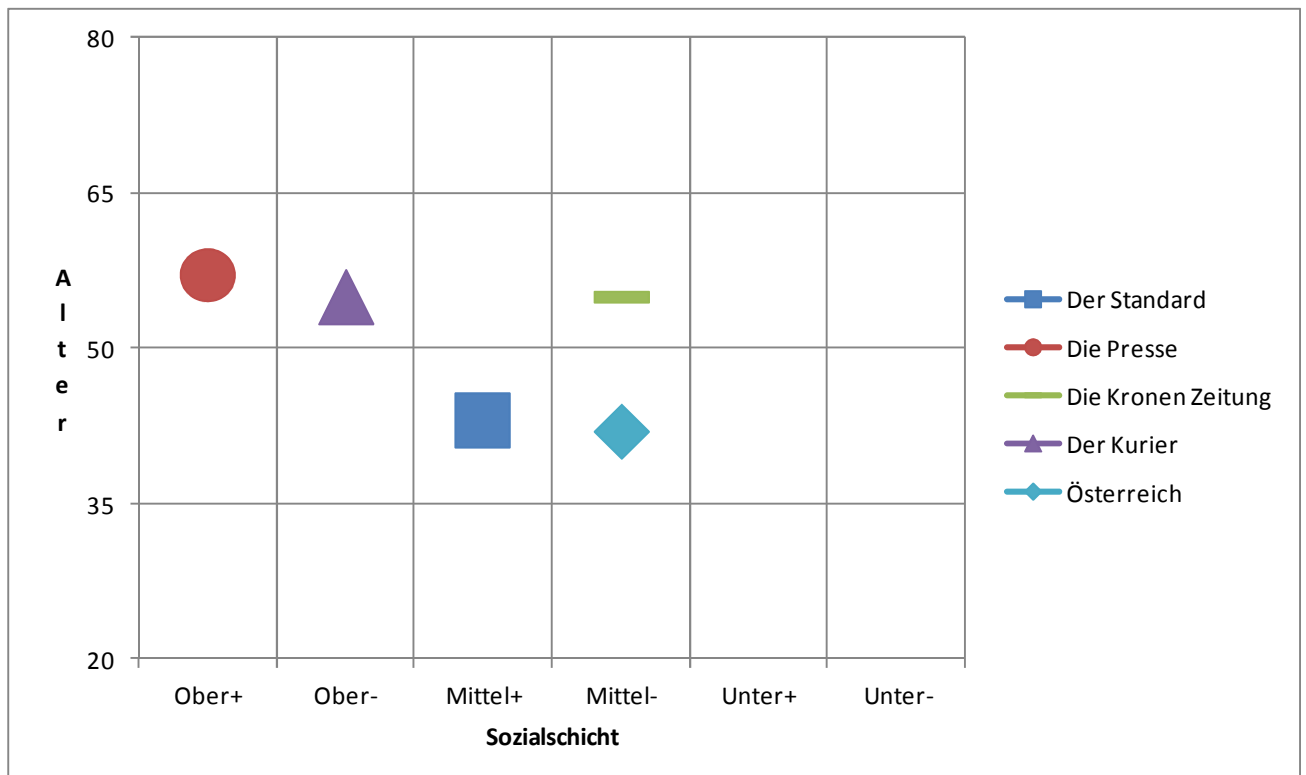
<sup>149</sup> <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Oesterreich/Kultur-UndBildungspolitik.html?nn=359712#doc359720bodyText4> (Stand 4. 1. 2013)

<sup>150</sup> <http://www.oeak.at/> (Stand: 4. 1. 2013)

<sup>151</sup> Ebd.

<sup>152</sup> Ebd.

**Bild 3:** Struktur der österreichischen Leser nach Alter und Sozialschicht<sup>153</sup>



Quelle: Graph erstellt vom Chef vom Dienst O. Ranftl (Der Standard, 20. 9. 2012)

Für den Analysezweck dieser Arbeit wurden die Boulevardzeitungen *Österreich* und *Heute* bewusst ausgeschlossen, weil sie erst nach der Einführung der Rechtschreibreform auf den Markt gelangten (2006<sup>154</sup>, bzw. 2004<sup>155</sup>). Die *Kleine Zeitung* hat ihren Sitz in Graz und erscheint nur in der Steiermark, Kärnten und Osttirol. Trotzdem wird sie mit einer Druckauflage von ca. 300 000 St. zu den Zeitungen mit der größeren Reichweite gezählt. Mit einem Vertreter der *Kleinen Zeitung* wurde ein Interview geplant. Das Interview ist mit dem Chef vom Dienst Ch. Weniger leider nicht zustande gekommen. Niemand anders wollte sich der Angelegenheit annehmen. Diesbezügliche Situation in der *Kleinen Zeitung* bleibt weiterhin unbekannt.

*Die Presse* gehört zu den ältesten überregionalen Tageszeitungen in Österreich. Ihre

<sup>153</sup> Die Daten werden einmal jährlich ausgewertet. Die Zuordnung zur Sozialschicht bestimmt: Bildung, Einkommen, Haushaltgröße, Urlaubsgewohnheiten.

<sup>154</sup> <http://www.oe24.at/service/Impressum-OE24/1637563> (Stand: 10. 11. 2012)

<sup>155</sup> Die Tageszeitung *Heute* entstand als Nachfolger für die 2004 eingestellte Zeitung *U-Bahn Express*. *Heute* wird in Wien, Niederösterreich und Oberösterreich verteilt.

<http://www.wissenswertes.at/index.php?id=zeitung-heute> (Stand: 3. 1. 2013)

Blattlinie ist bürgerlich-konservativ. Erst im Jahre 2003 wurde das traditionelle Blatt im Rahmen einer grundlegenden Reform zur Umstellung der Rechtschreibung gezwungen (Osterwinter 2011: 302). „Die neue "Presse" wird auch zu neuen Schreibweisen führen, die in wichtigen Teilen (nicht etwa bei den Beistrichregeln) die neue Rechtschreibung übernimmt. Umfragen zeigen, daß nahezu schon die Hälfte der Leser einen solchen Wechsel wünscht.“<sup>156</sup> Der Grund, warum *Die Presse* schließlich zur neuen Rechtschreibreform übergegangen ist, war zweifach. G. Haller vom Archiv der *Presse* erwähnt in einer E-Mail vom 23. 9. 2012, dass man nicht auf Dauer anders schreiben kann, als es die Kinder - zukünftige Leser - in der Schule lernen. Zweitens war der Aufwand, die Meldungen der Agenturen in die alte Rechtschreibung umzuschreiben, auf Dauer zu hoch. Die *Presse* beendete den Boykott auch aus dem Grunde, weil: „die letzten Wartejahre dazu geführt [haben], daß der Duden und andere Wörterbücher viele der ärgsten Unsinnigkeiten der neuen Rechtschreibung wieder zurückgenommen haben.“<sup>157</sup> Die meisten Reaktionen und Leserbriefe, die nach der Einführung der Rechtschreibreform in *Der Presse* abgedruckt wurden, neigten zur Reformablehnung.

Die Quelle für die Interviews waren schließlich die Tageszeitungen *Kurier*, *Die Kronen Zeitung* und *Der Standard*. Die transkribierten Interviews sind im Anhang dieser Arbeit zu finden. Die Interviews wurden entweder mit den Redakteuren oder mit den Korrektoren geführt. Aus der Sicht der Sprachmanagementtheorie ist die Arbeit des Korrektorats interessant. Die Arbeit der Korrektoren basiert auf einfachem Sprachmanagement, indem die Artikel der Journalisten sprachlich ausgebessert werden. Der Korrektor bemerkt eine Normabweichung im Text. Wenn er die Normabweichung negativ bewertet, schlägt er eine sprachliche Lösung vor, die er danach in den Text implementiert. Bei der Korrektur spielen soziokulturelle, kommunikative und linguistische Einflüsse eine Rolle.

### 6.2.1.1 Kurier

Vom *Kurier* wurde der Chef vom Dienst und Vorsitzende des Redakteursausschusses J. Preusser befragt. Er charakterisierte den *Kurier* als eine Zeitung des Mittelstandes, die in Richtung Unabhängigkeit tendiert. Der *Kurier* besteht seit 1954 und wendet sich an Leser aus allen Schichten der österreichischen Bevölkerung. Mit der Mittelstellung hängt das Problem zusammen, dass die Zeitung ihre Position zwischen Boulevard und Qualitätszeitung nicht

---

<sup>156</sup> Die Presse, 26. 2. 2003

<sup>157</sup> Ebd.

finden konnte. In den letzten 15 Jahren wurde ihre Qualität sehr stark erhöht, sodass man den *Kurier* mittlerweile zu den Qualitätszeitungen zählt. In der Zeit der Rechtschreibreform war die wirtschaftliche Situation des Unternehmens problematisch, weil die Mitte zwischen Boulevard und Qualitätszeitungen sehr schwer zu vermarkten war.<sup>158</sup> In heutiger Zeit ist der *Kurier* eine Qualitätszeitung mit relativ großer Auflage.

Frühere Phasen der Rechtschreibreform (Bemerken, Bewerten, Lösungsvorschläge) wurden vom *Kurier* passiv beobachtet und das Ergebnis abgewartet. Die Einführung der Rechtschreibreform wird von J. Preusser als punktuell Ereignis betrachtet. Einerseits herrschten am Anfang allgemeine Befürchtungen vor der Reform und die Mehrheit der Redakteure war gegen die Reform. Andererseits wusste man im *Kurier*, dass die Leser älter werden und keine jungen Leser nachkommen. Am Anfang gab es die Diskussion über die Annahme bzw. Ablehnung der Rechtschreibreform. Die Rechtschreibreform wurde als Maßnahme gegen den Verlust junger Leser jedoch eindeutig akzeptiert.

### **Beispiel 1**<sup>159</sup>

**Frage:** *Wer hat die Entscheidung über die Umstellung der Rechtschreibung getroffen?*

**Antwort:** *Die Chefredaktion hat die Frage gestellt in einer Konferenz: machen wir es ja oder nein. Zu diesem Zeitpunkt vielleicht zwei Tage war die Meinung: nein das können wir nicht machen. Es sind zu viele Dummheiten in dieser Rechtschreibreform, dass wir unsere Leser vor den Kopf stoßen würden. Der Redaktionsausschuss hat eine Sitzung gehabt. Wir haben ein Redakteur-Statut, nur zur Erklärung, in dem unsere Blattlinie festgelegt ist. Und alle Qualitätsmerkmale kann der Redaktionsausschuss, der ein gewähltes Gremium ist, mitbestimmen. Im Zuge dessen haben wir in unserer Sitzung damals eine Abstimmung gemacht, dass die Reform trotzdem eindeutig einzuführen ist, mit dem Argument: wir wollen die Jugend nicht verlieren, sondern dazu gewinnen, und wenn wir es möglichst schnell über die Bühne bringen, dann sind wir den anderen einen Schritt voraus. Dann haben wir unsern Vorschlag der Chefredaktion vorgelegt. Wir haben gesagt: wir wollen die Rechtschreibreform und ohne mit den Wimpern zu zucken wurde es sofort akzeptiert. Ab den Moment war das Problem eigentlich von Tisch.*

---

<sup>158</sup> Siehe Anhang III, Interview I, Frage 3.

<sup>159</sup> Siehe Anhang III, Interview I, Frage 5.

Die Zeitung wollte nicht altmodisch wirken. Unsichere wirtschaftliche Aussichten zwangen die Zeitung zur eindeutigen und raschen Entscheidung: *„Es gab vielleicht Überlegungen: was machen wir, wenn wir die Einzigen sind.“*<sup>160</sup> Die Kontraargumente waren nur punktuelle Erscheinungen in den Leserbriefen. Sie waren keine Gegenbewegung, die vom *Kurier* zu berücksichtigen war. Die Korrektoren verfolgten dabei praktische Interessen. Sie bevorzugten v.a. eine schnelle und klare Lösung. Es hat sich später gezeigt, dass man eine vernünftige Lösung getroffen hat. Es war wirtschaftlich eine gute Entscheidung, denn der *Kurier* hat diese Zeit gut überstanden. Die Unkompliziertheit, mit welcher die Rechtschreibreform in Wirklichkeit verlief, war für den Chef vom Dienst überraschend: *Ich habe gefürchtet, dass das in Österreich, gerade in Österreich, im traditionsbewussten Land, da sind die Reformen sehr schwer durchzusetzen. Es ist problemlos über die Bühne gegangen. Ich habe mich selber gewundert.*<sup>161</sup>

## Beispiel 2<sup>162</sup>

**Frage:** *Also bei den Lesern haben dann eher positive Reaktionen überwogen.*

**Antwort:** *Nein, das würde ich nicht so sagen. Wir haben mit vielen negativen Reaktionen gerechnet und davon sind sehr wenig gekommen. Positive Reaktionen – ich glaube, dass kaum Reaktionen gekommen sind. Das war eine Art der schweigenden Zustimmung.*

Die Politiker oder das Unterrichtsministerium haben auf die Zeitung keine Zwangsmittel angewandt. Der *Kurier* hat bloß die Richtlinie des Unterrichtsministeriums als Grundlage für die eigenen Hausregeln übernommen. Die Korrektoren haben die konkrete Neuregelung umgesetzt: *„Wenn ein Journalist etwas anders schreibt, dann wird das von denen ausgebessert.“*<sup>163</sup> Der *Kurier* hat eigene Hausregeln: *„Unsere Grundregel ist: es gilt die erste [Variante], die im Duden steht [...] Es gibt, bei der Rechtschreibreform oder bei allen Reformen, oder bei allen Dingen die apodiktisch agiert werden, diese Grauzonen. Es gibt einen schmalen aber doch einen Kompromissbereich. Das Wort „Philosophie“ mit F geht nicht, „Theater“ ohne Th geht auch nicht, aber „Delphin“ mit F geht.“*<sup>164</sup>

Die Hausregeln bei vereinzelt Beispielen wurden aufgrund eines abgeschlossenen

---

<sup>160</sup> Siehe Anhang III, Interview I, Frage 18.

<sup>161</sup> Siehe Anhang III, Interview I, Frage 7.

<sup>162</sup> Siehe Anhang III, Interview I, Frage 13.

<sup>163</sup> Siehe Anhang III, Interview I, Frage 15.

<sup>164</sup> Ebd.

Sprachmanagementprozesses herausgebildet. Im Zusammenhang mit der Rechtschreibreform handelt es sich um die soziokulturelle (sozioökonomische), die kommunikative und die linguistische Ebene. Die Redakteure, Korrektoren bzw. Journalisten (Mikroebene) griffen in vereinzelt Fällen absichtlich ein, sodass sie die Verwendung von Wörtern bestimmten und damit die Makroebene (Zwischenstaatliche Kommission) beeinflussten. Als Beispiel dienen vornehmlich Fachtermini. Was den Bereich Laut-Buchstaben-Zuordnungen anbelangt, wurde vom Duden bei dem Wort *Jacht* die Schreibweise mit „J“ vorgeschrieben. Alle Jachtzeitschriften in Österreich und in Deutschland schrieben das Wort weiterhin mit „Y“ (soziokulturelle Ebene). Der Kurier hielt sich zunächst an der bevorzugten Schreibweise mit „J“ fest. Der damalige Ressortleiter Sport J. Preusser meinte, dass sich der Kurier lächerlich macht: *„Ich habe gesagt [...] ja der Duden schreibt das vor. Nein das ist mir egal, ich schreibe das mit Y. Bitte in meinen Geschichten, es bleibt so. Dann habe ich das durchgebracht, dass das Wort Yacht geschrieben wird, wie das im ganzen deutschsprachigen Raum üblich ist.“*<sup>165</sup>

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Schöpfer der Rechtschreibreform bei dem „Jacht-Beispiel“ lediglich das Sprachmanagement im engeren Sinne berücksichtigten. Die soziokulturelle Ebene (Fachleute) und kommunikative Ebene (Diskussion mit den Fachleuten) wurde beiseitegelassen.

### **Beispiel 3**<sup>166</sup>

**Frage:** *Haben Sie die Reform mit anderen Zeitungen besprochen? Haben sich irgendwelche Koalitionen gebildet? Waren Sie im Kontakt mit anderen Medien?*

**Antwort:** *Auf Ebene des Redakteursausschuss und ich war damals, wie das passiert ist, war ich Ressortleiter Sport. Ich habe das nicht gemerkt, es ist off-records darüber gesprochen worden, über die Schwierigkeiten mit der Umsetzung, aber kein nennenswertes Thema. Auch keine Kooperation mit anderen nicht. Man hat schon beobachtet, was die anderen machen. Wir haben ein gutes Gefühl gehabt, dass wir das richtiger gemacht haben, als die anderen, bisschen konsequenter.*

Die Meinungen der Linguisten und Schriftsteller zur Reform spielten beim *Kurier* keine Rolle. Aus praktischen Gründen war die Lage in den Nachrichtenagenturen wichtig.

---

<sup>165</sup> Siehe Anhang III, Interview I, Frage 15.

<sup>166</sup> Siehe Anhang III, Interview I, Frage 16.



Keine ideologischen Hintergründe haben die Entscheidung beeinflusst. Die Zeitung hat die Lage beobachtet und über Meinungen berichtet.

### 6.2.1.2 Die Kronen Zeitung

Für die *Kronen Zeitung* wurde das Interview mit M. Fatoba geführt. Sie ist seit 1997 im Korrektorat tätig. Die *Kronen Zeitung* ist eine Boulevardzeitung: *„Sie wollen sich immer als Qualitätszeitung hinstellen, aber das ist eher schon Boulevard.“*<sup>167</sup> Die Abonnenten der *Kronen Zeitung* sind hauptsächlich ältere Leute, bzw. Pensionisten aus allen Bevölkerungsschichten. Man kann die Zeitung als ein Familienblatt bezeichnen. *„Das ist einfach deshalb aufgrund Länge der Sätze, die Sätze sollen möglichst einfach sein, es wird dort ein Punkt gemacht, wo in normalem Deutsch ein Komma gesetzt würde. [...] Möglichst wenige Fremdwörter, d.h. alles [wird] eingedeutscht und auch Austriazismen [bevorzugt]. Wir arbeiten zwar mit dem Duden und auch mit dem Österreichischen Wörterbuch, aber hauptsächlich soll, wenn es zwei verschiedene Ausdrücke gibt, das österreichische Idiom verwendet werden.“*<sup>168</sup>

Ihre Erfahrungen mit der Rechtschreibreform besagen, dass die *Kronen Zeitung* mit der Umstellung lange zögerte: *„Das hat verschiedene Gründe gehabt, v.a. ältere Journalisten, die nicht umstellen. Dann haben wir einen hohen Anteil von älteren Abonnenten, die natürlich auch auf die alte Rechtschreibung eingestimmt waren.“*<sup>169</sup> Die älteren Journalisten wollten nichts Neues lernen. Die neue Rechtschreibung verzögerte ihre Arbeit. Sie fühlten sich unsicher und machten Fehler: *„Es gibt immer noch welche, die manchmal wieder zurückverfallen und vor allem das scharfe ß schreiben. Sie merken es nicht, dass sie die alten Regeln noch verwenden.“*<sup>170</sup>

Erst nachdem die Chefredaktion gesehen hatte, dass alle anderen Medien und Nachrichtenagenturen umgestellt hatten, entschloss sich die *Kronen Zeitung* auch zu diesem Schritt. Der Umsetzung ging keine Besprechung mit Korrektoren und Redakteuren voraus. Alles wurde direkt von der Chefredaktion eingeführt. Die jüngeren Journalisten haben sehr schnell umgestellt, aber die älteren konnten sich von der alten Rechtschreibung nicht trennen. Es kam relativ lange vor, dass die Journalisten bewusst alte Regeln verwendeten. Das Korrektorat musste das korrigieren.

---

<sup>167</sup> Siehe Anhang III, Interview II, Frage 3.

<sup>168</sup> Siehe Anhang III, Interview II, Frage 3.

<sup>169</sup> Siehe Anhang III, Interview II, Frage 1.

<sup>170</sup> Siehe Anhang III, Interview II, Frage 4.

Im Vergleich mit dem *Kurier* spielten die Leserbriefe eine größere Rolle. Viele Leser wehrten sich gegen die neue Rechtschreibung. Das war mit starken Emotionen verbunden. Die *Kronen Zeitung* hat auch eigene Hausregeln, die von der Chefredaktion und teilweise von den Korrektoren festgelegt werden: „*Wir haben uns bemüht, dass dort, wo im Wörterbuch zwei Varianten drinnen waren, eben noch, wo auch noch die alte gegolten hat und an zweiter Position lässt, dass wir die gelassen haben.*“<sup>171</sup> Die Bildung der Hausregeln verlief nicht systematisch, obwohl die Zeitung prinzipiell die empfohlene Schreibung im Duden befolgte. Die Wahl der Hausregeln (linguistische Ebene) wurde von den soziokulturellen bzw. sozioökonomischen Gründen beeinflusst. Wenn ein problematisches Wort auftauchte, wurde eine von zwei Varianten bevorzugt (*Komplize/Komplice, Alptraum/Albtraum*). Z.B. die alte Kommasetzung hat die Zeitung beibehalten. Bei der Getrennt- und Zusammenschreibung werden die Regeln boulevardmäßig interpretiert: „*wo man normalerweise das Wort nicht auseinanderreißen darf, verwenden wir Bindestriche. Wenn ein Nomen aus zwei Wörtern besteht, normalerweise, macht man das erst bei drei zusammengesetzten Wörtern geht, bei uns ab zwei.*“<sup>172</sup>

#### **Beispiel 4**<sup>173</sup>

**Frage:** *Die Zeitung hat andere Schreibweisen beobachtet. Haben sich irgendwelche Koalitionen zwischen den Zeitungen gebildet?*

**Antwort:** *Die Korrektoren wurden in meisten Zeitungen abgeschafft. Es sind keine mehr, was ich weiß, nur im Standard, sonst nicht mehr. Im Kurier sind sie abgeschafft worden. Wir haben zu anderen Zeitungen keine Kontakte.*

**Frage:** *Die Chefredaktion war im Kontakt mit anderen Chefredaktionen?*

**Antwort:** *Bezüglich der Rechtschreibreform, glaube ich nicht. Es wird nur beobachtet.*

Wenn man den *Kurier* mit der *Kronen Zeitung* vergleicht, kommt man zum Schluss, dass der Prozess in der *Kronen Zeitung* direkter getrieben wurde. Das letzte Wort hatte die Chefredaktion. Im *Kurier* gibt es den Redaktionsausschuss, welcher ein gewähltes Gremium ist. Da kann man Angelegenheiten wie die Rechtschreibreform demokratisch abstimmen.

---

<sup>171</sup> Siehe Anhang III, Interview II, Frage 5.

<sup>172</sup> Siehe Anhang III, Interview II, Frage 4.

<sup>173</sup> Siehe Anhang III, Interview II, Frage 15, 16.

### 6.2.1.3. Der Standard

Für die Tageszeitung *Der Standard* wurde das halbstrukturierte Interview mit der Teamleiterin der Korrekturabteilung Ch. Haßlinger geführt. Später ergänzte auch der Chef vom Dienst O. Ranftl. Ch. Haßlinger ist beim *Standard* seit acht Jahren tätig und ihre Aufgabe ist: *„die Texte zu lesen und Rechtschreibfehler herauszuholen und die Grammatikfehler auszubessern, wenn die Zeit erlaubt auch stilistische Verbesserungen vorzunehmen. Wir machen zum Teil, zu geringer Zeit Layout-Verbesserungen [...] wenn es uns etwas auffällt, dann recherchieren wir das nach oder fragen wir bei den Journalisten nach.“*<sup>174</sup> Was die Leserschaft betrifft, gehört *der Standard* zu den Zeitungen mit einem großen Anteil an Akademikern und Studenten. Das heißt, es geht um ein relativ junges Publikum (im Durchschnitt 42 – 45 Jahre). *Der Standard* ist eine unabhängige Qualitätszeitung, deren Auflage nicht so hoch ist wie jene der *Kronen Zeitung* oder des *Kuriers*. Die Reichweite des *Standard* beträgt ungefähr 5%. Die Massenblätter sprechen mehr Leute an, wobei die Qualitätszeitungen weniger Leser haben. Die Zeitung ist nicht konservativ, sondern liberal orientiert.

#### Beispiel 5<sup>175</sup>

**Frage:** *Zu der Rechtschreibung, welche Erfahrungen haben Sie mit der Rechtschreibreform? Können Sie das aus der Sicht der Zeitung zusammenfassen?*

**Antwort:** *Also für das Haus, als die Reform kam, gab es Überlegungen, was macht man jetzt damit. Es gab einerseits der Kommissionbeschluss und andererseits kam dazu, dass unterschiedliche Medien, unterschiedliche Hausregeln eingeführt haben oder veröffentlicht haben. Also die Nachrichtenagenturen haben z. B. Listen herausgebracht, an welche Regeln wir uns halten müssen.*

Die Zeitung verhielt sich beim letzten Reformprozess der Reform passiv. Die Zwischenberichte der Kommission wurden beobachtet. Die Redaktion wurde über den Reformbeschluss von den Nachrichtenagenturen informiert. Die Nachrichtenagenturen beschlossen in öffentlichen Statements, dass ihre eigenen Hausregeln eingeführt werden.

---

<sup>174</sup> Siehe Anhang III, Interview III, Aufnahme I, Frage 1.

<sup>175</sup> Siehe Anhang III, Interview III, Aufnahme I, Frage 6.

Danach war es für die Chefredaktion des *Standard* klar, dass die Neuregelung angewendet werden muss. Diese feste Überzeugung entsprach der Blattlinie, die als modernes Medium auf junge Leser zielt. Die Mitglieder der Chefredaktion setzten sich mit dem Korrektorat zusammen und nach einer kurzen Diskussion wurde die endgültige Entscheidung getroffen. Die Reform wurde angenommen.

### **Beispiel 6**<sup>176</sup>

**Frage:** *Innerhalb der Firma herrschte bezüglich der Einführung absolute Einheitlichkeit?*

**Antwort:** *Ja, es mag einige Journalisten gegeben haben, die das persönlich nicht angenehm empfunden haben. Aber nicht in dem Sinne, dass es große Beschwerden gegeben haben. Diejenigen, die dafür zuständig waren, die Chefredaktion und meine Person waren darüber einig, dass man mit der Zeit gehen will, und dass man als modernes Qualitätsblatt mit der Reform mithalten will. Und das war einfach Beschluss.*

Ch. Haßlinger behauptet, dass in den Nachschlagewerken eine Regelmischung entstanden ist, da z.B. der Duden mehrere Schreibweisen zuließ. Die Alternativschreibweise verzögerte die Arbeit des Korrektorats. Um die Alternativschreibweise zu beseitigen, glich sich *der Standard* den Hausregeln der Nachrichtenagenturen an. Diese Entscheidung hatte praktische Gründe. Die Zeitung übernimmt viele Agenturmeldungen. *Der Standard* erarbeitete seine eigenen Hausregeln, weil die Empfehlungen des Dudenverlags mit den Empfehlungen der Zwischenstaatlichen Kommission nicht deckungsgleich waren. Die orthographischen Strömungen (Duden, Nachrichtenagenturen, Zw. Kommission für die Rechtschreibung) verursachten, dass Unterschiede zwischen der Rechtschreibung der Nachrichtenagenturen und den Hausregeln im *Standard* entstanden. Diese Unterschiede überdauern bis heute: *„Wir machen eigene Hausregeln, die uns einfach sinnvoll erscheinen. Wir ändern die Regeln bei einzelnen Wörtern, in einzelnen Fällen. Deswegen können sich die Schreibungen von den Agenturen unterscheiden. Ich glaube wahnsinnig unterschiedlich ist es nicht. Es sind keine Dinge, [...] wo man eine Charakteristik erkennt. [...] man kann im Haus*

---

<sup>176</sup> Siehe Anhang III, Interview III, Aufnahme I, Frage 12.

*keine moderne oder konservative Strömung erkennen.*<sup>177</sup>

Die Zeitung bzw. die Redaktion hat die Rechtschreibregeln nach ihrer eigenen Logik vereinfacht: z.B. bei Getrennt- und Zusammenschreibung wird alles zusammengeschrieben (*infrage stellen/in Frage stellen*).<sup>178</sup> Im Bereich der Kommasetzung bleibt der *Standard* konservativ, sodass mehr Kommata gesetzt werden. Die Interaktion zwischen der soziokulturellen und der linguistischen Ebene steht bei den Laut-Buchstaben-Zuordnungen im Vordergrund. Z.B. das Wort *Photovoltaik/Fotovoltaik* war ein großes Thema. *Der Standard* gehörte zu den Ausnahmen im deutschsprachigen Raum, da die neue Schreibung von *Fotovoltaik* mit „F“ eingeführt hat. Die Redaktion hat die Entscheidung mit dem Argument begründet, dass die Zeitung kein Fachmagazin ist: *„Wir sind eine Zeitung für alle Leser, nicht nur für Wissenschaftler und [wir] wollten die neue Rechtschreibung haben.“*<sup>179</sup> Nach gewisser Zeit ist *der Standard* zurück zur bewährten Schreibung *Photovoltaik* übergegangen. Die Redakteure wurden von der Tatsache beeinflusst, dass die reformierte Schreibweise in der Fachwelt gar nicht verwendet wird. Zu der Entscheidung hat ein Physiker beigetragen. Er hat in einem Telefonat die Abweichung von seiner Erwartung negativ bewertet und hat die bewährte Schreibweise gefordert. Die soziokulturelle Ebene beeinflusste somit die Sprachebene im engeren Sinne: *„Wir gehen aber nicht jedem, der anruft nach, das war ein Spezialfall.“*<sup>180</sup>

Die Neuregelung wurde im Großen und Ganzen angenommen. Keine Rolle spielten bei der Entscheidung wirtschaftliche Intentionen, sondern eher bildungsmäßige Intentionen. Es wäre kontraproduktiv, wenn die Schüler und Studenten (zukünftige Leser) mit einer anderen Rechtschreibung aufwachsen würden, als die Zeitungen verwenden. *Der Standard* führte zur der Einführung der Rechtschreibreform keine Umfragen durch. Man hat auch die Situation mit den Vertretern der anderen Tageszeitungen nicht besprochen: *„Es gibt bei österreichischen Medien keinen Zusammenschluss, dass man sagt: alle Zeitungen schreiben nach gleichen Regeln.“*<sup>181</sup> *Der Standard* wollte sich durch die rasche Annahme des reformierten Regelwerks von den Massenblättern distanzieren. Die Redaktion rechnete mit Beweglichkeit und Flexibilität ihrer Leserschaft. Ähnlich verhielt sich die Zeitschrift *Die Woche* in Deutschland, die sich absichtlich gegen die konservative Mehrheit stellte. Für den

---

<sup>177</sup> Siehe Anhang III, Interview III, Aufnahme I, Frage 14.

<sup>178</sup> Siehe Anhang III, Interview III, Aufnahme I, Frage 15.

<sup>179</sup> Siehe Anhang III, Interview III, Aufnahme I, Frage 20.

<sup>180</sup> Ebd.

<sup>181</sup> Siehe Anhang III, Interview III, Aufnahme I, Frage 20.

Chef vom Dienst O. Ranftl ist das „ein Hinweis, dass 60% oder so, der Kronen-Zeitungsleser, oder 80% der Heute-Leser [...] dagegen sind. Das ist für uns völlig irrelevant, sondern eher eine Bestätigung, dass 40% die nachdenken, 20% die einer Änderung aufgeschlossen sind. Da gibt's eine große Prozentzahl der Menschen, die wir abholen können.“<sup>182</sup>

Der Rest der österreichischen Medienlandschaft wurde bei der Entscheidung im *Standard* nicht beachtet. Die *Presse* repräsentiert nach der Ansicht der Chefredaktion Stabilität, Traditionen und alte Werte. Der *Standard* steht dagegen für Offenheit, Modernität und Fortschritt. Die Boulevardzeitungen vertraten zu kritische Stellungnahmen zum Übergang auf die reformierte Rechtschreibung. Dies stellte die Entscheidung des *Standard* aber nicht in Frage, obwohl die Boulevardzeitungen 60% des Marktes decken.<sup>183</sup> Unter den Politikern gab es Beispiele, die diese kritischen Stimmen populistisch instrumentalisieren. Der Einfluss der Schriftsteller wurde von Seite des *Standards* marginalisiert. Sie wurden als eine Gruppe bezeichnet, an der sich man nicht zu orientieren braucht, weil sie die deutsche Schreibung nicht korrekt beherrscht.<sup>184</sup>

### **Beispiel 7**<sup>185</sup>

**Frage:** *Hat die Zeitung die zuständigen Stellen selbst kontaktiert – Unterrichtsministerium z. B. oder war das einseitig vorgeschrieben?*

**Antwort:** *S2: in der 10-jährigen Diskussionsphase haben alle Medien mit Berichten mitgewirkt. [...] Die Beispiele der neuen Regeln in der Zeitung wurden vorgestellt. Das war nur die Begleitmusik zu den offiziellen Verhandlungen. Von uns ist das zur Kenntnis genommen worden. Das Unbehagen dazu haben einige gefühlt, dennoch, das war einfach da. Wir haben den Korrektoren Unterlagen gegeben – das schreiben Sie so und nicht mehr so bitte. Die Korrektoren haben viel Arbeit gehabt [...] S1: Von den Agenturen gab es eine Liste, die verschickt worden ist. Eine relativ lange, wie wir mit den Alternativschreibungen umgehen. Es war klar, dass Tausende von Wörtern. Wir haben das angeschaut, doch wir haben eigene Hausregeln. S2: Wir haben uns im Galopp für diese oder jene*

---

<sup>182</sup> Siehe Anhang III, Interview III, Aufnahme II, Frage 2.

<sup>183</sup> Siehe Anhang III, Interview III, Aufnahme II, Frage 6.

<sup>184</sup> Siehe Anhang III, Interview III, Aufnahme II, Frage 4.

<sup>185</sup> Siehe Anhang III, Interview III, Aufnahme II, Frage 7.

*Variante entschieden, die die Korrektur für logisch empfunden hat. Es ist nichts gegen den Duden. Aber wenn man das Gefühl [hat], die Regel ist so absurd, dass wir sie brechen wollen, so diskutieren wir miteinander und kommen zu irgendeinem Ergebnis.*

### **6.2.2 Resümee**

Österreichische Printmedien kann man als vom Staat unabhängige Institutionen betrachten. Die Diskussionen und die Berichterstattung über das Regelwerk in den Medien fanden parallel zu den offiziellen Verhandlungen auf der Staatsebene statt. Der Tagesjournalismus benötigt hohe Aktualität. Die Redaktionen bzw. Korrekturabteilungen bevorzugen schnelle und einfache Lösungen. Dies betrifft auch die Rechtschreibregeln. Bei der Diskursanalyse muss man zwei Sichtweisen differenzieren. Einerseits prägten die Medien einen eigenen Diskurs zur Rechtschreibreform und ihrer Umsetzung, andererseits berichteten die Druckmedien in den Artikeln über Diskussionen in anderen Diskursen (Schriftsteller, Politiker). Die anderen Diskurse über die Rechtschreibreform hatten marginalen Einfluss auf die Entscheidung in jeweiligen Zeitungen. Für die Annahme der Neuregelung waren sowohl soziokulturelle bzw. sozioökonomische als auch kommunikative Gründe von Bedeutung. Die Blattlinie jeweiliger Zeitungen betrifft die soziokulturelle bzw. sozioökonomische Ebene. Anderes Herantreten zum Prozess hatten konservative Qualitätszeitungen wie z.B. *Die Presse*, die für alte Werte und Tradition steht. *Die Presse* behandelte analogische dazu auch die linguistische Ebene (Rechtschreibung) konservativ. Anders verhielt sich der liberale *Standard*, der auf junges und ausgebildetes Publikum zielt. Seine Blattlinie steht für Reformen aller Art offen. Ganz andere soziokulturelle Position haben die Boulevardzeitungen (*Kronen Zeitung* usw.). Ihre Leser sind ältere und weniger ausgebildete Leute, deshalb ist ihre Meinung zu den politischen Reformen und Verordnungen von „oben“ negativ. Die Redaktionen in solchen Zeitungen müssen die Meinung der Öffentlichkeit berücksichtigen, deswegen wurde mit der Annahme der Neuregelung länger gezögert. Bemerkenswert ist die damalige Situation im *Kurier*. Der *Kurier* war die Zeitung des schwer zu vermarktenden Mittelstandes und wehrte sich dagegen, das Image einer alternden Zeitung zu haben. Er durfte keine weiteren Leser verlieren. Aus diesem sozioökonomischen Grund hat sich die Redaktion für die Einführung der

Rechtschreibreform relativ eindeutig entschieden.

Die kommunikative Ebene bestand in dem Einfluss der Nachrichtenagenturen. Die Nachrichtenagenturen führten aus praktischen Gründen eigene Hausorthographie ein. Die Zeitungen haben diese Hausregeln nicht komplett übernommen, sodass sich die Hausregeln in jeweiligen Zeitungen unterscheiden. Diese Unterschiede folgen aus den verschiedenen, auf andere Leserschaft gerichteten Blattlinien.



## 7. Zusammenfassung

Diese Diplomarbeit widmete sich der Einführung der Rechtschreibreform im deutschsprachigen Raum. Die Arbeit konzentrierte sich besonders auf die mit dem Prozess verbundenen Umstände. Der Prozess betraf rund um 95 Millionen deutsche Muttersprachler. Der Staat sorgt für Unterricht und Erwerb der überregionalen Sprache. Dabei wird die glatte Kommunikation zwischen den Sprachteilhabern gesichert. Die Sprachgemeinschaft betrachtet die Sprache als kollektiver Besitz. Demokratische Kollektive kennzeichnen sich durch die Meinungspluralität. Es erscheint nicht überraschend, dass der Prozess der Rechtschreibreform nicht ganz glatt verlaufen ist. Der einheitliche theoretische Apparat bot für die Untersuchung die Sprachmanagementtheorie.

Der Prozess der Rechtschreibreform kann zusammenfassend in drei soziolinguistische Perspektiven aufgeteilt werden. Es ging um diatopische, diachrone und diastratische Differenzierung. Aus diatopischer Sichtweise wurde die Aufmerksamkeit auf die Republik Österreich gelenkt. Der Reformprozess in Österreich war im Vergleich mit der BRD durch mehrere Besonderheiten gekennzeichnet. Die Besonderheiten bestehen z.B. in der anders konzipierten Staatsverwaltung oder in der spezifischen österreichischen Medienlandschaft. Der Einfluss der Bundesrepublik Deutschland auf das Geschehen in Österreich wurde in Bezug auf die Rechtschreibreform nicht unterschätzt. Die Arbeit berücksichtigte orthographische Meilensteine im ganzen deutschsprachigen Raum.

Was die diachrone Sichtweise anbelangt, wurde auf die Rechtschreibreform die Prozessualität der Sprachmanagementtheorie angewandt. Es ging um das zeitliche Verhältnis zwischen den einzelnen Phasen des organisierten Managements (Bemerken der Normabweichung, Bewertung, Lösungsvorschläge, Implementierung). Man kann sich aufgrund ihrer Analyse eine Vorstellung machen, welche Phase am problematischsten verläuft. Bei zukünftigen Rechtschreibreformen kann sich auf die problematischen Phasen Ressourcen konzentriert werden, um den glatten Verlauf des Sprachmanagementprozesses zu gewährleisten. Die Inhalte der Sprachmanagementphasen wurden in der Arbeit auch skizziert. Das letzte verbindliche orthographische Regelwerk aus dem Jahre 1901 war bereits zur Zeit seiner Einführung nicht aktuell, was negativ bewertet wurde. Im Laufe des 20. Jh. wurde im deutschsprachigen Raum die Aktualisierung der Rechtschreibung durch eine gründlichere Reform gefordert. Den Zankapfel stellten etliche im Korrekturplan betroffene

Bereiche dar. Alle Bemühungen um eine weitreichende Rechtschreibreform scheiterten. Im Jahre 1996 sollte der langwierige Prozess abgeschlossen werden. Die Implementierung der Neuregelung rief eine Fach- und Laiendiskussion hervor, die auch nach zehn Jahren nicht enden wollte.

Die dritte Perspektive stellte die diastratische Untersuchung der einzelnen von der Reform betroffenen Domänen dar. Die heftigsten Auseinandersetzungen kamen in denjenigen gesellschaftlichen Domänen vor, die mit der Sprache viel zu tun haben. Es ging um politische Repräsentation, Schriftsteller, Sprachexperten, Öffentlichkeit, Schulwesen und Medien. Diese Gruppen wurden von ganz unterschiedlichen Interessen getrieben, sodass die Einführung der Rechtschreibreform in diesen Domänen auf unterschiedliche Art und Weise gehandhabt wurde. Die Einführung der Neuregelung war nicht nur Herausforderung für Sprachexperten. Die Rechtschreibreform wurde auch zum Instrument von politischen Interessen. Nachdem sie zum zentralen Thema in den Medien geworden ist, erhöhte sich auch das Interesse der Schriftsteller und der Laienöffentlichkeit am Reformprozess. Das Interesse zeigte sich an der erhöhten Nachfrage nach dem Fremdsprachunterricht oder an der Entstehung von vielen Organisationen: z.B. Verein Deutsche Sprache hatte Tausende Mitglieder. Die nähere Analyse befasste sich erstens mit dem Schulwesen, dessen Aufgabe ist, die Rechtschreibkenntnisse zu überliefern. Am Reformprozess zeigte sich der bürokratische Dienstweg im österreichischen Sekundarschulwesen. Zweitens befasste sich die Analyse mit den Druckmedien. Die Druckmedien haben eine Vorbildfunktion, indem sie orthographisch korrekte Texte distribuieren. Es handelt sich um den privaten Sektor, deswegen werden die Druckmedien von wirtschaftlichen Intentionen beeinflusst. Obengenannte Domänen mussten bei der Implementierung verschiedene Hindernisse überwinden. Das hat auch Konflikte zwischen ihren Vertretern herbeigeführt. Die Konflikte und Diskussionen prägten eigene Diskurse.

Die Auswertung der Daten geht auch von der Sprachmanagementtheorie aus. Zu einem wichtigen Merkmal der Sprachmanagementtheorie gehört die Beachtung der soziokulturellen bzw. sozioökonomischen, kommunikativen und linguistischen Ebene. Die Rechtschreibreform kann erfolgreich abgeschlossen werden, nur falls alle Ebenen berücksichtigt werden. Die Rechtschreibreform hatte in dieser Hinsicht Defizite. Der Sprachmanagementprozess wurde mehrmals neu ausgelöst (die sog. Reform der Reform). Die Einzelbeispiele im Regelwerk wurden nie akzeptiert. Das ursprüngliche linguistische

Schema der Reform wurde verletzt, indem die Anzahl der neuen Regeln herabgesetzt wurde. Als problematisch erwiesen sich vor allem die Laut-Buchstaben-Zuordnungen bzw. die Getrennt- und Zusammenschreibung

Es gibt zwei grundsätzliche Positionen im Zugang zur Reformierung der Rechtschreibung. Die eine möchte die Orthographie wie alle anderen Vorschriften normativ bestimmen. Die andere Position betrachtet die Orthographie als Beschreibung, die sich selbst reguliert. Die Regeln bestehen dann ohne aktive Eingriffe. Die Orthographie tendiert dazu, resistent gegen Veränderungen zu sein, besonders wenn sich um rasche oder oktroyierte Veränderungen handelt. Wenn man sich für die Regulierung der Rechtschreibung entscheidet, sollte die Rechtschreibreform Motivationen aller betroffenen Domänen berücksichtigen. Die Einbeziehung der soziokulturellen und der sozioökonomischen Ebene gewährleistet einen reibungslosen Ablauf der Reform auf der linguistischen Ebene.

## **8. Resümee**

### **8.1 Resümee**

Diese Diplomarbeit setzt sich das Ziel, die Implementierung der Rechtschreibreform in Österreich zusammenzufassen. Die Untersuchung beruht auf der sprachmanagementtheoretischen Grundlage, indem die Theorie auf den Prozess der Rechtschreibreform angewandt wird. Die Theorie eignet sich gut für die Anwendung, denn die Rechtschreibreformen sind typische Beispiele des organisierten Sprachmanagements. Der theoretische Teil der Arbeit bietet einen Überblick zur Sprachmanagementtheorie mit allen ihren Merkmalen: Prozessualität (Phasen der Existenz der Normabweichung, Bemerkens, Bewertung, Ergreifen einer Maßnahme und Implementierung), Hierarchisierung (soziokulturelle, kommunikative, linguistische Ebene) und Differenzierung von der Mikro- und Makroebene. Erläutert werden auch die mit dem Sprachmanagement zusammenhängenden Begriffe Sprachplanung, Sprach- und Sprachenpolitik. Die Umstände bei der Implementierung der Neuregelung werden in allen von der Reform betroffenen Domänen berücksichtigt (Politiker, Schriftsteller, Sprachexperten, Öffentlichkeit). Diese Domänen sind Bestandteile des sozialen Kräftefeldes einer Standardvarietät von Ulrich Ammon. Seine Theorie wird in der Arbeit auch kurz skizziert. Die Diskussionen über die Rechtschreibreform bildeten in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen eigene Diskurse. Entstandene Machtverhältnisse beeinflussten die Form der Implementierung in den jeweiligen Domänen. Im praktischen Teil der Arbeit wird besondere Aufmerksamkeit auf österreichisches Schulwesen und österreichische Druckmedien gelenkt. In diesen Domänen wurden halbstrukturierte Interviews mit den sog. theory-driven questions aufgenommen. Die Sprachmanagementtheorie diente als Grundlage für die Strukturierung der Interviews und ihre anschließende Analyse. Die Akteure der Interviews (Gymnasiallehrer, Redakteure bzw. Korrektoren der überregionalen Druckmedien) haben an dem Rechtschreibprozess persönlich teilgenommen. Die soziolinguistische Untersuchung geht methodologisch vom qualitativen Paradigma aus. Transkribierte halbstrukturierte Interviews dienen als Quelle der erhobenen Daten.

## 8.2 Resumé

Tato diplomová práce si klade za cíl osvětlit okolnosti spojené s implementací pravopisné reformy v Rakousku. Provedený výzkum vychází z teorie jazykového managementu. Proces pravopisné reformy je interpretován z pohledu této teorie. Koncept jazykového managementu se pro účely práce ukázal jako velmi vhodný, protože pravopisné reformy patří k nejtypičtějším příkladům organizovaného jazykového managementu. Teoretická část práce představuje jazykový management ve všech jeho perspektivách: procesualita (existence odchylky od normy nebo očekávání, povšimnutí si odchylky, hodnocení, adjustační design, implementace navrhovaných řešení), hierarchizace (sociokulturní, komunikativní, jazyková dimenze), diferenciacie mikro a makro úrovně. Práce se zabývá i pojmy jazyková politika a jazykové plánování. Okolnosti zavedení pravopisné reformy jsou zohledněny ve všech reformou zasažených sférách (politici, spisovatelé, lingvisté, veřejnost). Tyto domény jsou součástí sociálního silového pole Ulricha Ammona. Jeho teorie je v práci rovněž krátce nastíněna. Diskuse ohledně zavedení pravopisné reformy měly u jednotlivých skupin vlastní diskursní povahu. Vzniklé mocenské vztahy ovlivnily podobu implementace v jednotlivých doménách. V praktické části práce je zvýšená pozornost zaměřena na rakouské školství a tištěná média. Sociolingvistický výzkum probíhal metodologicky v kvalitativním paradigmatu. Ve výše zmíněných doménách byla provedena polostrukturovaná interview s tzv. theory driven questions, která byla následně pro účely analýzy transkribována. Jazykový management posloužil jako teoretický rámec pro uspořádání otázek v interview a jejich následnou analýzu. Aktéři rozhovorů (středoškolští učitelé, redaktoři resp. korektoři celostátních rakouských deníků) se procesu reformy osobně zúčastnili.

### **8.3 Summary**

This diploma thesis aims to describe the circumstances associated with the implementation of spelling reform in Austria. The research is theoretically based on the theory of language management, ie. spelling reform process is interpreted from the perspective of the theory. The theory of language management was for the purposes of the thesis very useful, because the spelling reform is one of the most typical examples of organized language management. The theoretical part of the thesis presents the organized language management in all its features: processuality (deviations from a norm or expectation, noting, evaluation, adjustment design, implementation), hierarchy (socioeconomic, communicative, linguistic), distinction of micro- and macro-level. This thesis presents concepts such as language policy and language planning. The goal is to take into the account all circumstances in all domains which are connected with the spelling reform (politicians, writers, linguists, public). These domains are part of the social dynamic field of standard variety by Ulrich Ammon. His theory is also briefly outlined. The discussions about the spelling reform had by the mentioned domains own discourse character. The resulting power relations have affected the implementation in different domains. The practical part of the thesis is focusing on the Austrian education and print media. In these domains were conducted semi-structured interviews with theory-driven questions. Language management served as a theoretical framework for interview-structure and the analysis. Participants of the interviews (high-school teachers, editors of Austrian daily newspapers) participated personally in the process. Sociolinguistic research was methodological based on qualitative paradigm. As a source for the data-analysis were used the transcribed semi-structured interviews.

## 9. Literaturverzeichnis

- AMMON, Ulrich (2005): Standard und Variation: Norm, Autorität, Legitimation. *In*: Eichinger, Ludwig M./Kallmeyer, Werner (Hrsg.): IDS-Jahrbuch Standardvariation. Wie viel Variation verträgt die deutsche Sprache? Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 28-40.
- AUGST, Gerhard (1979): Zur Durchsetzbarkeit und zu den Zielen einer Rechtschreibreform, *In*: Wolfgang Mentrup (Hrsg.), Zur Reform der deutschen Orthographie, Heidelberg.
- AUGST, Gerhard (2007): Die Arbeit der Zwischenstaatlichen Kommission für deutsche Rechtschreibung von 1997 bis 2004. Gerhard Augst (Hrsg.). Hildesheim/Zürich/New York: Olms.
- AVENARIUS, Hermann/HECKEL, Hans/LOEBEL, Hans-Christoph (2006): Schulrechtskunde. Ein Handbuch für die Praxis, Rechtsprechung und Wissenschaft. 7. Aufl., Neuwied: Luchterhand.
- BLANKE, Detlev/SCHARNHORST, Jürgen (Hrsg.) (2006): Sprachenpolitik und Sprachkultur, Beiträge der gemeinsamen Tagung des Vereins zur Förderung sprachwissenschaftlicher Studien e.V. und der Gesellschaft für Interlinguistik am 29. Oktober 2005 in Berlin. Berlin.
- BLOOMFIELD, Leonard (1995): Language. New Delhi: Motilal Banarsidass Publishers.
- BUßMANN, Hadumod (Hrsg.) (2002): Lexikon der Sprachwissenschaft. 3. aktualisierte u. erw. Aufl., Stuttgart: Alfred Kröner.
- COOPER, Robert (1989): Language planning and social change, Cambridge: Cambridge University Press.
- COULMAS, Florian (Hrsg.) (1998): The Handbook of Sociolinguistics. Oxford: Blackwell Publishing.
- DELL, Ludmilla/KOROTKAJA, Olessija (2006): Die Interview-Methode, Eine kritische Analyse. Norderstedt: Grin Verlag.
- DOVALIL, Vít (2012): Equality of languages as an ideology in the European political and legal discourse. *In*: Media and Communication Studies: Media komyunikeshon kenkyu. Vol. 63. Hokkaido: Hokkaido University, S. 23-49.

- DROSDOWSKI, Günther (1980): Der Duden – Geschichte und Aufgabe eines ungewöhnlichen Buches. Mannheim/Wien/Zürich: Bibliographisches Institut.
- DUDENREDAKTION (Hrsg.) (1994): Duden, Informationen zur neuen deutschen Rechtschreibung. Nach den Beschlüssen der Wiener Orthographiekonferenz vom 22. bis 24. 11. 1994 für Deutschland, Österreich und die Schweiz, [verf. von Horst Sitta und Peter Gallmann. In Zusammenarbeit mit Gerhard Augst und Karl Blüml]. Mannheim: Dudenverlag.
- DÜRSCHIED, Christa (2006): Einführung in die Schriftlinguistik. 3., überarbeitete und ergänzte Auflage. Mit 31 Abbildungen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- EGGERS, Hans (1986): Deutsche Sprachgeschichte. Band 2: Das Frühneuhochdeutsche und das Neuhochdeutsche, Reinbek: Rowohlt.
- EROMS, Hans Werner/MUNSKE, Horst Haider (Hrsg.) (1997): Die Rechtschreibreform. Pro und Kontra. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- GLÜCK, Helmut (Hrsg.) (2005): Metzler Lexikon Sprache. 3., neubearb. Aufl., J. B. Stuttgart/Weimar: Metzler.
- GRIN, François (2003): Language Policy Evaluation and the European Charter for Regional or Minority Language. New York: Palgrave MacMillan.
- HAARMANN, Harald (1988): Sprachen- und Sprachenpolitik. *In*: Ammon, U./Dittmar, N./Mattheier K. J. (Hrsg.). Sociolinguistics/Soziolinguistik. An International Handbook of the Science of Language and Society/Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft. Vol. 2/2. Halbbd. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 1660-1678.
- HAVRÁNEK, Bohuslav (1936): Zum Problem der Norm in der heutigen Sprachwissenschaft und Sprachkultur. *In*: Steger, H. (Hrsg.) (1982): Soziolinguistik. Ansätze zur soziolinguistischen Theoriebildung. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 289-296.
- HENTIG, von Hartmut (2005): Vierzehn Punkte zur Beendigung des Rechtschreibkrieges. Göttingen.
- ICKLER, Theodor (1997): Die sogenannte Rechtschreibreform. Ein Schildbürgerstreich. St. Goar: Leibniz.
- KAPLAN, Robert B./BALDAUF, Richard B. Jr. (1997): Language Planning From Practice to Theory. Clevedon: Multilingual Matters Ltd.



- KLOSS, Heinz (1969): Research possibilities on group bilingualism: A report. Quebec: International Center for Research on Bilingualism.
- KOPKE, Wolfgang (1995): Rechtschreibreform und Verfassungsrecht. Schulrechtliche, persönlichkeitsrechtliche und kulturverfassungsrechtliche Aspekte einer Reform der deutschen Orthographie. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- KRANZ, Florian (1998): Eine Schiffahrt mit drei f, Positives zur Rechtschreibreform. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- KÜPPERS, Hans-Georg (1984): Orthographiereform und Öffentlichkeit. Zur Entwicklung und Diskussion der Rechtschreibreformbemühungen zwischen 1876 und 1982. Düsseldorf: Schwann.
- LAMNEK, Siegfried (2010): Qualitative Sozialforschung. 5. überarb. Auflage. Basel: Beltz Verlag, Weinheim.
- LÖFFLER, Heinrich (2010): Germanistische Soziolinguistik. 4., neubearbeitete Auflage. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- MAAS, Utz (2003): Orthographie und Schriftkultur (nicht nur im Deutschen): Arbeitsskript zur Vorlesung im SS 2003. Osnabrück: Buchhandlung zur Heide.
- MENTRUP, Wolfgang (1993): Wo liegt eigentlich der Fehler? Zur Rechtschreibreform und zu ihren Hintergründen. Stuttgart: Ernst Klett Schulbuchverlag.
- MUNSKE, Horst Haider (2005): Lob der Rechtschreibung. Warum wir schreiben, wie wir schreiben. München: Beck.
- NEKVAPIL, Jiří (2006): From Language Planning to Language Management, *in*: Sociolinguistica 20 (Internationales Jahrbuch für Europäische Soziolinguistik: Perspektiven der Soziolinguistik), Tübingen: Max Niemayer Verlag, S. 92-104.
- NEKVAPIL, Jiří (2010): O historii, teorii a modelech jazykového plánování. *In*: Slovo a slovesnost 71. Nr. 1, S. 53-73.
- NEKVAPIL, Jiří/SHERMAN, Tamah (Hrsg.) (2009): Language Management in Contact Situations: Perspectives from Three Continents. Frankfurt am Main/Berlin/Bern/Bruxelles/New York/Oxford/Wien: Peter Lang.
- NERIUS, Dieter (Hrsg.) (1983): Entwicklungstendenzen der deutschen Sprache seit dem 18. Jahrhundert. Berlin: Zentralinstitut für Sprachwissenschaft.
- NERIUS, Dieter (Hrsg.) (1987): Deutsche Orthographie. 1. Auflage. Leipzig: VEB Bibliographisches Institut.

- NEUSTUPNÝ, Jiří V. (2002): Sociolingvistika a jazykový management. *In: Sociologický časopis/Czech Sociological Review*, Vol. 38, No. 4. Praha: Sociologický ústav AV ČR.
- NEUSTUPNÝ, Jiří V./NEKVAPIL, Jiří (2003): Language Management in the Czech Republic. *In: Current Issues in Language Planning* 4, S. 181-366.
- OSTERWINTER, Ralf (2011): Die Rechtschreibreform (1996/1998) in Presstexten. Eine kritische Analyse der Agentur-Orthographie und ihrer Umsetzung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Heidelberg: Universitätsverlag Winter.
- RETTI, Gregor (1999): Austriazismen in Wörterbüchern. Zum Binnen- und Außenkodex des österreichischen Deutsch. phil. Diss. Innsbruck. ([PDF-Version](#))
- SAUSSURE, de Ferdinand (1967): Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft. 2. Auflage. Berlin: Walter de Gruyter.
- SCHEURINGER, Hermann (1996): Geschichte der deutschen Rechtschreibung. Ein Überblick. Mit einer Einführung zur Neuregelung ab 1998. Wien (Schriften zur diachronen Sprachwissenschaft. 4.)
- SCHRODT, Richard (Hrsg.) (2000): Dokumente zur neueren Geschichte der deutschen Orthographie in Österreich. Hildesheim/Zürich/New York: Olms.
- STENSCHKE, Oliver (2005): Rechtschreiben, Recht sprechen, recht haben - der Diskurs über die Rechtschreibreform. Eine linguistische Analyse des Streits in der Presse. Tübingen: Max Niemeyer Verlag.
- VANDENBUSCHE, Wim (2007): Shared Standardization Factors in the History of Sixteen Germanic Languages. *In: Fandrych, Christian/Salverda, Reinier (Hrsg.): Standard, Variation und Sprachwandel in germanischen Sprachen*. Tübingen: Gunter Narr. S. 25-36.
- WEININGER, Manfred (1995): Rechtschreibreform und Öffentlichkeit in Österreich zwischen 1986 und 1994. München: Grin.

## Online-Quellen

- <http://de.statista.com/> (Statista)
- <http://decemsys.de/sonstig/gesch-rs.pdf> (Geschichte der deutschen Orthographie, Universität Marburg)
- <http://deutsch.pi-noe.ac.at/> (Arbeitsgemeinschaft der Germanisten Niederösterreich)
- <http://rechtsschreibrat.ids-mannheim.de> (Rat für deutsche Rechtschreibung)
- <http://www.auswaertiges-amt.de/> (Deutsches Außenministerium)
- <http://www.bmukk.gv.at/> (Österreichisches Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur)
- <http://www.bundestag.de/> (Deutscher Bundestag)
- <http://www.bverfg.de/> (Bundesverfassungsgericht der BRD)
- <http://www.die-nachrichtenagenturen.de/> (Deutschsprachige Nachrichtenagenturen)
- <http://www.goethe.de/> (Goethe Institut)
- <http://www.ids-mannheim.de/> (Institut für Deutsche Sprache Mannheim)
- <http://www.kmk.org/> (Deutsche Kultusministerkonferenz)
- <http://www.lsr-stmk.gv.at/> (Landesschulrat für Steiermark)
- <http://www.oeak.at/> (Österreichische Auflagekontrolle)
- <http://www.parlament.gv.at> (Österreichisches Parlament)
- <http://www.ris.bka.gv.at/> (Bundeskanzleramt: Rechtsinformationssystem)
- <http://www.servat.unibe.ch/>
- <http://www.statistik.at/> (Statistik Austria)
- <http://www.voez.at/> (Verband Österreichischer Zeitungen)